

Vorwärts

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Mitbringer Sonntag-Belager „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 8. Dezember 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Feindliche Welten.

Der zweite Tag der Etatsdebatte im Reichstag bot für den Sozialpsychologen Gelegenheit zu interessanten Beobachtungen. Er bewies, daß die Scheidung der Geister sich analog der sozialen Klassenscheidung derart scharf vollzogen hat, daß sich die Vertreter der beiden großen Klassen der Besitzenden und Nichtbesitzenden, der Bourgeoisie und des Proletariats geistig als zwei feindliche Welten gegenüberstellen, zwischen denen auch nur jede vorübergehende Verständigung unmöglich ist. Die ganze Weltanschauung, die ganzen sittlichen Grundbegriffe sind total verschiedene. Die bürgerlichen Abgeordneten sowohl wie die Exekutivgewalt der Besitzenden Klasse, die Regierung, beurteilen alle Dinge von ihrem borniert bürgerlichen Standpunkt aus. Ihre Haltung gegenüber der Weltmacht- und Marinepolitik geht nicht von der Voraussetzung aus, daß die Nationen in friedlichem Wettbewerb um die Erreichung des höchstmöglichen Kulturzustandes für die ganze Nation zu ringen hätten, sondern von der festgewurzelten Ueberzeugung, daß sich die Nationen als haß- und neiderfüllte Rivalen im Kampfe um die Futtertrappe gegenüberstehen, daß der Vorteil des einen mit Naturnotwendigkeit zum Nachteil des anderen ausschlagen muß, und daß deshalb nur die Nation Aussicht hat, im Kampfe zu bestehen, die bis zu den Zähnen gewaffnet ist. Fragt man, weshalb denn eigentlich Deutschland genötigt sei, sich zu der Vandarmee ersten Ranges auch noch eine Flotte ersten Ranges zu schaffen, so erfolgt die Antwort: Deutschlands Handel ist enorm gewachsen und schon deshalb allein ist es nötig, Deutschlands Seewehr zu schärfen. Die Tatsache, die man im inneren Staatsleben fast hinwegleugnet: daß innerhalb des kapitalistischen Systems keine Solidarität der Interessen zwischen den Klassen möglich sei, erhebt man für das internationale Verhältnis der Völker untereinander zum selbstverständlichen Grundgesetz!

Genau so steht es mit dem Begriff des Patriotismus. Als heute Bebel die Jaurès-Plamagie des Reichsanwalters geißelt und die ebenso läppische wie infame Gepflogenheit der Chauvinisten brandmarkt, in Deutschland Jaurès als den vaterlandsliebenden Sozialisten hinzustellen und umgekehrt in Frankreich ihn, Bebel, als einen Patrioten dem vaterlandslösen Jaurès als Muster vorzuhalten, brach die Rechte des Hauses in ein johlendes Hohngelächter aus. Die Herren verstanden offenbar die ähnde Ironie Bebel's gar nicht und amüsierten sich gottvoll über den „patriotischen“ Bebel. Daß Bebel wie jeder Sozialist in Wahrheit als Kämpfer für die Wohlfahrt der Massen seines Volkes ein glühender Patriot ist, wollte nicht in die chauvinistisch verbohrtten Schädel derer hinein, für die der Patriotismus nur in brutalem Niedertreten der Interessen fremder Nationen und der eigenen Volksherrschaft besteht.

Die unüberbrückbare Kluft der Massenanschauungen offenbarte sich schließlich klassisch in der Rede des preussischen Finanzministers Rheinbaben, der feistlich leugnete, daß das preussische Volk zur Rolle des politischen Helotentums entwürdigt sei, daß die Steuerpolitik Preußen-Deutschlands in der unverfrorenen Abwälzung der Staatslasten auf die nichtbesitzenden Massen bestiehe, und der dann im gleichen Atemzuge den Verkonsum der Massen und die gefüllten Kassen der Gewerkschaften als Beweis dafür reklamierte, daß die Lage des deutschen Proletariats eine vollaus befriedigende sei. Als ob nicht in einer solchen Beurteilung der Lebenshaltung der arbeitenden Masse gerade das empörende Verkenntnis zu der bourgeoisien Massenmoral liege, daß es von Gottes und Rechts wegen zwei Klassen geben müsse: eine bestehende Klasse, die ein Anrecht auf alle irdischen Lebensgenüsse habe, und eine beschuldete Klasse, der es fast schon zu wohl gehe, wenn sie sich zu Kartoffeln und Brot auch gelegentlich ein Glas Bier leisten kann!

Was der erste Redner, der Staatssekretär des Reichsmarineamtes Tirpitz, vorbrachte, war äußerst belanglos. Er beschränkte sich auf die bekannten Erklärungen zu der Marinevorlage. Die Displacementvergrößerung der Linienschiffe sei ebenso notwendig, wie die Vermehrung der großen Kreuzer und der Torpedoschiffe. Die Auslandskreuzer würden im Falle eines Krieges bemüht sein, die Streitkräfte des Feindes von dem eigentlichen Hauptkriegsschauplatz nach Möglichkeit abzugeben. Die Kriegshäuserungen hätten ja bewiesen, daß die Parteien der Vorlage nicht unfreundlich gegenüberständen. Er hoffe, daß der Reichstag bei der Abstimmung beweise, daß die große Masse der deutschen Volksvertreter hinter der Flotte stehe.

Nach Tirpitz kam Bebel in einer zweifundigen Rede zum Worte. Waren die bürgerlichen Parteien Argumenten und der gemeinen Logik überhaupt zugänglich, so hätten sie vor den überaus eindringlichen Darlegungen Bebel's die Waffen strecken müssen. Der sozialdemokratische Etatredner begann mit einem scharfen Protest gegen die geringschätzigte Ausgestaltung des Reichstags in den wichtigsten nationalen Lebensfragen, namentlich den Fragen der auswärtigen Politik. Als — nach den offiziellen Versicherungen — die Marokkofrage am brennendsten geworden sei, habe man den Reichstag geschlossen, um jeder Erörterung der Angelegenheit aus dem Wege zu gehen. Aber auch in seiner gestrigen Rede habe

der Reichsanwalt die Darstellung des Konflikts gerade am wichtigsten Punkt abgedreht. Bebel stellte sodann den Erklärungen Vilwold's eine eingehende Schilderung des wirklichen Sachverhalts gegenüber, die beweist, daß Deutschland den Konflikt nicht weniger als korrekt und diplomatisch klug behandelte. Statt rechtzeitig England und Frankreich auf Deutschlands Interesse aufmerksam zu machen, habe man sich die Dinge erst zuspähen lassen, um dann die beiden Mächte förmlich zu brüsteren. Die Kaiserreise nach Marokko sei ein Unikum gewesen; habe er sie schon seinerzeit eine Sensationsreise genannt, so müsse er sie jetzt eine Provokationsreise nennen. Diese Aktion reihe sich dem Krüger-Telegramm würdig an; wie damals bei den Büren habe man jetzt in Marokko die Illusion erweckt, als werde Deutschland im gegebenen Falle intervenieren, woran im Ernste doch gar nicht zu denken sei. Und was habe sich alles vorher und nachher abgespielt! Er erinnere nur an die Enthüllungen Paafjes, daß Deutschland einer großen Gefahr entgangen sei, an einen ähnlichen Ausspruch des Prinzen Ludwig von Bayern, er erinnere an die im Auslande peinliches Aussehen erregende Rede bei der Enthüllung des Nolke-Denkmales, daß Deutschland sein Pulver trocken und sein Schwert geschliffen halten müsse! Solche Reden seien aber seit einem Jahrzehnt unzählige Male gehalten worden, man denke nur an die Ansprache von dem „größeren Deutschland“, von dem „Dreizad“, der in unsere Faust gehöre“, usw. Könne man sich da noch über die Verstimmung und das Mißtrauen anderer Staaten wundern? Kejnliche Reibungen hätten 30 Jahre früher zweifellos zum Ausbruch eines Krieges geführt. Wenn solches Unheil heute verhütet worden sei, so sei das der Sozialdemokratie zu danken. Man wisse auch in den Kreisen der herrschenden Klasse ganz genau, daß man heute nur einen Krieg führen könne, dessen Ziel die Massen des Volkes billigten! Wie die selbständige Arbeiterklasse, habe auch die englische Gewerkschaftswelt über den unbegreiflichen Willen keinen Zweifel gelassen, den Völkern Frieden aufrecht zu erhalten.

Die Flottenrüstungen Deutschlands seien sinnlos. Man müsse doch fragen, w o h i n Deutschlands Handel gehe. Zwei Drittel davon gingen nach europäischen Ländern, neun Zehntel nach solchen Staaten, mit denen Deutschland gar keinen Seetrug führen könne! Ein Krieg mit England sei — volkswirtschaftlich wie militärisch — das Aberwichtigste, das sich denken lasse. Glaube man es etwa jemals mit der vereinigten Flotte Englands und Frankreichs aufnehmen zu können? Wenn nicht, wozu dann überhaupt das umerkose Betrüsten? Die Hoffnungen auf ostasiatische Erwerbungen seien durch das englisch-japanische Bündnis endgültig zu Grabe getragen worden; unsere Kolonien in Afrika und Ozeanien aber würden drei Wochen nach Ausbruch eines Krieges mit England verloren sein! Schon jetzt gebe Deutschland für Militarismus und Weltpolitik 1400 Millionen aus, w o h i n solle das führen? Wollte man das Betrüsten einmal mitmachen, so gebe es kein Ende — bis zur unaußbleiblichen Katastrophe!

Und dann die Dedungsfrage! Wiederum sollten die breiten Massen bluten. Die Erbschaftsteuer, die ja nur ein schamhaftes Feigenblatt darstelle, solle 72 Millionen bringen — ein Lumpengeld! England habe 1901 1131 Millionen an direkten Steuern aufgebracht, an solche Opferwilligkeit denke die deutsche Bourgeoisie nicht! Man belaste das Volk mit immer neuen indirekten Steuern, drohe durch die Vernichtung der Tabakindustrie viele Tausende brotlos zu machen, und geniere sich gleichzeitig nicht, das Volk politisch immer mehr zu entrechten! Die Zeiten seien, Rußland beweise es, bitterernst, deshalb solle man endlich Einsicht halten, ehe es zu spät sei!

Der Reichsanwalt, der erst sehr spät erschienen war und während Bebel's Rede mehrfach ostentativ gegähnt hatte, überließ die Antwort auf Bebel's wichtige Anklage dem Herrn v. Rheinbaben. Dieser Herr legte sich nunmehr mit den Klären eines eben fällige gewordenen Assessors ins Zeug. Er bestreite, daß Preußens Proletariat politische Heloten seien (trotz der absoluten Rechtslosigkeit von 85 Proz. der Bevölkerung!). Wenn Bebel erklärt habe, ohne das Bremsen der Sozialdemokratie hätte sich die Empörung der Volksmassen vielleicht schon in elementaren Ausbrüchen entladen, so lege er darauf nicht das mindeste Gewicht; die Sicherheitsorgane des Staates würden schon ganz allein für die Aufrechterhaltung der „Ordnung“ sorgen! Ferner „nagete er fest“, daß nach Bebel künftig das Volk die Entscheidung über Krieg und Frieden haben solle! Nachdem Herr v. Rheinbaben bergestalt schneidig Attacke geritten, zügelte er das Köhlein seiner Rede, um statistisch Bebel's Anklagen über die Steuerbelastung der Massen und die Steuerfurchen der Besitzenden zu widerlegen. Es sei nicht wahr, daß die deutsche Bourgeoisie sich mit Vorliebe vom Steuerzahler drücke. Neben den direkten Staatssteuern zahle die bestehende Klasse auch beträchtliche kommunalsteuern, (daß die Bourgeoisien anderer Länder, die mehr direkte Staatssteuern zahlen, als die deutsche Bourgeoisie, auch solche kommunallasten tragen, ist dem preussischen Finanzminister bis jetzt offenbar total unbekannt geblieben!) Wie wenig das preussische Proletariat zu diesen direkten Staats- und kommunallasten beitrage, gehe schon daraus hervor, daß 22 Millionen von Steuerleistungen überhaupt

büßig frei seien, wogegen 4,55 Proz. nicht weniger als 70 Proz. und 0,5 Proz. 44 Proz. dieser Leistungen aufzubringen hätten. Und diese Zahlen glaubte der preussische Finanzminister gegen Bebel auszuspielen zu können! Als ob nicht gerade diese Zahlen die vernichtendste Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung darstellten, die sich denken läßt! Wezungen sie doch gerade die trostlose Lebenshaltung der großen Masse und die Konzentration der Reichtümer in immer weniger Händen! Aber diese Zahlen genügten Herrn Rheinbaben noch nicht zur Kritik unseres Klassenstaates. Er brachte immer neues Material herbei: die Sparkassenstatistik beweise, daß seit 1875 bis 1903 die Sparkasseneinlagen um 6 Milliarden gewachsen seien. Das Vermögen der Besitzenden ist demgegenüber von 1896 bis 1899 ebenfalls um 6 Milliarden gewachsen; das heißt: jeder der Besitzenden hat binnen 3 Jahren sein Vermögen um 5000 M. vermehrt, also im neunten Teil der Zeit, wo die Spargroschen des ganzen Volkes sich um 100 M. pro Kopf vermehren! Das Ungeheuerliche aber leistete sich der preussische Finanzminister damit, daß er den wachsenden Wohlstand der Arbeiterklasse damit zu beweisen suchte, daß die Gewerkschaftskassen ein Vermögen von 20 Millionen aufwiesen. Das Proletariat könne, so beduzierte Herr Rheinbaben, also sehr wohl neue Steuerlasten tragen; schlimmstenfalls könne es ja seine freiwilligen Gewerkschaftssteuern einschränken! Es hiesse die ministerielle Selbstkritik abschwächen, wollten wir diese bodenlos trübseligen und frivolen Bemerkungen irgendwo glossieren! Nur das sei „festgenagelt“, daß die Mehrheit des Hauses dieser groben Verhöhnung der unter schwersten Opfern um ein menschenwürdiges Dasein ringenden Arbeiterschaft, mit der der Regierungsvertreter schloß, stürmischen Beifall spendete!

So stellte der zweite Tag der Debatte über den Etat der Weltpolitik das Klassenregiment unserer Herrschenden erbarmungslos an den Pranger. Mit naiver Rücksichtslosigkeit pflauderten die berufenen Verteidiger unserer gottgewollten Ordnung ihre innerste Herzensmeinung aus. Zwei feindliche Welten stehen sich gegenüber, zwei Welten, zwischen denen es keine Verständigung gibt, weil jede gemeinsame moralische Unterlage fehlt. Will das Proletariat der Schmach seines Helotentums ledig werden, so gibt es für seinen Aufstieg zu Bürgerrecht und Menschenwürde nur den Weg des unerbittlichen Klassenkampfes!

Die Revolution in Rußland.

Die streikenden Post- und Telegraphenbeamten halten sich wacker. Die russische Regierung ist nach wie vor auf den Dienst von Postzispägeln und dergleichen „Arbeitswilligen“ angewiesen. Ein Telegramm aus Petersburg über Eydilukhnen meldet:

Der Ausstand der Post- und Telegraphenbeamten hält nach wie vor an. Die Ausständigen sind guten Muts und überzeugt, durch Ausdauer ihre Forderungen durchsetzen zu können. Graf Witte sei für deren Erfüllung, das einzige Hindernis sei Durnowo. Unter dessen Arbeitet die Post so gut es eben geht mit Unterstützung von 2000 Freiwilligen aus dem Publikum. Nach wie vor herrscht um die Postgebäude eine ziemliche Bewegung; auf- und abgehende Patrouillen und im Schritt reitende Kavalen laden viele Neugierige an. Durch die Residenz ziehen Tag und Nacht berittene Patrouillen.

Eine Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten beschloß weiter zu streiken.

Ein anderes Telegramm besagt: Petersburg, 6. Dezember. (Ueber Eydilukhnen.) Die Lage in Petersburg ist unverändert. Die ausständigen Post- und Telegraphenbeamten halten daran fest, daß sie den Rücktritt Durnow's herbeiführen wollen. Sympathiebewegungen und Spenden gehen ihnen in großer Zahl zu. Der Verband der Staatsbeamten sprach ebenfalls in einer mit zahlreichen Unterschriften versehenen Resolution seine Zustimmung zu den Bestrebungen der Post- und Telegraphenbeamten aus.

Die Regierung versucht indessen, wie verspätete Telegramme der Petersburger Agentur zeigen, durch neue Gewaltakte den Brand noch zu schüren:

Wladimir, 3. Dezember. (Ueber Eydilukhnen von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier sind zwei Studenten und sieben Telegraphenbeamte wegen Beteiligung am Ausstande verhaftet worden.

Moskau, 5. Dezember. (Ueber Eydilukhnen von der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Teil der verhafteten Mitglieder des Post- und Telegraphenverbandes wurde freigelassen.

Die Drohung des Generalstreiks wirkt!

Wie sehr die Arbeiterchaft den Absolutismus durch ihre wunderbar ausgeführte Generalstreiksaktion Mores gelehrt hat, zeigt der folgende von der Zeitung „Ruh“ gemeldete Fall. Ingenieur Sololow und noch einige Eisenbahnbeamte wurden wegen des letzten Ausstandes von dem Kommandanten der Festung Kuscha (Transkaspien) einem Kriegsgericht übergeben und zum Tode verurteilt. Davon erfuhr zuerst der Präsident des Samaraschen Eisenbahnkomitees und meldete es dem Zentralfeldbahnbureau in Moskau mit dem Hinweis, daß im Falle der Vollstreckung des Urteils sofort ein all-

gemeiner Eisenbahnerstreik ausbrechen würde. Von Moskau erging dann Drohnachricht an Graf Witte, den Verkehrs- und den Kriegsminister sowie den Generalstab, weiter an sämtliche Eisenbahnen mit der Aufforderung, die Aufhebung des Todesurteils zu verlangen. Der Verkehrsminister setzte hierauf die Eisenbahnen in Kenntnis, daß die Vollstreckung vorläufig aufgehoben sei.

Die Petersburger Telegraphenagentur teilt hierzu mit, daß weder dem Grafen Witte, noch dem Kriegsminister von dem Urteil etwas bekannt war. Letzterer richtete sofort nach Eingang der Meldung Anfragen nach Kutschka, Aschabad und Taschkent und befahl gleichzeitig, die Vollstreckung des Urteils, falls es überhaupt gefällt sei, aufzuschieben. Das Fehlen einer amtlichen Meldung dürfte eine Folge des Telegraphenstreiks gewesen sein.

Ein Muster der Klassenolidarität.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird gemeldet:

Petersburg, 7. Dezember. Der Verband der Moskauer Buchdruckereigehilfen erklärte, gegenwärtig einzelne ökonomische Ausstände nicht unterstützen zu können, weil das ganze Proletariat zum politischen Generalstreik rüste, der der Regierung den letzten Schlag verhehen soll.

Der Priester Gapon scheint selbst zu fühlen, daß seine Rolle ausgepielt ist. Ein Telegramm meldet:

Petersburg, 7. Dezember. Der Priester Gapon hat sich entschlossen, Rußland zu verlassen und beabsichtigt in Paris dauernden Aufenthalt zu nehmen.

Ein neuer terroristischer Akt.

Nach längerer Pause scheint wieder der von der Partei der „Sozialisten-Revolutionäre“ angewendete Terror in Tätigkeit zu kommen. Wie der „Daily Telegraph“ meldet, ist der frühere Kriegsminister General Scharow, der das Gouvernament Saratow bereiste, um die unruhigen Bauern zu beschwichtigen, am 5. Dezember von einer der revolutionären Partei angehörigen Frau erschossen. Die Frau begab sich in das Haus des Gouverneurs von Saratow und verlangte den sich dort aufhaltenden General zu sprechen. Als sie vor Scharow stand, feuerte sie drei Schüsse auf ihn ab, die ihn vor der Stelle töteten.

Saratow, 5. Dezember. (Ueber Cythfahnen von der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Frau, welche heute in der Wohnung des Gouverneurs den früheren Kriegsminister Generaladjutant Scharow erschoss, wurde verhaftet und erklärt, daß sie ein Urteil der sitzenden Kampfabteilung der sozialrevolutionären Partei vollstreckt habe.

Jedenfalls haben jetzt, nachdem die gesamte große Masse des Proletariats den Kampf führt, solche einzelne terroristische Akte eine ganz untergeordnete Bedeutung.

Kriegszustand und sein Ende.

Petersburg, 6. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur über Cythfahnen.) Ueber das Gouvernament Livland ist der Kriegszustand verhängt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember.

Der Wahlrechtssturm in Sachsen.

Wenn irgend etwas die Bedeutung der sächsischen Wahlrechtsdemonstrationen ins rechte Licht zu rücken vermöchte, so die gleichmäßigen von Blut und Hirtz beherrschte reaktionäre Presse. Für sie ist die Steigerung der Bewegung gegen den Wahlrechtsraub vom Jahre 1896 völlig unverständlich. Die Reaktionäre, vor allem die Wahlrechtsräuber selbst hatten geglaubt, die arbeitenden Massen würden die brutale Vernichtung ihres Landtagswahlrechtes wohl in Versammlungen und in ihrer Presse bekämpfen, sonst aber mit der Faust in der Tasche murrend schweigen. Sie rechneten dabei auf die strenge Disziplin der sozialdemokratischen Massen; aber sie verstehen diese Disziplin so wenig, wie das Wesen und die Grundlagen der sozialdemokratischen Partei.

Mit musterhafter Disziplin verfolgten die Entrechteten die von Session zu Session weitergreifende „Eliminierung“ der sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Landtage. Sie organisierten den Gegenschlag bei den Reichstagswahlen, der zu dem großen Siege im Jahre 1903 führte; sie machten Anstrengungen, das Dreiklassen-Wahlrecht bei den Landtagswahlen zu durchbrechen, was bekanntlich bei den vorletzten und letzten Wahlen gelungen ist; sie protestierten jedoch auch in immer verstärktem Maße gegen die Gewaltthätigkeit der Konservativen im Lande wie im Landtage, und haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie kein Mittel unversucht lassen würden, sie zu brechen und die Wahlentrechtung zu fñhnen. So schritten sie von Stufe zu Stufe, wissend, daß der Tag der Vergeltung für sie kommen müsse.

Einen Augenblick erfaßte die Massen eine Hoffnung auf Einkehr der Wahlentrechteter — als nämlich auf Veranlassung des verstorbenen Königs Georg eine sogenannte Wahlrechtsreform in Szene gesetzt wurde. Die Warnungen von Kennern der reaktionären Mächenschaften dämpften zwar diese Hoffnung, aber die völlige Enttäuschung folgte erst, als die Wahlrechtsreform von allen Wahlentrechteten, einschließlich der Regierung, vereitelt wurde und sich als eine Farce erwies.

Von diesem Zeitpunkt an begann die Erregung der Massen über das schurkische Treiben der Konservativen sich stetig zu steigern. Nicht die mindeste Hoffnung setzten sie auf die Behandlung der Wahlrechtsinterpellation im Landtage dieses Jahres. Aber wenn sie auch nicht angenommen hatten, daß sie in so brutaler Weise abgetan würde. Am meisten jedoch empörte sie der Hohn des Wahlentrechtungsministers v. Meyß, der jede Forderung des Wahlrechts nicht nur ablehnte, sondern die Ablehnung mit einer Verhöhnung der Arbeiterinteressen begleitete, die er durch Abgeordnete für genügend vertreten erklärte, welche in Arbeitskammern gewählt wurden. Es bestehen jedoch in Sachsen keine Arbeits- oder Arbeiterkammern, und es ist bei der hierzulande herrschenden Wirtschaft auch nicht an die Schaffung von derartigen Arbeiterinstitutionen zu denken, ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter, die sich als gleichberechtigte Staatsbürger fühlen, von einem derartigen parlamentarischen Almosen nichts wissen wollen.

Die neuesten Wahlrechtsdemonstrationen sind daher nur die Bestätigung des fortgesetzten, durch die Haltung der Wahlentrechteter verstärkten Kampfes, von dem konstatiert werden muß, daß er sich durchaus in gesetzlichen Bahnen hielt und noch hält. Demgegenüber ist es um so unverständlicher, Provokationen der Massen, wenn die Presse der Reaktionäre die Demonstrationen, die durch die bekannten Polizei-Ergebnisse in Dresden gewalttätig gestört wurden, als ungesetzlich bezeichnet. Darin äußert sich nur die Absicht, die Arbeiter als völlig Rechtlos von jedem Streben zur Wieder-

erlangung des geraubten Rechtes abzuhalten. Bei der bisherigen Betätigung des entschiedenen Willens und der muster-gültigen Disziplin der Arbeiter ist dies jedoch ausgeschlossen; es kann sich also bei der reaktionären Geze gegen die Wahlrechtsdemonstrationen nur darum handeln, die Polizei- und die Militärmacht gegen sie spielen zu lassen. Das ist um so unvorsichtiger, als sich der Kampf immer mehr auf die Be-seitigung der konservativen Gewaltthätigkeit zubildet, die bis in die bürgerlichen Kreise hinein verhoßt ist, da die Konservativen alle Staatseinrichtungen für sich aufschließen.

Das muß ein Ende nehmen. Gelächert es nicht insolge einer Einlenkung der Regierung, was wir bei ihrer der-maligen Zusammensetzung fast für ausgeschlossen halten, dann ist es selbstverständlich, daß die Volkstämpfe auch gegen die Regierung einen immer bedrohlicheren Charakter annehmen werden. Die große Mehrheit der sächsischen Bevölkerung hat bei verschiedenen Anlässen der Regierung Mißtrauensvoten erteilt; sie hat mehrfach deutliche Warnungen an sie gerichtet. Wird alles das brüsk abgewiesen, dann bleibt nur übrig, daß Sprache und Handlung des Volkes noch schärfer, noch nachdruckvoller werden.

Vielleicht ist die Provokation beabsichtigt, um „die Hinte schiehen, den Säbel hauen“ zu lassen — dann hat man nicht mit der überlegenen politischen Stellung der Sozialdemo-kratie in Sachsen und nicht mit der Disziplin ihrer Angehörigen gerechnet, noch weniger aber mit der Tatsache, daß die Arbeiter für ihre Rechte zu kämpfen gelernt haben mit Drangabe ihrer Existenz. Was haben denn die ausgebeuteten und entrechteten Arbeiter auch noch viel zu verlieren? Das Leben hat für sie wenig Wert, wenn man sie zu Selosten stampeln will. Eine disziplinierte und politisch geschulte Masse kann man weder mit Drohungen, noch mit Blutvergießen von ihrem Ziele abbringen. —

Die Scharfmacher an der Arbeit.

Zunmer deutlicher kommen in der Reaktionspresse Symptome zutage, die darauf hinweisen, daß die Scharfmacher die Zeit für gekommen erachten, um einen erneuten Versuch behufs Einschränkung des Koalitions-rechts zu unternehmen. Dabei muß natürlich in erster Linie das lebhafteste Interesse der Arbeiterschaft für die Frage des politischen Massenstreiks und namentlich die Vorgänge in Sachsen als Vorwand herhalten. Neulich hatte bekanntlich die „Arbeitgeber-Zeitung“ direkt einen besonderen Paragrafen des Strafgesetzes zur Vorbeugung des Generalstreiks in Deutschland in Vorschlag gebracht. Jetzt leitartikelt die „Kreuz-Zeitung“ des langen und breiten über das Thema des Generalstreiks, um die folgende Sekspredigt vom Stapel zu lassen:

Ernstler als bisher müssen vor allem die Gefahren eines Generalstreiks ins Auge gefaßt werden. Das Koalitionsrecht ist zur Erlangung günstiger wirtschaftlicher Bedingungen und nicht zu politischen Zwecken gegeben worden. Der Generalstreik wird aber nicht von Arbeitern veranstaltet, die mit ihren Können usw. unzufrieden sind, sondern auch von zufriedenen Arbeitern, er geht von den politischen Führern aus und erschließt im Hinblick auf seine Wirkungen als eine zunächst wirtschaftlich und zugleich politisch revolutionäre Handlung. Bei einem Generalstreik macht sich der Anschlag, oder der Diktator, wie der „Verband der Verbände“ in Rußland ge-richt hat, auf Grund einer Vereinsorganisation Vorkünfte an, wie sie kein Staatsbeamter ausüben darf hat. Der Generalstreik legt die Organisation aller Arbeiter über den ganzen Staat. So weit geht das Koalitionsrecht denn doch nicht, doch die Arbeiter mit Hilfe ihrer verschiedenen Organisationen gewissermaßen einen Landesverein zur Sittierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens zu improvisieren im Stande sind. Einem derartigen Beginn konnte, ja müßte schon jetzt entgegengetreten werden. Die Möglich-keit eines Generalstreiks muß befeitigt werden, nicht nur im Interesse der sozialen Ordnung und der Arbeitgeber, sondern auch im Interesse der Arbeitnehmer; denn bei der Durchführung eines Generalstreiks unter Leitung von Bebel-Singer würden alle Teile zu Grunde gehen.

Und zum Schluß klingt der Brandartikel in die folgende „Offenherzigkeit“ aus:

Als ein politisches Kampfmittel kann der Koalitionsstreik nicht unter dem Schutze des Koalitionsrechtes stehen, das nur dem Streben der Arbeiter nach wirtschaftlicher Besserstellung gilt. Vielmehr muß der Generalstreik nach dem angeführten Zustände des „Vorwärts“ alle Dämme überspringen, also revolutionäre Wirkungen haben, er wird nach der Meinung der Frau Rosa Luxemburg „ein Auslösen der revolutionären Kraft nach sich ziehen“, er bedroht die soziale Ordnung, das Gesamtwohl der Bevölkerung, die Autorität der Staatsgewalt. Man wird demnach darauf bedacht sein müssen, durch zweckmäßige Beschränkungen des Koalitionsrechtes auf wirtschaftliche Forderungen und durch angemessene Strafbestimmungen gegen die Häufelührer den Gefahren des Generalstreiks rechtzeitig und wirksam vorzubeugen.

Es ist ja nichts Neues mehr, daß die herrschenden und ausschlaggebenden Kreise der Bourgeoisie jede Fähigkeit ver-loreu haben, von der Geschichte zu lernen. Aber ein so eskatantes Beispiel der unverantwortlichsten politischen Blindheit dürfte denn doch zu den Seltenheiten gehören. Die Funken des großen Brandes in Rußland sind ja bereits nach Oesterreich, nach Sachsen herübergefliegen. Die lang aufgeschickerte Erbitterung der Massen über das politische und soziale Un-recht muß sich naturgemäß bei der allgemeinen Lage immer stärker entladen. Und nun ist der erste Ruf unserer Reaktionäre in dieser Situation: noch mehr Unrecht! noch mehr politische Unterdrückung! noch mehr Einschränkung der so kümmerlichen bestehenden Koalitionsfreiheit! Mit solchen Mitteln des blindesten Scharfmacheriums glaubt man in Deutschland in gewissen Kreisen noch dem Drang der proletarischen Massen nach menschenwürdigen Zuständen Hängel anlegen zu können, und das angesichts des elenden unan-haltbaren Zusammenbruchs des ganzen Scharfmachersystems — in Rußland! Wahrhaftig, wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie zuerst mit Blindheit!

Deutsches Reich.

Die Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Einkommen-steuergesetzes und des Ergänzungsteuergesetzes, dessen erste Beratung am Sonnabend im Abgeordnetenhaus beginnt und den wir bereits kurz charakterisiert haben, ist bekanntlich nur der Vor-gänger einer allgemeinen Erhöhung der Einkommensteuer. Preußen schwimmt förmlich im Golde, seit Jahren verfügt es über Ueberschüsse, für die es keine Verwendung weiß, und auch die diesjährige Thronrede hebt wieder die günstige Finanzlage des Staates hervor. Aber trotzdem kann es nie genug bekommen; Frei-herz von Rheinbaben verfolgt als gelehriger Schüler die gleiche Thebanerungspolitik wie sein Meister v. Bismarck. Man will nicht dauernde Ausgaben auf schwankenden Einnahmen basieren. Da aber der Anteil der direkten Staatssteuern an den all-

gemeinen Einnahmen prozentual immer mehr zurückgeht, während der der Eisenbahnüberschüsse immer steigt, soll, wie wir bereits vorgestern mitteilten, die Einkommensteuer erhöht werden. Diese Argumentation hätte nur dann einen Sinn, wenn die Regierung sich entschließen könnte, die Eisenbahnverwaltung völlig von der all-gemeinen Staatsverwaltung loszulösen, die hohen Eisenbahneinnahmen lediglich zu Verkehrsverbesserungen und Tarifherabsetzungen zu ver-wenden und andererseits die Deckung der gesamten Staatsausgaben durch direkte Steuern herbeizuführen. Natürlich müßten dann die hohen Einnahmen und die großen Vermögen weit stärker zur Be-streuerung herangezogen werden als heute. Die Erfahrungen beweisen jedoch, daß an eine solche Steuerreform in Preußen unter dem Dreiklassen-Wahlrecht nicht zu denken ist, die Reform wird viel-mehr auf eine Belastung der unteren und mittleren Einkommen hinauslaufen. Das Reich powert die Besitzlosen indirekt, der preussische Staat powert sie direkt aus.

Im einzelnen sieht die Novelle vor: eine Besteuerung der Ge-sellschaft mit beschränkter Haftung, soweit ihr Stammkapital den Betrag von 100 000 M. übersteigt und eine Befreiung von der Ein-kommensteuer für Offiziere, die das im Etat für Unteroffiziere oder Gemeine angeworbene Dienstverhältnis beziehen. Von der Steuer ausgenommen sollen ferner sein die auf Grund geistlicher Vorbestimmung des Krieges- oder Friedensinvaliden gewährten Pensions-erhöhungen und Verhinderungszulagen, die durch Kriegsgefahr der Besteuerung entzogenen Gehaltsbezüge, die mit Kriegsdekorationen ver-bundenen Ehrensolde, die aus einer Krankenversicherung der Ver-sicherten zustehenden Leistungen. Abzugsfähig sollen u. a. sein die von dem Grundeigentum, dem Gewerbebetrieb und dem Bergbau zu entrichtenden direkten Kommunalsteuern bis zur Höhe der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Ermäßig-ungen insolge höherer Kinderzahl sind auch bei Einkommen von 3000 bis 6500 M. (bisher nur bis 3000 M.) zulässig. Die übrigen Bestimmungen sind mehr formaler Natur, insbesondere ist die Vererbung gegen das Ergebnis der Veranlagung anders geregelt.

Die Mindererträge aus den neuen Bestimmungen werden auf 5 900 000 M., die Mehreinnahmen auf 2 500 000 M. geschätzt, so daß, wie wir schon berichteten, ein Minderertrag von 3 400 000 M. entsteht.

Indirekte Steuern in Deutschland und England.

Wir haben bereits wiederholt nachgewiesen, daß in keinem Kulturstaat die beiziehende Klasse so wenig Steuern zahlen wie in Deutschland. Eine Gegenüberstellung von England und Deutschland beweist das besonders schlagend: England zahlt 23 M. direkte Steuern pro Kopf, Deutschland noch nicht 8 M. Nun hat gestern Wilson in seiner ersten Rede behauptet, England zahle auch 47 1/2 M. pro Kopf an indirekten Steuern. Diese Berechnung ist beträch-tlich zu hoch und wohl wohl darauf zurückzuführen, daß der Reichs-schatzler die 300 Millionen Erbschaftsteuer zu den indirekten Steuern gerechnet hat!

Aber hiervon ganz abgesehen: selbst wenn Wilsons Rechnung richtig wäre, so würde die Belastung des deutschen Volkes durch indirekte Steuern dennoch weit größer sein, als in England. Werden doch in Deutschland auch die notwendigen Lebensmittel wie Brot und Fleisch durch die Zölle belastet, während in England gerade diese wichtigsten Konsumtionsartikel nicht belastet sind! Durch die Zollbelastung auf Getreide wird der deutschen Arbeiterklasse nicht nur der Nettobetrag auferteilt, sondern das Brot überhaupt verteuert, so daß eine fünfköpfige Familie ihren Brotbedarf im Jahre um ca. 45 M. teurer bezahlen muß! Ebenso wird bei und durch die Grenzperre das Fleisch künstlich verteuert. Selbst wenn das Pfund Fleisch durch die Grenzperre nur um 10 Pf. künstlich verteuert würde, ergäbe das bei einem Fleischkonsum von 54 Kilogramm pro Kopf — soviel rechnet die Denkschrift des Reichs-marineamts heraus — eine Belastung von 10,80 M. pro Kopf! Nicht man diese durch unsere agrarische Zollpolitik hervorgerufene Verteuerung der Lebensmittel in Betracht, so stellt sich die indirekte Belastung der Massen in Deutschland als viel höher heraus, als in England und auch in Frankreich! —

Die sozialpolitischen Initiativanträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind der „Soz. Praxis“ unbehagen und sie richtet deshalb an unsere Fraktion das Ersuchen, sich zu beschließen und es bei einigen wenigen Anträgen bewenden zu lassen:

Die Folge dieser Anzahl von Anträgen sind weitläufige, ermüdende Debatten, denen platonische Vorschläge des Reichstags und dann leider meist die Nichtbeachtung des Bundesrats mit der Begründung folgen: Es ist zu viel, man kann nicht alles auf einmal machen. Der einzige Weg, wirklich zu praktischen Ergebnissen zu gelangen, wäre die Einigung der sozialpolitischen Energie besitzenden Parteien, sich auf wenige, ganz dringende Forderungen zu beschränken, diese aber gemeinsam mit aller Macht zu vertreten, so daß sich der Bundesrat diesem Nach-druck gar nicht mehr entziehen könnte.

Die „Soz. Praxis“ hat leider vergessen anzugeben, welche „sozialpolitische Energie besitzenden Parteien“ sie im Auge hatte, als sie zu ihrem Vorschlag einer Einigung kam. Uns ist außer der Sozialdemokratie eine solche energiegeladene sozialpolitische Partei im Reichstage nicht bekannt; oder rechnet vielleicht die „Soz. Praxis“ auch die Merkmalen, Nationalliberalen, freistimmigen Volksparteiler usw. zu den „energischen“ Sozialpolitikern?

Die „Freie Deutsche Presse“ die ehemalige Eugen Richter'sche „Freistimmige Zeitung“, scheint allerdings auch ihre eigene Partei wie überhaupt sämtliche Liberalen zu den „energischen“ Sozialpolitikern zu rechnen, denn sie interpretiert den Vorschlag der „Soz. Praxis“ dahin, daß die Liberalen sich mit dem Zentrum über die Ein-bringung und Behandlung sozialpolitischer Anträge verständigen sollten; sie scheint also an eine sozialpolitische Verständigung unter Mugdons Führung zu denken — vorläufig möchten wir jedoch die „Soz. Praxis“ noch nicht so tief einschätzen, daß sie bereits Schwärmer vom Schlage des Herrn Mugdon zu den energischen Sozialpolitikern rechnet. —

Deutsch-amerikanische Handelsbeziehungen. Der republikanische Senator Lodge brachte im amerikanischen Senat eine Gesetzesvorlage ein, durch welche ein Maximal- und Minimaltarif geschaffen wird. Diese Vorlage ändert den Dingleytarif ab und räumt die Vorteile der Minimalzölle den Produzenten aus Ländern ein, welche gegen amerikanische Produkte einen Differentialzoll nicht vorsehen. Das Gesetz bestimmt ausdrücklich die Erhebung von höheren Zöllen gegenüber den Ländern, welche Waren aus den Vereinigten Staaten nicht unter den gleichen Bedingungen zulassen, welche sie anderen Ländern einräumen.

Gegen die geplante Erhöhung der Biersteuer protestierte am Mittwoch in Köln eine von Vertretern fast aller rheinisch-westfälischen Brauereien besuchte Versammlung. Nach einem Referat des Syndikus Dr. Kreuzbauer nahm einstimmig eine Resolution an, worin es heißt:

„Das dem deutschen Reichstage vorgelegte Gesetz wegen Aenderung des Brauereisteuergesetzes läßt den Grundlag der gerechten Verteilung völlig vernichten und bedeutet mit seinen außerordentlich erhöhten Steuererhöhen für die ge-zamte norddeutsche Brau-Industrie eine deren Existenz ernstlich bedrohende Gefahr, sofern es nicht gelingt, die Steuer abzuwägen. Die von der Regierung gegebene Begründung zu dem Gesetz unterschätzt die Folgen der Steuererhöhung. Bei der heutigen Lage der Brauindustrie sind die Brauereien völlig außerstande, die neue Steuer zu tragen; ebenso wenig können die Bierabnehmer die drohende Be-lastung auf sich nehmen, so daß die Steuer vom konsumierenden Publikum, insbesondere also von den Arbeiterkreisen, gezahlt werden muß.“

In der Erwägung, daß die norddeutsche Brauindustrie einen sehr bedeutenden Faktor im deutschen Wirtschaftsleben darstellt, und daß die von der Annahme des Gesetzes zu erwartende tiefgehende Schädigung der norddeutschen Brauindustrie für sie selbst wie für die mit und von ihr gesühten Gewerbe- und Handelszweige, insbesondere aber auch für die Landwirtschaft von unübersehbaren Folgen begleitet sein dürfte, spricht deshalb die Versammlung die bestimmte Erwartung aus, daß der Reichstag dem Gesetzentwurf seine Zustimmung versagen wird.

Dem Verdienste seine Krone. Gendarm Schubert in Schoppin (Oberhessen) hat 500 Mark Beförderung für sein tatkräftiges Eingreifen beim Krawall in Wilhelmshütte während des Bergarbeiterstreiks erhalten. Außerdem ist ihm das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden. Er hatte den Grubenarbeiter Saloz erschossen, angeblich aus Nothwehr, nachdem er selbst bereits verletzt worden war. Nach seiner „völligen Wiederherstellung“ soll er verlegt werden.

Gepäck- und Personentarif. Der Landeseisenbahnrat hat in seiner Sitzung vom 5. ds. Mts., wie der „Staatsanzeiger“ meldet, über die Vorlage des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betreffend die Reform der deutschen Eisenbahnpersonen- und Gepäcktarife, beraten. Den Grundgedanken der vorgeschlagenen Reform wurde von keiner Seite widersprochen. Die Mehrheit der Körperschaften hat dabei empfohlen, wegen Ermäßigung der Fracht für kleinere Gepäckstücke bis zum Gewicht von 25 Kilogramm mit den übrigen Staatsbahnverwaltungen in erneute Verhandlungen einzutreten.

Bulgarischer Handelsvertrag. Dem Reichstage ist gestern ein Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Bulgarien zugegangen.

Ausland.

Italien.

Rom, 5. Dezember. (Fig. Ver.) Die Munizipalisierung der Bäckereien in Palermo. Die Urabstimmung vom 2. Dezember über die Uebernahme der Bäckereien in städtischen Betrieb ergab 8708 Stimmen zugunsten der Uebernahme und 1079 dagegen. Das „Giornale d'Italia“ will wissen, daß alle reformistischen Sozialisten — dem Parteibeschlusse zuwider — gegen die Munizipalisierung stimmten! —

Im Mittelalter bestand bereits in Palermo für die Dauer von beinahe drei Jahrhunderten die Ausübung der Brotbäckerei durch die Stadt, die schließlich zu Mißbräuchen und so zur Schädigung der Stadtbevölkerung führte, lange Zeit aber ein Segen für die Bevölkerung war.

Serbien.

Im Auftrage der serbischen Parteigenossen sendet uns Genosse St. Jonowitsch-Belgrad eine genauere Darstellung der Vorgänge, die im Zusammenhang stehen mit der Demonstration am vergangenen Sonntag, über die wir in der Mittwoch-Kammer berichteten. Wir entnehmen dem Briefe folgendes:

Einige Tage vor der Demonstration verbreitete die sozialdemokratische Parteileitung und die General-Gewerkschaftskommission einen Aufruf, in welchem alle Arbeiter aufgefordert wurden, sich an der Demonstration gegen die von der Regierung geplante scharf-maßrichtige Gewerbegesetz-Novelle zu beteiligen.

Die Demonstration gelang vortrefflich: Ueber 10 000 Arbeiter nahmen teil. Alle Gewerkschaften waren zahlreich vertreten. Der Zug bewegte sich in größter Ordnung vom Sammelpunkte durch die Gasse Michaelstraße (neben dem Konak!) am russischen Konsulat vorbei. Als wir hier anlangten, ertönte aus Tausenden von Rufen: „Nieder mit dem russischen Absolutismus! — Es lebe die russische Revolution!“ Dann ging's weiter zur Skupstina, wo der Ministerpräsident die Deputation empfing, die ihm erklärte: alle organisierten Arbeiter würden lieber im Kampfe sterben als zulassen, daß man ihnen durch Gesetze das Streiken verbietet.

Der Ministerpräsident antwortete, die Regierung werde immer bemüht sein, die Klagen der Arbeiter auszugleichen und die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so zu gestalten, daß beide Teile zufriedengestellt wären.

Die Deputation erklärte darauf, daß dies unmöglich sei in unserer heutigen Gesellschaft. — Damit war die Unterredung beendet. Die Arbeiter hielten sofort eine Versammlung unter freiem Himmel ab und beschloßen, den Kampf energisch aufzunehmen.

Die große Zahl der Demonstranten wirkte! Die regierende Partei beschloß, die Vorlage nicht einzubringen. So endete dieser Kampf mit einem Siege der Sozialdemokraten Serbiens.

Amerika.

Roosevelts Vorkauf wird lebhaft kommentiert, und die Kommentare sind meist nicht sehr schmeichelhaft. Senator Morgan von Alabama sagt, die Vorkauf sei eine Sammlung von allgemeinen Redensarten und Plattheiten. Senator Raynor von Maryland findet es abgeschmackt, daß Roosevelt sich als Schirmherr über die Republik in Südamerika hinstellt.

In der wichtigen Eisenbahnfrage verlangt Roosevelt nur noch, daß Maximalraten eingeführt werden, und darin wird ihm der Kongreß wohl den Gefallen tun; ebenso wird man für den Panamakanal neue Gelder bewilligen. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß der Kongreß sich um die übrigen schönen Empfehlungen Roosevelts wenig kümmern wird. Von einer Zollgesetzrevision ist keine Rede mehr und die betreffende Stelle in der Vorkauf ist so unklar gehalten, daß sich die Demokraten, die einen neuen Minimaltarif wünschen, und die Republikaner, die für den Maximaltarif eintreten, damit einverstanden erklären können! — Vielfach amüsiert man sich über die Wendung in der Vorkauf, daß ein Souverän, der das ganze Volk repräsentiert (also der Präsident selbst!) die erste Autorität bilden soll für die großen Korporationen. Gleich darauf folgt aber die Versicherung, daß der Präsident kein Feind der Trusts sei. — Der „New York Herald“ bemerkt dazu, daß sei das erste Mal, daß ein amerikanischer Präsident so nahe daran ist, sich „Souverän“ zu nennen.

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Eine Wahlvereins-Versammlung in Steglitz sahte nach einer ausgedehnten „Vorwärts“-Debatte gegen 13 Stimmen (bei 87 Anwesenden) folgenden Beschluß: „Die Versammlung verurteilt die persönlich-gehässige Polemik des „Vorwärts“ gegenüber Parteigenossen, wie z. B. in letzter Zeit gegen die Genossen Ehrhart, Scheidemann und Bernstein. Sie erwartet bei Meinungsdivergenzen unter Parteigenossen eine sachliche Behandlung unter Beiseitlassung aller Persönlichkeiten.“

Wir sind uns einer „persönlich-gehässigen Polemik“ gegen Parteigenossen nicht bewußt und glauben, daß auch die überwiegende Mehrheit unserer Leser die Objektivität unserer Berichterstattung über die internen Parteivorgänge anerkennen wird.

Der „Korrespondent“ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hut- und Holzwaren-Industrie schreibt:

„Ein Konflikt in der „Vorwärts“-Redaktion wirbelt viel Staub auf und kann auch in unserer Mitte nicht unvorüberlich bleiben. Der Fallbestand ist kurz folgender: Nach dem friedlichen Abschluß der Preßkammer auf dem Jenseitigen Parteitag glaubte der Parteivorstand dennoch einem dort angenommenen Antrage gerecht zu werden, wenn er eine Aenderung in der Zusammensetzung der Redaktion herbeiführte. In die Mehrheit der Redaktion, die weit entfernt vom sogenannten Revisionismus, doch aber nicht radikal genug schimmerte, in eine Minderheit zu verwandeln, kündigte der Parteivorstand zwei Redakteure, ohne denselben zuvor irgend eine Mitteilung zu machen. Die anderen vier Redaktionskollegen

faßten das gewissermaßen als eine Maßregelung auf, erklärten sich mit den Zweien solidarisch und reichten ebenfalls ihre Kündigung ein, drei Redakteure blieben in ihren Stellungen. Die sechs Kündigungen wurden dann vom Parteivorstand nach wenigen Tagen auf Anruf und Fall entlassen unter Auszahlung ihres Gehaltes bis ultimo März nächsten Jahres. Die Preßkommission billigte dieses Vorgehen des Parteivorstandes, desgleichen eine Konferenz, in der außer den beiden Vorgenannten auch die Vertrauensleute und Vertreter von Groß-Berlin teilnahmen. Aus diesen Vorgängen entwickelte sich ein heftiger Streit, der in der Parteipresse noch tobt. Die große Mehrheit der Parteiblätter mißbilligt das Vorgehen des Parteivorstandes. In gleicher Weise urteilt — Ausnahmen abgerechnet — die Gewerkschafts-Presse, welche, wie die Parteipresse, tagtäglich den Kampf gegen das „Herr im Hause sein wollen“ zu führen hat und nicht ein oder gar zwei Künften zuzuschauen kann, wenn auf unserer Seite Dummheiten verübt werden.“

Der obigen, sehr ungenauen Schilderung des „Vorwärts“-Konflikts fügt der „Korrespondent“ die Bemerkung hinzu, daß er sich von der Vorliebe für die „Vorwärts“-Redaktionen beider Richtungen frei fühlt. Auffallen ist es aber, daß er die Stellungnahme der Partei- und Gewerkschafts-Presse hervorhebt, mit keinem Wort aber der so zahlreichen Neuerungen der Organisationen, und zwar der politischen wie der gewerkschaftlichen Erwähnung ist.

In der Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg steht eine Aenderung bevor. Genosse Stauffer, der seit 1 1/2 Jahren an unserem Nürnberger Parteiblatt tätig ist, verläßt diese Stellung am 1. Januar 1909, um in die Redaktion der „Premer Bürgerzeitung“ einzutreten.

Galle, 7. Dezember. (Kritikbesuche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurden sieben Kandidaten der Sozialdemokratie und ein Sozialdemokrat gewählt. Der Kommunalratsmann stimmte geschlossen gegen die Sozialdemokratie.

Sächsische Stadtverordneten-Wahlen. In Harta wurden in der dritten Abteilung zwei Sozialdemokraten gewählt. — In Reichenbach unterlagen unsere Genossen, desgleichen in Pausa und Adorf. — In Eibenstock wurden drei „Ordnungs-parteilern“ drei Sitze abgenommen.

Druckfehlerberichtigung. In der gestrigen Notiz „Anarchismus und Sozialismus“ soll es im dritten Absatz heißen: „Herr war ja freilich ein typischer Vertreter des konfusen Gefühlsozialismus...“ von dem er sich getrennt nicht zu befreien vermochte, statt: „versuchte.“

Zugleich sei ein Druckfehler in einer früheren Notiz über die Gemeinderatswahl in Brünn berichtigt: dort sind Deutschparteilern in „Zentrumsparteilern“ verwandelt worden.

Soziales.

Staatsberatung der Landesversicherungsanstalt Berlin. Die Alters- und Invalidenversicherung ist mit einem Schein von Selbstverwaltung umgeben. Neben den Arbeitgebern haben ja auch die versicherten Arbeiter ihre Vertreter im Vorstand sowie im Ausschuss der Landesversicherungsanstalten. Wer aber glaubt, die Vertreter der Arbeiter in diesen Körperlichkeiten können leicht den berechtigten Wünschen der Versicherten Geltung verschaffen, der irrt sich. Meistens werden die Arbeitervertreter, wenn sie die Interessen der Versicherten wahrnehmen, die Arbeitgeber gegen sich haben, denen sich auch in der Regel der beamtete Vorkommende zugesellt, so daß die Arbeiter in der Minderheit bleiben. Wenn nun der beamtete Vorkommende, der naturgemäß alle Fäden des Verwaltungsapparats in der Hand hält, ein so selbstherrliches Bureaufakt ist, wie der Vorkommende der Landesversicherungsanstalt Berlin, Herr Dr. Freund, dann mögen die Vertreter der Arbeiter bei passender Gelegenheit Wünsche und Beschwerden vortragen so viel sie wollen, der Herr Vorkommende hört alles kalt lächelnd mit an, läßt Wünsche und Anregungen unbeachtet, steht von seiner sicheren Position herab der Kritik ruhig entgegen, zu der ohnehin nicht oft Gelegenheit gegeben ist. Es ist noch in frischer Erinnerung, daß es erst des Eingriffs der Stadtverordneten bedurfte, um die geplante Verneuerung des bürokratischen Elements im Vorstand etwas zu durchkreuzen. Die feinerzeit in allzu großem Vertrauen auf den Vorkommenden diesem eingeräumte Geschäftsordnung des Vorstandes ist leider immer noch in Kraft. Der von Jahr zu Jahr stärker gewordene bürokratische Geist des beamteten Teils des Vorstandes kommt auch bei den Ausschussberatungen zur Erscheinung.

Alljährlich hat der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt den vom Vorstande aufgestellten Etat zu beraten, und das ist so ziemlich die einzige Gelegenheit, wo die Vertreter der Arbeiter an der Verwaltungstätigkeit des beamteten Vorstandes in beschränkter Grenzen Kritik üben und ihre Wünsche zum Ausdruck bringen können.

Am Mittwoch beschäftigte sich der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Berlin mit der Generaldiskussion des Etats für das kommende Rechnungsjahr. Eine ganze Reihe von Klagen über die Verwaltungspraxis des Vorkommenden Dr. Freund wurden bei dieser Gelegenheit von Arbeitervertretern vorgebracht. Es wurde gerügt, daß die Angeestellten der Anstalt nicht mit gleichem Maße gewissen würden. Dem einen werde ein nicht gerechtfertigtes Wohlwollen gezeigt, der andere ohne Grund nichts weniger als wohlwollend behandelt. Im Etat wird die Neuanstellung eines zweiten Inspektors in der Heilstätte Beelitz gefordert. Es scheint, sagte ein Arbeitervertreter, als solle dieser Posten geschaffen werden, um jemand, der sich besonderen Wohlwollens erfreue, ein gutes Unterkommen zu schaffen. Sei doch schon eine Person für den noch nicht bewilligten Posten in Aussicht genommen, der mit 3000 M. Gehalt und freier Wohnung dotiert werden soll. Die Forderung, zwei Obersekretären besondere Funktionszulagen zu gewähren, wurde als unbegründet bezeichnet mit dem Hinweis, daß ein Obersekretär der Landesversicherungsanstalt, der ein Gehalt von 3900 M. bezieht, seine Ueberstunden noch besonders bezahlet bekommt und außerdem noch freie Zeit genug hat, um im Dienste des Zentralarbeitsnachweises 1200 M. nebenbei zu verdienen.

Die beabsichtigte Neuanstellung eines Vertrauensarztes hat mehreren Arbeitervertretern Gelegenheit, das System der Vertrauensärzte grundsätzlich zu bekämpfen. Dies System habe bei der Landesversicherungsanstalt dieselbe Wirkung wie in den Berufs-gewerkschaften. Der Vertrauensarzt dürfe sich berufen, die Interessen der Anstalt wahrzunehmen. Von diesem Gesichtspunkt aus bestimme er, wer von den am Anstaltsbehandlung nachsuchenden in die Heilstätte aufgenommen und wer zurückgewiesen werden solle.

Herr Dr. Freund schwiegte zu all' diesen Ausführungen, die an seiner Verwaltungspraxis gemacht wurden. In den Reihen der Arbeitgebervertreter fanden sich aber einige, welche glaubten, die von der anderen Seite gestülte Kritik mißbilligen zu müssen. Einmal jedoch fühlte sich Dr. Freund veranlaßt, einem Arbeitervertreter mit lebhafter Entrüstung entgegenzutreten, und das geschah in einem Falle, wo der Arbeitgebervertreter aus einer Laune einen zwar naheliegenden, jedoch hier nicht zutreffenden Schluß gezogen hatte. Der Arbeiter hatte nämlich ein formularmäßiges Schreiben in Händen, durch welches einem Arbeitgeber am 12. November mitgeteilt wird, daß am 20. November ein Kontrollleur bei ihm erscheinen wird, um die Duntungsarten daraufhin zu revidieren, ob die Beitragsmarken regelmäßig geleistet worden sind. Form und Inhalt des Schreibens veranlaßten den Arbeitervertreter zu der Annahme, daß es fälschliche Zeugnis sei. Revisionen dieser Art vorher anzugehen. Dr. Freund beehrte den Arbeitervertreter aber mit einem unmotivierten Aufgebot von Entschuldigungen, daß eine Veranlassung nur dann erfolgt, wenn der Kontrollleur den Arbeitgeber nicht angetroffen hat. Sonst würden die Revisionen immer unvermutet ausgeführt.

Als Beispiel dafür, wie man Angestellte einer der sozialen Fürsorge dienenden Anstalt nicht behandeln soll, wurde folgender Fall

angeführt: Eine Wärtlerin, die zwei Jahre in der Heilanstalt Beelitz beschäftigt war, wurde vom Oberinspektor entlassen mit der Bemerkung, sie habe den Arzt des Hoforiums verweigert und müsse deshalb noch an demselben Tage die Anstalt verlassen. Ein Zeugnis, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt, wurde ihr verweigert. Erst auf Beschwerde beim Vorstand erhielt sie ein Zeugnis, welches aber den Bestimmungen der Gewerbeordnung widerspricht, denn es ist als Entlassungsgrund Hoforiumsverweigerung angegeben. — Im Anschluß hieran wurde betont, wie notwendig es sei, für die in der Anstalt Beschäftigten Vertretervereine zu bilden. Manche unliebsamen Vorkommnisse könnten durch das Eingreifen des Arbeiterausschusses vermieden werden. Man erinnerte daran, daß der Ausschuss schon bei der vorjährigen Etatsberatung die Bildung von Arbeiterausschüssen beauftragt habe, doch der Vorstand sei dem bis heute noch nicht nachgekommen. — Hierauf hatte Dr. Freund, der einst nicht arbeiterfreundlicher Sozialpolitiker galt, die lakonische Antwort: der Vorstand sei eben anderer Meinung wie der Ausschuss, er halte Arbeitervereine nicht für notwendig und habe sie deshalb nicht eingeführt.

Ein weiterer Gegenstand der Kritik seitens der Arbeitervertreter war das Verfahren des Vorstandes hinsichtlich der dem Gewerkschaftshaus seinerzeit auf zehn Jahre gewährten dreiprozentigen Hypothek von 600 000 M. Der Vorstand hat diese Hypothek, nachdem er sich vergewissert bemüht hatte, sie abzulösen, der städtischen Sparkasse zediert. Die Arbeitervertreter beriefen sich darauf, daß die Forderung des Gewerkschaftshauses, sowie die im Hause untergebrachten Arbeitsnachweise Wohlfahrtsvereine zugunsten der Arbeitslosen seien. Aus diesen Gründen sei dem Gewerkschaftshaus seinerzeit die Hypothek zu 3 Proz. gewährt worden, ebenso wie ja auch der Zentralarbeitsnachweis in der Gormannstraße in gleicher Weise unterstützt worden sei. Für die Ablosung der Gewerkschaftshaushypothek könnten nicht finanzielle, sondern nur politische Gründe maßgebend gewesen sein.

Eine Anklage über die Gründe, welche den Vorstand bestimmten, die Hypothek einem anderen Gläubiger zu übertragen, gab Herr Dr. Freund nicht. Er hörte die Kritiker lächelnd an und schied sich aus.

Die Einzelberatung des Etats wurde einer Kommission überwiesen.

„Vater Staat“ als Arbeitgeber. Anlässlich einer Vergrößerung des Betriebes der Reichsdruckerei wandte sich dieselbe an den Berliner Tarifarbeitsnachweis für Buchdrucker, um durch dessen Vermittlung Buchdruckerstellen zu erhalten. Bedingung war jedoch für die Einstellung, daß die Arbeiter nicht unter 23 Jahren seien, auch das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben. Doch im Reichsdruckerei „Vater Staat“ nur Arbeiter brauchen kann, die im Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte sind, dürfte ja nicht besonders verwunderlich erscheinen, verwunderlich dürften aber die sonstigen Bedingungen sein, die sich an die Aufnahme als Arbeiter in die Reichsdruckerei knüpfen. Die den Arbeiter verlangenden übermittelten Bedingungen lauten:

Nachbenannte Ausweisepapiere sind am Tage des Eintritts mitzubringen: Geburtsurkunde, Quittungsbuch der Krankenkasse, Invaliden-Quittungskarte sowie sämtliche Bescheinigungen, Militärpapiere, Lehrzeugnis, Zeugnis über Führung und Leistungen aus der letzten Arbeitsstelle, polizeiliches Führungszugzeugnis. Der schriftliche Antrag ist sofort zu stellen und bei dem zuständigen Polizeibureau abzugeben.

Das wunderbarste bei diesem Verlangen der Reichsdruckerei ist, daß am 6. Dezember die Buchdrucker verlangt wurden und am 7. Dezember, morgens um 7 Uhr, der Eintritt erfolgen sollte. Dieses Sammelturnum der verschiedensten Bescheinigungen und Zeugnisse in so kurzer Zeit zu beschaffen, würde selbst die Kräfte eines Geistes aus der dritten Dimension überfordern. Das Verlangen nach diesen Bescheinigungen ist umso schwerer zu erfüllen, als ein großer Teil der Zeugnisse, vor allem das polizeiliche Führungszugzeugnis, in privaten Betrieben gar nicht verlangt wird und eines Geistes aus der dritten Dimension überfordern. Das Verlangen nach diesen Bescheinigungen ist umso schwerer zu erfüllen, als ein großer Teil der Zeugnisse, vor allem das polizeiliche Führungszugzeugnis, in privaten Betrieben gar nicht verlangt wird und eines Geistes aus der dritten Dimension überfordern. Das Verlangen nach diesen Bescheinigungen ist umso schwerer zu erfüllen, als ein großer Teil der Zeugnisse, vor allem das polizeiliche Führungszugzeugnis, in privaten Betrieben gar nicht verlangt wird und eines Geistes aus der dritten Dimension überfordern.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

35. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuss für die Vorberatung des Entwurfs einer städtischen Unterpflasterbahn „Nord-Süd“ ist gewählt; ihm gehören auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Singer, Dorgmann, Fannkuch an. Ebenso hat die Wahl des Ausschusses für die Vorlage betr. den armenärztlichen Dienst stattgefunden; hier ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Stadtverordneten Bernstein, Singer, Koblenzer vertreten.

Am 6 Uhr findet die feierliche Einführung des neuen, inzwischen bestätigten und aus dem Staatsdienste entlassenen Kammerers Dr. Steiniger statt.

Der Oberbürgermeister hält eine Begründungsrede, in der er auf den Unterschied des Amtes eines unmittelbaren Staatsbeamten und eines Gemeindebeamten hinweist, wünscht, daß der neue Kammerer in seinem Amte Erfolg haben möge und zum Schluß dem scheidenden Kammerer Raab anerkennende Abschiedsworte widmet. Ihm schließt sich namens der Stadtverordneten-Versammlung der Vorsteher Langerhans an.

Stadtv. Jacobi (A. L.) berichtet sodann über die Ausschuss-erörterung des Antrages Arons betr. die

Errichtung von Waldschulen

für schwächliche Kinder. Bekanntlich hat der Ausschuss den Antrag selbst mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt, ebenso mit Stimmenmehrheit (7 gegen 7) einen anderen, aus der Erörterung hervorgegangenen, folgenden Vorlautes: „Den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht auf städtischem Waldgelände eine größere Waldholungsstätte, ähnlich wie die Heimstätten für Genußende, für fränke und schwächliche Kinder geschaffen werden könnte, in welcher diese längere Zeit verbleiben und daselbst auch Schulunterricht bei ärztlicher Aufsicht genießen.“ Letzterer Antrag ist für die Plenarberatung wieder angenommen worden.

Stadtv. Sachs (A. L.) hält diese Anregung gegenüber dem ursprünglichen Antrag für dankenswert. Es fehle eine Erholungsstätte, ein Melonengarten für Kinder, und ein solches zu schaffen sei Aufgabe der Stadt Berlin. Daß die Stadt etwas ähnliches schon besitze, sei eine irrtige Annahme. Wenn die betreffenden Kinder sich 8-10 Wochen in einer solchen Stätte in den wunderbaren Waldgeländen, die Berlin gesonnt, aufstellen, werde ein wirksamer Erfolg erzielt und gleichzeitig würden alle Inzuchtgefahren, wie der tägliche Weg nach und von der Waldschule usw., mit einer solchen Einrichtung ausgeschlossen. Die Kontrolle der Zahlungsfähigkeit werde sich ebenfalls erheblich leichter vollziehen. Es handle sich schließlich ja auch nur um Erwägung der Anregung, um die der Magistrat angegangen werden solle.

Stadtv. W. (A. L.): Die Sache mit der Waldholungsstätte scheitert schon an der Platzfrage. Weder in den Plänterwald noch nach Döberitz gehört sie hin. Der neue Verein für Errichtung eines Säuglings-Krankenhaus zeigt den Weg, den wir gehen sollten. Man kann auch das Gute tun; das gute Herz des Kollegen Sachs geht manchmal mit ihm durch.

Stadtv. Rosenow (N. L.) bleibt dabei, daß den Waldschulen der Vorzug zu geben sei. Man verwechsle immer das frische und das Schwächliche, aber sonst gesunde Kind. Für die ersteren werde die Stadt nach wie vor in dem bisherigen Umfange Opfer zu bringen haben. Das richtigste dürfte sein, die Frage noch weiter zu studieren und die Beschlußfassung zu vertagen.

Stadtv. Koblentzer (Sog.): Im Gegensatz zur Ausschlußmehrheit bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen. In den weitesten Kreisen würde die Ablehnung nicht verstanden werden. In der Materie sind wir ja alle einig; die Bedürfnisfrage ist nicht bestritten worden und kann nicht bestritten werden. Sie haben Klassen für minderbegabte Kinder eingerichtet, sie unterstützen Ferienkolonien, Heimkindervereine usw. Andererseits ist es Tatsache, daß wir eine Menge körperlich schwacher Kinder in den Schulen haben, die in eine solche Waldschule gehören. Meine Freunde wollen nichts weiter, als daß die bisher schon aufgewandten Mittel zusammengefaßt und rationeller verwendet werden als bisher. In den Ferienkolonien haben die betreffenden Kinder nur einige Wochen Erholung; sie müssen dann wieder in die Schule und mit den weiter vorgeschrittenen aufs neue anfangen, und werden zurückbleiben wie bisher. Die Waldschulen würden dieses unerwünschte Verhältnis beseitigen. Die Platzfrage und die großen Entfernungen können keine Rolle spielen. Hätte Berlin seine eigenen Waldungen, dann könnte es sich mit dem Fiskus in Verbindung setzen wie Charlottenburg. Es handelt sich doch um Kinder, die den Wald das ganze Jahr nicht zu sehen bekommen, für die es ein Fest ist, wenn sie einmal in den Wald gelangen. Eine Gegenströmung gegen den Antrag ist ja eigentlich gar nicht vorhanden. Man hat nur noch vorgebracht, was für Charlottenburg zutrifft, brauche noch lange nicht für Berlin zutreffen. Aber wenn es Charlottenburg möglich ist, hundert Kinder zu verpflegen, kann Berlin mit seinen reicheren Mitteln ruhig tausend verpflegen. (Widerspruch.) Der Antrag Sachs könnte den Anschein erwecken, als wenn er dasfelbe aber noch Besseres wollte als der unserige; aber das erscheint nur so bei oberflächlicher Betrachtung. Man könnte ja allerdings der Walderschulstätte zustimmen, ohne daß deshalb die Waldschulen zurückstehen müßten. Bei reiflicher Überlegung müssen Sie also für unseren Antrag stimmen. Es wird Ihnen hier aber genau so gehen, wie bei vielen anderen Sachen, z. B. bei der Pflichtfortbildungsschule; Berlin erwägt und erwägt, während andere Kommunen längst zur Tat übergegangen sind. Wollen Sie gute Arbeit machen, so nehmen Sie unseren Antrag an! (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Bülow (Fr. Fr.) ist mit der Tendenz des Antrages, nicht aber mit dem von den Antragstellern vorgeschlagenen Wege einverstanden. Der von Herrn Sachs verteidigte Gedanke sei ein guter, aber die Walderschulstätte für Kinder sei kein Ersatz für die Waldschulen. Ueberdies sei ein Unterricht, der bloß 8—10 Wochen dauere, wo die Kinder alle paar Monate wechseln, ein folgebildendes Kind.

Stadtv. Professor Hartmann (N. L.) führt aus, daß zurzeit 21.000 Kinder ärztlicher Aufsicht unterstehen und davon ein erheblicher Teil den in Waldungen gelegenen Erholungsstätten vom Roten Kreuz zugeführt worden sei. Die Unterstufung des Kindererholungsvereins legt Redner der Versammlung dringend ans Herz.

Stadtv. Gaffel (N. L.): Die Waldschule in Charlottenburg lenne ich auch und erkenne ihre gute Wirkung an. Es hat aber keinen Zweck, eine solche Schule einzurichten, denn man müßte doch das gesamte Bedürfnis Berlins befriedigen. So viel Schulen können wir aber gar nicht errichten. Meine Fraktion wird fast geschlossen für den Antrag Sachs stimmen.

Der Antrag Krona wird hierauf abgelehnt, der Antrag Sachs mit großer Mehrheit angenommen.

Die Waisenhaus- und die Arbeitshaus- und Obdachverwaltung sind bisher Teile der Armenverwaltung. Der Magistrat beabsichtigt, sie von dieser abzutrennen und zu selbständigen Verwaltungs-Deputationen zu machen; die erstere soll aus 5 Magistratsmitgliedern, 12 Stadtverordneten und 2 Bürgerdeputierten, letztere aus 4 Stadträten und 10 Stadtverordneten bestehen.

Ohne Diskussion stimmt die Versammlung dem Magistratsantrage zu.

Der Antrag Deutsch und Genossen (soz.-forsch.) betreffend die

Gewährung von Feuerungszulagen

an städtische Unterbeamte und Arbeiter ist am Montag der Ausschussberatung unterzogen worden, welche mit der Annahme eines Antrages Wallach endete: Den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob und welchen Kategorien der städtischen Beamten und Arbeiter eine Aufbesserung ihres Gehaltes bzw. Lohnes zu bewilligen wäre und ob vor einer solchen Aufbesserung vorübergehende Feuerungszulagen zu gewähren seien.

Der Referent Stadtv. Wallach konstatiert, daß im Ausschusse die Tatsache der Feuerung allseitig zugegeben sei; auch die Auffassung sei allgemein, daß diese namentlich nach Inkrafttreten des neuen Posttarifs dauernd bleiben werde. Sie treffe aber nicht bloß die städtischen Unterbeamten und Arbeiter, sondern gleichmäßig die entsprechenden Bevölkerungsschichten und den Mittelstand. Nicht Zulagen, sondern event. Aufbesserungen der in übrigen den Leistungen durchaus entsprechenden Gehälter und Löhne würden in Erwägung zu nehmen sein.

Stadtv. Deutsch hält den Ausschussantrag für akzeptabel, protestiert aber gegen die einseitige Berichterstattung. Der Magistrat werde hoffentlich auch die Diätäre nicht vergessen.

Stadtv. Singer (Sog.): Ich hätte geglaubt, die Sache würde hier im Plenum so verlaufen, wie in dem Ausschuss, wo der betr. Antrag einstimmig angenommen worden ist. Das Referat aber gibt auch mir zu Gegenbemerkungen Anlaß. Alles, was Herr Wallach referiert hat, ist auch im Ausschuss verhandelt worden, dennoch ist das Bild, welches er von den Verhandlungen gegeben hat, dem Wesste, aus dem der Ausschussantrag hervorgegangen ist, durchaus nicht entsprechend. Die grundsätzlichen Einwendungen, welche er im Eingang vorbrachte, wurden im Ausschuss von einer ihm sehr nahestehenden Persönlichkeit gemacht, und der schließlich einstimmig angenommene Antrag ist von derselben Persönlichkeit ausgegangen! Der Ausschuss legt besonderen Wert darauf, sich von der Illusion loszulösen, als ob es sich um einen vorübergehenden Notstand handelt. Es muß eben eine Gehalts- und Lohnregelung eintreten, die einen Ausgleich für die eingetretene Feuerung aller Lebensbedürfnisse darstellt. Die Aufgabe des Magistrats liegt darin, die Grundlagen für unsere späteren Beschlüsse zu geben und diese dadurch vorzubereiten. Ohne solche Unterlagen können wir keinen vernünftigen Beschluß fassen. Der Magistrat aber möge den Antrag möglichst schleunigst vornehmen, damit wir recht bald darüber entscheiden können, was zu geschehen hat. Was für die augenblickliche Notlage bestimmt ist, wird hoffentlich noch im Dezember an uns kommen, so daß den Leuten zu Weihnachten oder Neujahr ein Teil ihrer Notlage ausgeglichen wird. (Beifall, auch auf der Zuhörertribüne.)

Stadtv. Dr. Langenhans begreift die gegen den Magistrat erhobenen Vorwürfe nicht. Der Magistrat und der Oberbürgermeister hätten sich der Sache durchaus freundlich gegenübergestellt.

Stadtv. Gaffel: Herr Deutsch könnte doch mit dem Erfolg zufrieden sein, der weit über die Absicht seines Antrages hinausgeht. Neben dauernden Zulagen auch noch Feuerungszulagen zu gewähren, wird allerdings schwierig sein.

Stadtv. Deutsch: Bedenken haben wir weit weniger gegen den Ausschussantrag, als gegen das Referat.

Damit schließt die Besprechung.

Stadtv. Singer bemerkt persönlich, daß er dem Magistrat keine Spur eines Vorwurfs oder einer Ermahnung gemacht habe. Wünsche an ihn zu richten sei sein Recht.

In der Abstimmung wird der Ausschussantrag fast einstimmig angenommen.

Schluß 10 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Wieder ein jesuitischer Anwurf.

Die Zentrumspresse hat wieder einmal eine „sozialdemokratische“ Untat, diesmal eine regelrechte Unterschlagung, entdeckt und poßant wie folgt ans:

„Das Gewerkschaftsamt hat von dem für die Vergarbeiter gesammelten Gelde große Summen unterschlagen.“

Nichtig ist, daß zwischen dem Gewerkschaftsamt und den Vergarbeitern ein kleiner Zwist bestand, da sich das Amt für berechtigt hielt, einen gewissen Teil der Summe auf Konto der Vergleute zurückzubehalten. Die Vergleute erkannten aber diese Form der Abrechnung nicht an und infolgedessen wurde die Angelegenheit zur Befriedigung beider Teile beigelegt, ehe noch die frommen Schnüffler davon erfahren hatten.

Nachstehende Bescheinigung beweist dies:

Wir besätigen hiermit, daß das Gewerkschaftsamt Essen von dem Bestand der Sammlungen für die Vergarbeiter, der am 2. April 1905 4350,03 M. betrug, nach den von uns anerkannten Ausgaben am 12. Oktober den Restbestand mit 2016 M. an unsere Hauptkasse abgeliefert hat.

Wochm den 1. Dezember 1905.

gez. Paul Horn,
Gewerkschaftsamt Essen.
J. A.: Rimbeck.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Werkzeugmacher bei der Firma Tietz u. Co., Sebastianstraße, ist gestern nach 14tägiger Dauer durch einen Vergleich beendet worden. Durch Verhandlungen von Vertretern des Metallarbeiterverbandes und der Organisation der Metallindustriellen wurde vereinbart, daß der Grundlohn für Ausgelernte 45 Pf. pro Stunde betragen soll. Gefordert waren 50 Pf. Bezahlt wurden bisher 35 Pf. Sämtliche übrigen Werkzeugmacher für Schnitte und Stangen, deren Stundenlohn sich zum Höchstlohn von 65 Pf. bewegt hatte, erhalten eine Zulage von 2 M. pro Woche. Außerdem wurde die neunständige Arbeitszeit so geregelt, daß die sogenannte englische Mittagszeit zur Einführung gelangt. Nach gegenseitiger Unterzeichnung dieser Abmachungen ist die Arbeit von sämtlichen Streikenden gestern wieder aufgenommen worden. Mit dem Streikresultat befähigte sich gestern abend bei Franke in der Sebastianstraße eine gut besuchte Versammlung der Werkzeugmacher aus den Spezialbetrieben und akzeptierte die Abmachungen, wenn auch der Vergleich als ziemlich mager bezeichnet wurde.

Die Hausdiener der Firma Tietz (Warenhaus) waren kürzlich wegen einer Feuerungszulage vorstellig geworden. Nach mehrfachen Verhandlungen, die zwischen Vertretern des Transportarbeiterverbandes und des Vereins Berliner Hausdiener mit der Firma stattgefunden haben, ist jetzt eine Aufbesserung des bisherigen Lohns auf folgender Grundlage zustande gekommen: Es erhalten Hausdiener von 19 Jahren einen Wochenlohn von 30 M., solche von 21 Jahren und darüber unverheiratet 22 M., verheiratet 25 M., steigend von Jahr zu Jahr der Beschäftigungsdauer um je 1 M. pro Woche bis zum Höchstlohn von 28 M. Ueberstunden von 11 Uhr nachts ab werden mit je 75 Pf., also einem Zuschlag von 60 Proz. bezahlt. Für Motorwagenfahrer beträgt der Wochenlohn 27 M. Bezüglich der Anwendung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde vereinbart, daß als nicht erhebliche Verkümmis bei einer Beschäftigungsdauer von 1/4 bis 1 Jahr eine Woche, von über 1 Jahr 3 bis 4 Wochen angesehen werden.

Die Hausdiener der Firma Jandorf (Warenhaus) haben auf Vorschlag der Organisationsleitung des Handels- und Transportarbeiterverbandes hin unabhängig vom Tarifvertrage eine feste Feuerungszulage von durchgängig 1 M. pro Woche bewilligt erhalten.

Achtung, Hausdiener! Gemahregelt wurden die Hausdiener der Firma E. Wille u. Co., Dfengestraße, Kochstr. 72. Selbstige waren kürzlich bei dem Geschäftsinhaber wegen einer Lohnhöhung vorstellig geworden, die sie durch den Vorstand, ihrer Organisation, dem Handels- und Transportarbeiterverband einreichen ließen. Der Chef überhäufte die Leute nur mit den bittersten Vorwürfen darüber, daß sie sich wegen Unterbreitung der Forderung an einen „sozialdemokratischen“ Verband gewandt hätten, indem er ihnen ganz entsezt sagte: „Bedenken Sie bloß, was Sie da gemacht haben! Wir sind doch Hostlieferanten! Auch rüffelte er sie, weil sie mit ihrer Forderung gerade in einer Zeit kämen, wo im Geschäft viel zu tun sei. Anfänglich sträubte sich der Chef dann gegen jede Bewilligung. Als die Hausdiener dennoch ruhig und bestimmt auf ihrer Forderung beharrten, suchte er sie mit der üblichen Redensart einzuschüchtern, wenn es nicht passe, könne gehen. Als dann aber die Hausdiener die Arbeit niederlegen wollten und sich auch eine Anzahl gelehrter Handwerker mit ihnen solidarisch erklärten, da wurde die geforderte Zulage von 3 M. pro Woche willkürlich bewilligt. Jetzt aber, nachdem die Arbeit nicht mehr so drängt, hat die Firma sämtlichen Hausdienern zum 9. Dezember gekündigt. Es handelt sich um Leute, die bereits 7, 15, 16 und 18 Jahre hindurch bei der Firma tätig gewesen sind. Es ist deshalb eine Ehrenpflicht für jeden Hausdiener, in diesem Geschäft keine Arbeit anzunehmen.

Achtung, Maurer! Der Bau des Amtsgerichts in Schöneberg, Brandenburgerstraße, ausführende Firma Selberg und Schläter, ist gesperrt, da 10 Kollegen, welche für die vertragmäßige Arbeitszeit eintreten, gemahregelt sind. Der Bau ist streng zu meiden. Die Verbandsleitung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer ersucht um Aufnahme folgender Erklärung:

Bezugnehmend auf die Annonce der Verbandsleitung der Maurer im gestrigen „Vorwärts“, sowie die Notiz in Nr. 284 desselben Blattes, betreffend die Arbeitszeit im Kaiserhof, haben wir im Einverständnis sämtlicher zurzeit im Kaiserhof beschäftigten Kollegen im Interesse der Wahrheit folgendes zu erklären:

Auf genannter Arbeitsstelle arbeiteten bis zum 2. Dezember bei achttägiger Arbeitszeit 90 Maurer. Davon waren organisiert im Verbandsamt 52 und im Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins 38 Kollegen. Von diesen 52 Verbandskollegen wollten am Sonntagabend, den 2. Dezember, erst 17, später 24 Verbandskollegen sieben Stunden arbeiten. Die übrigen 28 vom Verbandsamt, sowie unsere 38 Vereinskollegen waren für die achttägige Arbeitszeit. Das Verhältnis war also: 24 zu 66!

Nach dem Erscheinen besagter Notiz unter Gewerkschaftlichem im „Vorwärts“ am Dienstag, den 6. Dezember, in der die Verbandskollegen von ihrer Leitung mit dem Ausschluss bedroht wurden, wenn sie nicht für die siebenständige Arbeitszeit auf diesem Bau eintreten, letzten abermals sieben vom Verband die Arbeit nieder, so daß 31 im Verband Organisierte die Arbeit verließen und 21 trotz der Drohung ihrer Leitung weiter arbeiteten.

Es heißt nun in der Annonce der Verbandsleitung im gestrigen „Vorwärts“: „Als Ersatz für die Ausgesperrten sind vom Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend die entsprechenden Läden teilweise besetzt worden.“

Dem gegenüber haben wir heute festgestellt, daß wohl einige Vereinskollegen, aber auch einige Verbandskollegen auf dieser Arbeitsstelle Arbeit annahmen. Das letztere wird wohlweislich von der Verbandsleitung verschwiegen. Der Zweck, der damit verfolgt wird, ist so

offensichtlich, daß wir es uns hier im „Vorwärts“ versagen, darauf näher einzugehen.

Es arbeiten jetzt am Kaiserhof 70 Kollegen, also 20 weniger als vor dem 2. Dezember dort beschäftigt waren.

Bemerkten müssen wir noch, daß die Vertreter des Verbandes bei der letzten Verhandlung zwecks Beilegung der Differenz den Vertretern der ausführenden Firma den Vorschlag machten, zwei Schichten einzuführen mit je neunständiger Arbeitszeit.

Im übrigen werden wir uns mit dieser ledigen Angelegenheit am Sonntag in unserer Versammlung beschäftigen. Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer. J. Weyle.

(Ohne auf die Schuldfrage auf der einen oder anderen Seite irgendwie einzugehen, wollen wir zum Verständnis unserer Leser nur anführen, daß der Tarif der Maurer im § 4 für die Zeit vom 1. Dezember bis zum 15. Januar eine siebenständige Arbeitszeit vorschreibt. N. d. „V.“)

Zentralverband der Zimmerer (Gau Brandenburg). Neue Lohnforderungen haben die Mitglieder folgender Zahlstellen den Unternehmern vorgelegt: In Lindow i. Mark von 88 auf 40 Pf. pro Stunde; in Lübben von 40 auf 42 Pf.; in Neppen von 30 auf 35 Pf.; in Guben von 40 auf 45 Pf.; in Templin von 37 1/2 auf 40 Pf. und in Schwedt a. O. von 38 auf 40 Pf. pro Stunde. Außer diesen Hauptforderungen sind überall noch eine Reihe Nebenforderungen aufgestellt, die sich auf Ueberstunden, entgeltliche Nacht- und Sonntagarbeit, Waubuden usw. beziehen. In den genannten Orten bestehen bereits Tarifverträge, und es steht zu erwarten, daß die Unternehmer einer Verlängerung derselben nicht etwa dadurch hindernd in den Weg treten, daß sie es zum Streik kommen lassen.

Deutsches Reich.

Ein Ende des Straßenbahnrausstandes in Kiel, der nimmehr bereits eine Woche währt, ist noch nicht abzusehen. Obgleich das Publikum naturgemäß sehr darunter zu leiden hat, gebören seine Sympathien den Ausständigen, denen es auch materielle Unterstützung zukommen läßt. Ein Beweis dafür, wie wenig die Direktion der Gesellschaft, die übrigens ein gutes Geschäft macht — zahlte sie doch im letzten Jahre 9 Proz. Dividende —, es verstanden hat, sich die Anerkennung der Bevölkerung zu erwerben, gestern vormittag wurde nur mit elf Wagen auf der Hauptlinie gefahren. Während die Ausständigen einseitig auf der Wiederanstellung des gesamten ausständigen Personals bestehen, hat sich nach einem dem Komitee der Ausständigen gestern gegebenen Bescheid die Generaldirektion in Berlin nur bereit erklärt, die sich meldenden Leute einzeln und nach Bedarf einzustellen. — Zugzwang von Straßenbahnern ist unbedingt fernzuhalten.

Die städtischen Gemeindeführer in Leipzig haben in einer Resolution beschlossen, den Rat der Stadt zu ersuchen, angesichts der hohen Fleisch- und Lebensmittelpreise eine Feuerungszulage noch vor Weihnachten zu gewähren. — Abgelehnt hat es der Rat, einem Antrage des Stadtv. Genossen Lehmann zu entsprechen und den städtischen Arbeitern nach einjähriger Dienstzeit das aktive, nach zweijähriger das passive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen zu gewähren.

Ausland.

Ein neuer Ausstand der französischen Arsenalarbeiter wird befürchtet, weil der Marinepräfect von Orest einen Arbeiter auf drei Tage von der Arbeit ausgeschlossen hatte, weil er einen arbeitswichtigen Arbeiter mißhandelt hätte. Die Delegierten des Verbandes werden heute zusammentreten, um den Sachverhalt zu prüfen.

Die ausständigen Lederarbeiter in Paris ersuchten den Handelsminister durch eine Abordnung, einen Schlichter zur Schlichtung ihres Streites mit den Unternehmern zu ernennen.

Eingegangene Druckschriften.

Bericht über das dritte Geschäftsjahr 1904/05 der Deutschen Bierbrauerei A. G. zu Berlin. Druck: A. Gausmann, Berlin.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der heilige Profit.

Dresden, 7. Dezember. (V. G.) Oberbürgermeister Beuller und Bürgermeister Leopold eruchten heute in einer Unterredung die Arbeiterführer Weizner und Krüger, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß Straßendemonstrationen unterbleiben, da diese den Kaufleuten das Weihnachtsgeschäft verderben würden.

Deere Versprechungen.

Petersburg, 7. Dezember. (V. G.) Die Nachricht, daß die für die Juden bestehenden Einschränkungen aufgehoben worden seien, bestätigt sich nicht.

Neue politische Beamtenstreiks.

Odesa, 7. Dezember. (V. G.) Im Kosakamt ist ein allgemeiner Streik auf politischer Basis ausgebrochen. Der Post- und Telegraphenstreik dauert an. Ausländische Firmen liquidieren ihre Geschäfte. Die Massenwanderungen dauern fort.

Einschüchterung.

Moskau, 6. Dezember. (W. L. V.) Die Post- und Telegraphenbeamten hielten eine Versammlung ab; drei Redner verlasen eine Meldung aus Petersburg, wonach der Minister des Innern die Beamten darauf aufmerksam machte, daß, wenn sie am 9. d. M. die Arbeit nicht wieder aufnehmen, sie die Wohnungen in den Regierungshäusern innerhalb acht Tagen räumen müßten.

Schülerdemonstration.

Riga, 6. Dezember. (W. L. V.) Die Schüler der hiesigen Schulen veranstalteten einen Umzug durch die Straßen unter Vortragung von roten Fahnen. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen.

Bauernruhen.

Petersburg, 6. Dezember. (Ueber Ostfahnen.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet nachfolgende Meldungen: Tschikopol (Kasan). In den Bezirken von Tschikopol, Laischev und Spahl fanden Bauernruhen statt, zu deren Unterdrückung Truppen aus Kasan herbeigefahren wurden. Tscherni Jar (Astrachan), 5. Dezember. Zweihundert Landleute beschloßen, das Land anzuteilen, und zwar in der Weise, daß auf jede Person 1 1/2 Dehjalinen kommen. Die Landleute suchen sich in den Besitz der Wälder der Regierung zu setzen; Militär ist herbeigefahren worden.

Bomben-Gefahren.

Genf, 7. Dezember. (V. G.) Unter den Bomben, welche in der Wohnung eines russischen Studenten beschlagnahmt worden sind, befanden sich auch einige sehr gefährliche, welche noch nicht geöffnet waren. Derselben sollen morgen außerhalb der Stadt zur Explosion gebracht werden. Mehrere russische Studenten beiderlei Geschlechts wurden verhaftet. Mehrere andere haben Genf eiligst verlassen.

Der Papst macht Demonstrationen.

Rom, 7. Dezember. (V. G.) Der Papst hat beschlossen, anlässlich des am 11. d. M. stattfindenden Konfiskationsgroße Protestkundgebungen gegen das Trennungsgesetz in Szene zu setzen. Als der Papst das Telegramm über die Annahme des Trennungsgesetzes erhielt, soll er in Tränen ausgebrochen sein.

Reichstag.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Dezember 1905 nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Hr. v. Stengel, v. Tirpitz, Hr. v. Rheinbaben, Prinz Hohenlohe, Kraetzle, später Graf Bofadowitz.

Ein kleiner Antrag der Abg. Böcker (Nitt.) und Gen. auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Krözell (Nitt.) wird debattelos angenommen.

Dann wird die Generaldebatte über den Etat, die Flottenvorlage und die Reichsfinanzreform fortgesetzt.

Staatssekretär der Marine v. Tirpitz:

Ich möchte die Marinevorlage, welche die verbündeten Regierungen dem hohen Hause vorgelegt haben, meinerseits mit ein paar erläuternden Worten begleiten. Die Novelle enthält die etatsmäßige Veranschlagung unserer Kreuzerbestandes um 6 große Kreuzer. Die Veranschlagung liegt sowohl in der Friedensverwendung als in der Kriegesverwendung. Der ersten Zweckbestimmung verbanden die Kreuzer ihren Namen als Auslandskreuzer; sie sind bestimmt unserem Handel im Auslande einen Rückhalt zu geben und zur Repräsentation die Flagge zu zeigen, wo es erforderlich ist. Es ist erstaunlich, welche ungeheure Anbahnung von Interessen an der See stattfindet, und seit dem Jahre 1900 sind diese Interessen trotz der dazwischen liegenden Wjahre in beständigem, teilweise rapidem Wachstum gewesen. Einer solchen Steigerung entspricht von vorne herein eigentlich auch eine steigende Vertretung. Das, was die verbündeten Regierungen als Auslandsvertretung planen, vier große Kreuzer als Stationäre, und vier große Kreuzer als Verbindungs- geschwader, ist im Vergleich zu dem, was andere Nationen in dieser Beziehung tun, sehr mäßig. Es ist aber nicht argmäßig, diese Interessen nur durch kleine schwache Schiffe vertreten zu lassen. Es wird sich ja der Nutzen, den diese Auslands- vertretung gewährt, nicht in jedem einzelnen Falle abrechnen lassen zwischen den Interessen, die vorliegen, und den Kosten, die durch die Vertretung verursacht werden. Man wird vielmehr stets die all- gemeine Wirkung berechnen müssen, welche eine gelegentliche ein- drucksvolle Vertretung deutscher Seerestereen durch die deutsche Flotte hervorbringt. Wenn gesagt worden ist, unser Handel sei auch ohne Flotte vorwärts gegangen, so möchte ich doch demgegenüber be- merken, daß keine Gegenstände leichter Unterhalt finden als große. Gerade da wir genötigt sind, unsere Kräfte im wesentlichen in der Heimat zu konzentrieren, haben wir ein naturgemäßes Bedürfnis, an anderer Stelle kleine Kräfte zu haben. Noch wichtiger erscheint da der Umstand, daß alle diejenigen, welche praktisch der Frage unserer Vertretung durch Schiffe im Ausland nahe gestanden haben, stets volle Würdigung für ihre Bedeutung gehabt haben. Sowohl unserem Auswärtigen Amt wie unseren Landeuten im Auslande hat die Marineverwaltung nicht genug Schiffe hinausenden können. Unsere Landleute draußen sind sich eben bewußt, daß durch eine solche Vertretung auch ihre geschäftlichen Positionen gestärkt werden. Unseren Kaufmannschaften, die ja bezüglich ihrer Seerestereen auf eine längere Tradition zurückblicken können, kommen solche Zweifel überhaupt nicht. Schließlich wäre zu erwähnen, daß die Kosten für diese Auslandsvertretung nicht ausschließlich auf das Friedens- lohn, sondern bis zu einem entsprechenden Grade auch auf das Kriegslohn zu setzen sind. Es läßt sich ja nicht mit Sicherheit bestimmen, wie diese Kreuzer im Kriegsfall verwendet werden können; das hängt zu sehr von dem Gegner, seinem Verhalten, dem Auf- enthaltort und dem technischen Zustande des Schiffes ab. Die großen Kreuzer haben im Inlande die Bedeutung, die Schlags- fertigkeit der Kriegesflotte zu erhöhen, im Auslande werden sie sich be- mühen, soviel als möglich den Gegner zu schädigen und so dem Handel zu nützen, indem sie möglichst viele von den feindlichen Schiffen auf sich ziehen und dadurch die heimische Schiffsflotte so- wohl als die Handelsflotte entlasten. Die anderen großen see- fahrenden Nationen: England, Amerika, Frankreich und Japan halten jederzeit tüchtige Kreuzergeschwader bereit. Das Verhältnis zwischen Linien Schiffen und großen Kreuzern beträgt bei ihnen 1:1. In unserer Flotte ist dieses Verhältnis 3:1 (Hört! Hört! rechts), also auf drei Linien Schiffe kommt bei uns nur ein großer Kreuzer. Nun ist es ja gemäß unserer politischen und geographischen Verhältnisse nicht erforderlich, daß wir das gleiche Verhältnis anstreben; wir müssen aber wenigstens auf ein Verhältnis von 1:2 zu kommen suchen, d. h. wir müssen sehen, daß auf zwei Linien Schiffe ein Kreuzer kommt. Wir besitzen, unter Einrechnung der Materialreserve, 38 Linien Schiffe, und wir werden, wenn diese Novelle von Ihnen angenommen wird, zwanig große Kreuzer besitzen. Ich sollte meinen, daß dieser all- gemeine Gesichtspunkt auch widersprechende Herren bewegen wird, der Novelle zuzustimmen.

Bei den Anforderungen zum Etat handelt es sich zunächst um eine Vermehrung der Torpedobootbestände. Das Torpedoboot hat ja im russisch-japanischen Krieg seine Feuerkraft erhalten. Es liegt mir natürlich fern, von dieser Stelle aus irgend eine Kritik der russisch-japanischen Torpedoboot auszusprechen. Aber das haben die nunmehr historischen russischen Torpedoboot doch gezeigt, daß das Torpedoboot nur dann die Erwartungen erfüllt, daß es nur dann seine spezifischen Chancen ausnützen kann, wenn es auf einem sehr hohen Stande der Ausbildung steht. Nach dieser Richtung geht der Wille der Regierung. Es ist unsere Absicht, die Torpedoboot- flotte während dreier Jahre fest zusammenzuhalten, und zwar mit Mannschaften und Offizieren. Es ist aber nicht möglich, wie es beim Datalion der Infanterie geschieht, in die taktischen Einheiten die Reserven einzuführen. Wir brauchen also aktives Material, das ist der springende Punkt unserer Forderungen. Wenn nun ein Torpedoboot während dreier Jahre allen Strapazen ausgezehrt ist, so muß es zunächst in die Reparaturwerkstatt. Also auf drei Flotten kommt immer eine, die in Reparatur ist. Da wir im ganzen neun aktive Flotten brauchen, so fordern wir im ganzen 12 Flotten, also 144 Torpedoboot.

Ich war nie ein begeisterter Anhänger der Unterseeboote, aber infolge von Verbesserungen ist das Unterseeboot jetzt doch für be- schränkte Fälle von großer Bedeutung. Eine Zukunftsprophesieung auszusprechen, mag ich mir nicht an. Aber da alle anderen Staaten in großer Maßstabe an den Bau von Unterseebooten herangegangen sind, fordern wir auch unsererseits jährlich fünf Millionen für Unterseeboote.

Am meisten Aufsehen hat unser Plan der Displacement- vergrößerung der Linien Schiffe gemacht. Nachdem, namentlich infolge des Einbruchs der Seeschlacht von Tsushima, eine allgemeine Er- höhung des Displacements bei den see fahrenden Nationen ein- getreten ist, müssen auch wir in dieser Richtung vorgehen. Die Ursache liegt namentlich in der größeren Bedeutung der Ferngeschütze. Wenn in Zukunft das Ferngeschütz eine so große Rolle spielt, so er- gibt sich daraus die Notwendigkeit einer schwereren Armierung, die wieder eine größere Tragfähigkeit der Schiffe erfordert. Weiter hat sich der Einfluß der Torpedos nach zwei Richtungen hin geltend ge- macht. Er zwingt uns, den Kampf möglichst außerhalb Torpedos- schußweite zu führen. Während diese bis vor kurzem nur wenige hundert Meter weit reichte, ist darin in jüngster Zeit eine Veränderung eingetreten. Die Ansicht, die ich in der Presse gelesen habe, daß wir unsere Schiffe nicht vergrößern könnten mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Wasserläufe, ist für die von der Regierung geplanten Bauten nicht zureichend. Dahingegen wäre eine brauchbare Vergrößerung nicht möglich, wenn man nicht gleich- zeitig die Salven des Kaiser Wilhelm-Kanals auf beiden Seiten erweiterte. Die steigende Präzision auf diesem Kanal hätte eine solche Erweiterung ohnehin nötig gemacht.

Ich komme nun zu der Fernunterstützung, die größtenteils durch die vorher geplanten Maßnahmen erforderlich ist. Wir werden,

wenn man den Jahresdurchschnitt nimmt, in den nächsten Jahren nicht wesentlich mehr verlangen als in den letzten sechs Jahren von dem hohen Hause bewilligt worden ist. Bezüglich der besseren Ausnutzung der Schiffartillerie bleibt uns noch manches zu tun. Durch die physische Entlastung des einzelnen Mannes soll die Geschwindigkeit und Ausdauer des Ge- schützfeuers gesteigert und die Treffsicherheit erhöht werden. — Wir haben uns zum Schluß bemüht, über die Kosten, welche aus den geplanten Maßnahmen voraussichtlich entstehen werden, einen Uebersicht zu geben und die schwere Schätzung so gewissenhaft wie möglich ausgedrückt. Sie werden nicht erwarten können, daß die einzelnen Zahlen stimmen, aber wir werden uns große Mühe geben, die Kosten innerhalb des Rahmens der Gesamtschätzung zu halten. Das ist der springende Punkt, auf den es ankommt. — Aus den Äußerungen der Presse und der Mitglieder dieses Hauses habe ich im allgemeinen den Eindruck gehabt, daß die Marinevorlage nicht unfreundlich aufgenommen worden ist. Wohl habe ich Stimmen gehört (Weiterleft), die die Kosten zu groß fanden und den Nutzen einer deutschen Marine überhaupt nicht einsehen, aber ich habe auch Stimmen gehört (Weiterleft), denen die Marinevorlage lange nicht weit genug ging. Ich hoffe, daß die Beratungen in diesem Hause dazu beitragen werden, auch diejenigen, welche sich bisher zu den Vorlagen ab- sehnend verhielten, zur Zustimmung zu bewegen, und daß auch die- jenigen, welche eine größere Vorlage gewünscht hätten, sich werden überzeugen lassen, daß das Vorgehen der verbündeten Regierungen in dieser Frage richtig gewesen ist. Ich hoffe und wünsche dringlichst, daß eine möglichst große Majorität dieser Flottenvorlage zustimmen möge, damit jedweder sehen kann, daß die erwähnten Vertreter des deutschen Volkes in dieser Frage geschlossen hinter der Regierung stehen. (Lebhafte Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Bebel (Soz.):

Die Verabschiedung des Reichstages im Sommer, die schon der Abg. Frigen erwähnt hat, kam in der Tat im höchsten Maße über- raschend. Noch wenige Tage vorher war dem Seniorensenat die Mittelung zugegangen, daß mit Rücksicht auf bestimmte wichtige Vorlagen, die sich damals in den Kommissionen befanden, eine Ver- zögerung stattfinden sollte. Das einzige, was wir über den Grund zu dem plötzlichen Schluß erfahren konnten, war, daß er nicht aus Antipathie gegen den Reichstag erfolgt sei. Es wäre ja wirklich sonderbar, wenn gegen diesen Reichstag bei der Regierung eine Antipathie bestehen sollte. Aber kurz darauf wurde gesagt, der Reichstag sei heimgeschickt worden, weil man der Erörterung über die damals schwebende Marokko-Angelegenheit aus dem Wege gehen wollte. Aber wenn wirklich die Situation einen so ernsten Charakter hatte, wie den, in dem sie später der Öffentlichkeit entgegengetreten ist, so hätte man erst recht den Reichstag für alle Eventualitäten zur Hand halten sollen. Jedenfalls war diese plötzliche Verabschiedung ein Verfahren äußerster Rücksichtslosigkeit gegen den Reichstag, gegen das ich im Namen meiner Parteifreunde entschieden Protest einlege. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben keinen Grund, das bisherige Ansehen, das der Reichstag noch bei den verbündeten Regierungen genießt, unter unserem Stillschweigen noch weiter herabzudrücken zu lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Später hieß es, der Reichstag werde zu Unrecht seines tiefsten Beratungskörpers Mitte Oktober einberufen werden. Statt dessen ist er jetzt so spät wie möglich zusammenberufen worden, so spät, daß an eine Fertigstellung des Etats bis April gar nicht gedacht werden kann. Wenn man dabei die Absicht hatte, zu verhalten, daß der Reichstag sich in gewisse Fragen allzu sehr einmische, so kann ich schon jetzt erklären, daß wir uns keine Mühe annehmen werden, daß wir die ersten Fragen, die die gegenwärtige hochernste Situation bietet, auch ernst und gründlich behandeln werden, gleichgültig, ob der Etat fertig wird oder nicht. Die Verantwortung für sein Nicht- auskommen tragen dann eben die verbündeten Regierungen oder die Instanzen, die darauf hingearbeitet haben, daß der Reichstag so spät zusammenberufen wird. — Der Reichstag ist mit einer Thronrede er- öffnet, die im In- und Ausland großes Aufsehen erregt hat. Ich entsinne mich einer solchen Ausdrucksweise, wie wir sie dort finden, von keiner Thronrede seit Bestehen des Reiches. Es wird in ihr darauf hin- gewiesen, daß wir zu einzelnen Großmächten nur in korrekten, nicht in freundschaftlichen Beziehungen stehen, und der Reichskanzler hat ja gestern unsere Beziehungen zu den Hauptmächten Europas noch näher erläutert. Dabei hat er auch die Marokkofrage zur Sprache gebracht, aber da abgedröhrt, was es am notwendigsten gewesen wäre, weiter zu reden! Sie werden es begreiflich finden, daß wir verstanden werden, das Versäumte nachzuholen. Der Reichs- kanzler hatte ganz recht, wenn er sagte, ein Staatsmann könnte nicht in jedem Augenblick eine Rede über die auswärtige Politik Deutsch- lands halten. Aber auch diese Äußerung ist ein Beweis mehr für die ungewöhnliche Spannung in unsern internationalen Beziehungen. Weiter bezogen eine Reihe anderer Äußerungen den Geist der Situation. Ich erinnere nur an die Rede des deutschen Kaisers beim Festbankett zu Ehren des sächsischen Königs:

„Sie haben ja gesehen, wie es in der Welt mit uns steht. Darum das Schwert gefast, das Pulver trocken, die Kräfte ge- spannt, das Ziel fest erkannt und die Schwarzscher verbannt.“

Das hat in der ganzen Welt ungeheures Aufsehen erweckt. Und wenn der Reichskanzler gestern erklärt hat, daß Frieden oder Krieg heute am meisten von der Stimmung und Leidenschaft der Völker abhängt, wenn er Bezug genommen hat auf die tiefgehende Abneigung der öffentlichen Meinung Englands gegen uns, so hatte er sich bemüht sein sollen, daß derartige Äußerungen jenseits des Kanals energischen Widerpruch erfahren werden (Unruhe rechts), genau so wie wenn ein englischer Staatsmann ausprähe, daß innerhalb Deutschlands ge- wisse Kreise eine tiefgehende Abneigung gegen England hätten. Daß beides der Fall ist, will ich gar nicht bestreiten. (Unruhe rechts! Na, also!) Aber die Frage ist doch, ob die Situation herart ist, daß eine Rede wie die des Kaisers vom 20. Oktober gehalten werden muß. Der Kollege Paasche hat ja schon am 4. Januar d. J. in seinem Wahlkreise Krugnach versucht, daß Deutschland in den letzten Wochen der Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit England sehr viel näher gewesen sei als viele sich träumen ließen. Nun bin ich ja überzeugt, daß der Kollege Paasche bei seinen Beziehungen zu vielen Stellen der Regierung und vielleicht auch des Hofes manches erzählt, was uns unbekannt bleibt. Aber trotzdem hatte ich bei dieser Äußerung das Gefühl, daß der Abg. Paasche sich nur einmal habe — bemerkbar machen wollen (Große Weiterleft.) Als dann aber am 27. Januar Prinz Ludwig bei der Kaiser- Geburtstagfeier ausprähe: Wir verbanden es dem Kaiser, daß wir im verflochtenen Jahre nicht in einen großen Krieg verwickelt worden seien, da gewann die Mittelung, daß um Weihnachten schon die Mobilmachung der Flotte angeordnet gewesen sei, allerdings an Wahr- scheinlichkeit. Wir haben dringenden Grund zu erfahren, was an all' dem wahr ist, umso mehr als wir im Laufe dieses Jahres an- geblich abermals anläßlich der Marokko-Affäre vor der Gefahr eines großen europäischen Krieges gestanden haben. Der Reichskanzler hat ja seiner geistigen Rede selbst einen sehr ernsten Charakter bei- gelegt. Noch schärfer lautete die Erklärung, zu deren Veröffent- lichung er seinerzeit den Korrespondenten des „Matin“ ermächtigt hatte! Er halte die Marokkokonferenz für das beste Mittel, um aus einer Lage herauszukommen, die nach mehr als einer Hinsicht gefahr- voll sei. — Wie entwickelte sich denn nun

die Marokkofrage?

Zuerst wurde die Angelegenheit vom Herrn Abgeordneten Sailer vorgebracht am 11. April 1904. Damals erklärte Graf Billow, wir hätten keine Ursache, anzunehmen, daß das englisch-französische Kolonialabkommen eine Spitze gegen irgend eine andere Macht einhalte. In Marokko hätten wir lediglich kommerzielle Interessen, und wir hätten keinen Grund, anzunehmen, daß diese unsere Interessen von irgend einer Macht mißachtet oder verletzt werden könnten. Im

Laufe der Debatte sprach ich dann meine Bedenken darüber aus, ob diese optimistische Auffassung gerechtfertigt sei. Weiter erklärte dann Fürst Billow im März dieses Jahres auf meine Anfrage zu der Reise des Kaisers nach Tanger: „Ich halte es nicht für opportun, mich eingehend über Marokko zu äußern. Deutschland erstreckt keine territorialen Erwerbungen in Marokko. Die Haltung des Politikers richtet sich nach den Umständen, aber unsere Politik gegenüber Marokko ist keine andere geworden.“ Am 20. März fand dann die Landung des deutschen Kaisers in Tanger statt, die die ganze Situation nach meiner Ueberzeugung völlig veränderte. Wir haben gewiß allen Grund, es zurückzuweisen, wenn in Marokko deutsche Interessen ge- schädigt werden sollten, wir hätten es sogar für viel richtiger ge- halten, wenn Deutschland sofort nach Bekanntwerden des englisch- französischen Abkommens die interessierten Mächte über dieses Ab- kommen interpelliert hätte. Das ist nicht geschehen. Statt dessen geht nun der deutsche Kaiser nach Tanger — ein Vorgang, der bisher in der diplomatischen Welt unerhört war. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Damals erklärte ich diese Reise für eine Demonstrationstour, heute bezeichne ich sie als Provokationstour (Unruhe rechts). Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Es lag auf der Hand, daß ein solches Vorgehen bei den anderen beteiligten Mächten das höchste Mißfallen erregen würde. (Unruhe rechts.) Ihnen (nach rechts) mögen solche Erörterungen unangenehm sein; es handelte sich aber gegebenenfalls um das Glück der Nation, die ihr Gut und Leben in die Schanzen schlagen würde, und wir werden mit Rücksicht auf die Vorkommnisse alle Veranlassung haben, und viel mehr um die auswärtige Politik zu kümmern als bisher. (Lachen rechts.) Wenn wir Deutschland in Europa tatsächlich isoliert wissen, so ist das zum großen Teil den Fehlern unserer eigenen Politik zuzuschreiben. — Was die Reise des Kaisers nach Tanger anbelangt, so kam noch hinzu, daß die marokkanische Bevölkerung von einem derartigen persönlichen Eingreifen des deutschen Kaisers einen ganz anderen Eindruck haben würde wie irgend eine zivilisierte Nation. Genau wie 1890 die bekannte Krüger-Depesche bei den Buren eine ganze Reihe von Hoffnungen in Bezug auf ihren Konflikt mit England hervorgerufen hat. Ich bin im Zweifel, ob der Burenkrieg ohne jene Depesche überhaupt angebrochen wäre. (Lachen rechts.) Tat- sache ist jedenfalls, daß die Depesche bei den Buren unberechtigte Hoffnungen erweckte. Und glauben Sie, daß die Be- völkerung Marokkos nicht ganz ähnliche Hoffnungen aus der Reise nach Tanger gewonnen hat? Zweifellos. Im ganzen Orient ist man des Glaubens, daß — wenn eines Tages die orien- talische Frage ausgerollt würde — man abdam mit großer Sicher- heit auf die Unterstützung durch Deutschland rechnen könnte. Das sind gewiß falsche Hoffnungen, aber Hoffnungen, die durch die Vor- gänge nur unterfüttert werden.

Die Behauptung des früheren französischen Ministers Delcassé, daß England für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich diesem bestimmte Zusagen gemacht habe, ist allerdings durch eine Reuterdepesche in der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 15. Ok- tober d. J. als unrichtig zurückgewiesen worden. Jaurès aber hat aus- drücklich bestätigt, daß Minister Delcassé eine solche Erklärung abgegeben hat. Diese Angelegenheit bedarf also noch der Klärung und ebenso die im Anschluß daran aufgetauchte Nachricht: es sei an den deutschen Generalstab die Frage gerichtet worden, ob er in der Lage sei, in einen Krieg mit Frankreich einzutreten. (Unruhe rechts.) Als mir die Mitteilung wurde, erklärte ich sie für ganz verächt- lich, daß diese ja ein zweites 1870 — und noch dazu gegen Frankreich und England zugleich — provozieren. Jedenfalls wurden von diesem Augenblick an Frankreich und England vollkommen zusammengeschweißt. (Unruhe rechts.) Ich bedaure diese Vorgänge ganz außerordentlich, weil ich der Ueberzeugung bin, daß eine andere als die eingeschlagene Politik — sowohl mit Frankreich wie mit England auf einem freundschaftlichen Fuß hätte bringen können. — Bei dieser Gelegenheit muß ich noch etwas anderes berühren. Sie können nicht bestreiten, daß mein Freund Jaurès in dieser ganzen Frage eine für Deutschland außerordentlich wertvolle Rolle gespielt hat. Er hat sofort Alarm geschlagen, hat die öffentliche Meinung in Frankreich von diesen Dingen unterrichtet und hat gefordert, daß die Marokko-Angelegenheit unter keinen Umständen zu einem ernstlichen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland aufgebaut werden solle. Da war es selbst- verständlich, daß meine Parteigenossen auf die Idee kamen, hier in Berlin keine Anschauungen zu entwickeln. Es sollte das eine Friedens- und Freundschaftsdemonstration zwischen den beiden Völkern sein, die von seiten der deutschen Regierung doch nur mit Freuden begrüßt werden konnte. Zu aller Ueberzeugung war aber das Gegenteil der Fall. Fürst Billow schrieb persönlich an den deutschen Vorkanzler in Paris und forderte ihn auf, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um Jaurès von Deutschland fernzuhalten. Der Herr Reichskanzler betonte in seinen Schreiben, er stimme nicht selten mit den Anschauungen Jaurès in der auswärtigen Politik überein. Wenn auch von dem Takt des Herrn Jaurès zu erwarten wäre, daß er alles vermeiden würde, was der deutschen oder fran- zösischen Regierung Unannehmlichkeiten bereiten könnte, so könne man doch die gleiche Zurechtweisung gegenüber den deutschen Beratern selber nicht hegen. Auch als besonders patriotisch wird die französische Sozialdemokratie in diesem Schreiben des Herrn Reichskanzlers be- zeichnet. Wir haben ja umgekehrt wiederholt die Erfahrung gemacht, daß die französische Presse unseren dortigen Genossen vorgehalten hat: Da steht! Bebel, das ist ein patriotischer Mann. (Große Weiterleft rechts.) Unsere Begriffe von Patriotismus und die Prinzipien (nach rechts) werden sich allerdings niemals ändern. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich habe das nur angeführt, um die ganze Rücksichts- losigkeit des Verfahrens läden und drüben zu brandmarken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Und dann, was die Vernehmung des Reiches in Bezug auf die „rückständige, doktrinaire Haltung der deutschen Sozialdemokratie auf dem Amsterdamer internationalen Kongress“ betrifft, so will ich Ihnen mitteilen, daß auf dem letzten nationalen Kongress der französischen Parteigenossen Jaurès erklärt hat: „Seit Amsterdam haben alle französischen Sozialdemokraten dem Ministerialismus entsagt!“

Jaurès hat dem Herrn Reichskanzler also eine Antwort gegeben, die sich dieser sicher nicht hinter den Spiegel gesteckt hat. Fürst Billow sollte endlich einsehen, daß es ein ganz vergebliches Be- mühen ist, zwischen der französischen und der deutschen Sozialdemo- kratie irgendwelche Gegensätze aufzurühren. Ich weiß kaum einen zweiten Fall, bei dem sich der Reichskanzler so total bloßgestellt hat. Die ganze deutsche Presse war ja auch darin einig, selbst ein Blatt wie die „Vorklärung Neueste Nachrichten“ fragte, ob denn irgend ein vernünftiger Grund vorliege, das Auftreten Jaurès zu ver- bieten. Ein zweites Blatt, das namentlich in Fragen der äußeren Politik der Reichsregierung sehr nahe steht, die „Kölnische Zeitung“ führte, noch ehe das Verbot bekannt wurde, aus: „Es würde ein bedauerliches Zeichen der Schwäche der Re- gierung sein, wenn das Verbot erfolgen würde.“ (Hört! Hört! links.) Daß der Herr Reichskanzler sich so vor der ganzen Welt blamiert hat, kann uns ja gleichgültig sein; wir bedauern nur, daß Deutschland sich in solchen Fällen mit blamiert. Der Zufall wollte, daß wenige Monate vorher bei einem internationalen Zusammen- kommen in der Schweiz der Plan gefaßt wurde, in Konstanz eine internationale Arbeiterverbänderung zu feiern. Dazu konnten außer meiner Person meine Genossen G. r. e. n. l. i. c. h. aus Jülich, A. d. l. e. r. aus Wien und ein italienischer Genosse aus Rom bestimmt. Ich wollte nur, daß ein Teil von Ihnen (zur Rechten) die Kritik geübt hätte, die an den deutschen Regierungen geübt wurde, als bekannt ward, daß die habsburgische Regierung das Auftreten der aus- ländischen Redner in Konstanz verbot.

(Der Reichskanzler Fürst Billow tritt den Saal.)

Es wird der Tag kommen, wo Sie mit diesen Imponderabilien zu rechnen haben werden! Der reaktionärste Staat, Rußland, führt in diesen Tagen darüber. Viele im Auslande werden denken, daß jetzt das reaktionäre Preußen fallen müsse. (Unruhe rechts.)

Eins hat der Reichskanzler gestern nicht gesagt, obgleich es in bezug auf die Politik in Ostasien von großer Bedeutung ist. Die Verhältnisse haben sich dort durch zwei Tatsachen völlig verändert, einmal durch den Friedensschluß von Portsmouth, sodann durch das englisch-japanische Bündnis, das am selben Tage bekannt wurde. Der ganze russisch-japanische Krieg ist ja nur durch unsere Einmischung in den Frieden von Schimonoseki hervorgerufen. (Lautes Lachen rechts und in der Mitte.) Jawohl, infolge unserer damaligen Einmischung belam Rußland Port Arthur, Talienwan und Dalu, setzte sich dort fest und trat mit immer größeren Ansprüchen auf. Rußlands Oberhoheit ist jetzt dort für absehbare Zeit vernichtet. Durch das englisch-japanische Bündnis haben sich die beiden Vertragmächte in Asien die Herrschaft zu Wasser und zu Lande gesichert. Das bedeutet für uns zunächst die offene Tür in ganz China. Das ist ein großer Vorteil für unseren Handel; denn wäre Rußland siegreich geblieben, so hätte es die Grenzen überall verschlossen. Auf der anderen Seite gab es Leute, die glaubten, wir hätten in Kiautschou einen Stützpunkt gefunden, um von dort großen Einfluß auf die ostasiatischen Verhältnisse zu gewinnen. Diese Hoffnungen sind jetzt aber allerdings sehr geschwächt. Nach meiner Meinung wäre es jetzt das Klügste, sich von dort zurückzuziehen. Wir können die militärische Position — ich betone das Wort „militärisch“ — in Kiautschou räumen. Diese kostet uns nur Geld. Dagegen, die geglaubt haben, aus Kiautschou ein zweites Port Arthur machen zu können, haben sich getäuscht. Man müßte bei den verbündeten Regierungen einfach verdrückt sein, wenn man einen solchen Plan ausführen zu können glaubt. Dagegen wird das englisch-japanische Bündnis sehr lange dauern, weil es auf einer natürlichen Interessengemeinschaft beruht. Wenn einmal ein Krieg zwischen uns und England ausbrechen sollte, was wir nicht wünschen, so hätte Kiautschou nicht nur keinen Nutzen für uns, sondern würde sogar eine Angel am Bein sein. Dasselbe gilt aber auch für unsere gesamten auswärtigen Besitzungen in Afrika und im Stillen Ozean. Wir würden einfach nicht insstande sein, diese Besitzungen gegebenenfalls zu verteidigen. (Sehr richtig! links.) Alle die Millionen wären dann verloren. Unter solchen Umständen ist es ein Konjens, diese Millionen für die Kolonien auszugeben. Unser gesamter Handel mit den eigenen Kolonien beträgt jährlich etwa 86 Millionen Mark. Dabei haben wir aber in diesem Jahre einschließlich der Ausgaben für den südwestafrikanischen Zustand ein Kolonialbudget von 138 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einschließlich der Kosten der ostasiatischen Expedition sind es sogar 151 Millionen. Unsere ganze Kolonialpolitik ist also nach meiner Meinung heiler Wahnsinn. Wenn man für den gesamten deutschen Handel das Budget in derselben Weise einrichten würde (Lachen rechts), so wären wir in wenigen Jahren bankrott. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir jemals in Europa in eine erste Sozialentwicklung kommen, so wären wir außerstande, gleichzeitig in Europa und in den überseeischen Ländern Krieg zu führen. In dem einen Punkte also hätte der Fürst Bismarck, dessen auswärtige Politik wir ja sonst keineswegs billigen, vollkommen recht, als er bei der Nachricht von der Erwerbung Kiautschou sagte: Gerade groß genug, um viele Dummheiten zu machen! (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir führen allerdings 7,7 Millionen nach Kiautschou ein, aber in dieser Summe stehen die Ausgaben für die Truppen und das Eisenbahnmateriale. Die Ausfuhr Kiautschou ist 0,0. (Lebhafte Widerspruch und Lachen rechts.) Ja, weniger kann sie nicht gut sein! Dagegen, die glauben, daß unser Auswandererstrom in die Kolonien abgeleitet werden könnte, sind entweder Dummköpfe oder Betrüger. (Unruhe rechts.) Dummköpfe verzeihe ich, Betrüger sollten allerdings ins Zuchthaus kommen.

Der Reichskanzler hat von einer Verstärkung gewisser publizistischer Kreise in England gegen uns gesprochen. Ich möchte fragen, ob diese Verstärkung ausschließlich in die Kreise besteht, oder vielleicht auch noch bei anderen Leuten. Wie steht denn zum Beispiel der Hof von London zu dem Hofe von Berlin? (Heiterkeit links, Unruhe rechts.) Das möchte ich auch gern hören. (Große andauernde Heiterkeit.) Die Stimmung zwischen den Höfen sollte ja allerdings auf die Stimmung zwischen den Völkern keinen Einfluß haben. Aber es kommt vor, daß durch gewisse Medien (Heiterkeit) das Verhältnis zwischen den Völkern schwieriger wird. Solche Medien bedeuten eine ganz außerordentliche Gefahr für uns. (Lebhafte Zustimmung links.) Auf einer so exponierten Stellung sollte mancher manchmal lieber nicht reden. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Seit ungefähr 10 Jahren, seit dem Krüger-Telegramm vom 3. Januar 1896 sind eine ganze Reihe von Äußerungen gefallen, die jenseits des Kanals verstümmen mußten. Es folgten die Reden: 1897: „Der Dreizehn gehört in unsere Faust“, 1898 im September in Stettin: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“, 1898 in Hamburg: „Bitter not tut uns eine starke Flotte“, (Ein Abgeordneter der Rechten ruft ganz laut: Sehr richtig! — Große Heiterkeit.) Als ich damals den Staatssekretär der Marine interpellierte, ob eine zweite Flottenvorlage in Aussicht stehe, da schrie er: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts“. Trotzdem kam die Flottenvorlage und wurde vom Zentrum trotz aller entsetzten vorherigen Proteste bereitwilligst akzeptiert. Dann kam im Juli 1900 beim Bankett anlässlich der Taufe der „Wittelsbach“ die Rede, daß auch auf dem Ozean ohne Deutschland und den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen dürfe. Ein Blick, daß wir uns trotz jener Rede nicht in Ostasien eingemischt haben, wo auch die große Entscheidung über das Geschick zweier Völker auf dem Ozean fiel! Endlich das famosste Telegramm im Sommer 1902 nach dem Besuch des Jaren in Neval: „Der Admiral des atlantischen Ozeans dem Admiral des stillen Ozeans“. Der Admiral des stillen Ozeans ist sehr still geworden. (Große Heiterkeit.) Es war ein ganz nettes Bild im „Wahren Jacob“, auf dem der Jar in einer Waichschüssel herumruberte, dem letzten Ueberbleibsel seiner Macht auf dem Meere. Ich hoffe nicht, daß es dem Admiral des atlantischen Ozeans einst ebenso gehen wird. (Heiterkeit links, vereinzelte Spürsche rechts.)

Der Abg. Frigen erklärte namens seiner Partei, daß sie Krieg weder mit England noch mit Frankreich wünsche. Das ist die Ansicht des ganzen deutschen Volkes. Wäre sie es nicht, so wäre auch in diesem Jahre mehr als eine Gelegenheit gewesen, Krieg herbeizuführen. An der Aufrechterhaltung des Friedens ist heute in erster Linie die Sozialdemokratie aller Länder schuld (Widerpruch rechts), die als Menetekel den herrschenden Klassen entgegensteht. (Lachen rechts.) Ja, meine Herren, die Masse des Volkes, ob man sie zuläßt oder nicht, spielt heute auch in den internationalen Beziehungen eine große Rolle. Und es war ein Mann von Ihrer Seite, der Generalsekretär v. Liebert, der in diesem Sommer schrieb, daß ohne die Zustimmung der Volksmassen heute kein Krieg geführt werden könne. Was das russische Volk seinem Herrscher gezeigt hat, könnten unter Umständen auch westeuropäische Völker ihren Fürsten beibringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, große anhaltende Unruhe rechts.) Die Völker lassen sich heutzutage in keinen Krieg mehr heben. Sie müssen wissen, warum es sich dabei handelt, und nur wenn sie das Ziel billigen, sind sie für den Krieg zu haben. Anders nicht! Ich bin nicht der Meinung, daß Deutschland sich jede Provokation gefallen lassen muß, aber nur mit der Zustimmung des ganzen Volkes kann heutzutage ein Krieg geführt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Begründung der Flottenvorlage

beruft man sich auf die Ausdehnung, die der deutsche Handel — zum Vorteil der Bourgeoisie — tatsächlich in den letzten Jahren gewonnen hat. Der deutsche Außenhandel ist in den letzten 8 Jahren ja von 3½ auf 12 Milliarden Mark, genau um 40,7 Proz. gestiegen. Aber kein Mensch kann behaupten, daß die deutsche Flotte dazu beigetragen hat. Allein mit England und seinen Kolonien tauschen wir für 280 Millionen Mark Waren jährlich aus, reichlich 2 Proz. unseres gesamten Welthandels. Trotz aller Verleumdungen und Hysterien hat sich dieses Geschäft in steigendem Maße erweitert

und ist das glänzendste zwischen allen Nationen der Welt geworden. England wird ein derartiges Geschäft nicht mit aller Gewalt zugrunde richten wollen. Eine solche Absicht wäre ja Wahnsinn! Sie dürfen ja auch nicht vergessen, daß wir noch ziemlich alle Waren frei nach England einführen dürfen. Dabei wäre es doch gar nicht wunderbar, wenn England sich sagte, daß, da ihm alle Grenzen abgeperrt werden, es auch seine Grenzen absperrern muß. Das war doch auch Ihr Hauptargument bei der Schaffung der Flotte. Trotzdem hat Chamberlain vorläufig noch seinen nennenswerten Teil des englischen Volkes hinter sich. Einmütig hat sich die englische Arbeiterklasse gegen ihn ausgesprochen, ebenso wie die 2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich einmütig gegen die deutschfeindliche Propaganda erklärt haben. Und die Arbeiterorganisationen bedeuten in England noch etwas mehr als bei uns. (Widerpruch und Juchse rechts.) Lassen Sie nur, das nächste Mal werden die englischen Arbeiter auch ihre Vertreter in das englische Parlament hineinwählen. Jedenfalls hat vorläufig der schützamerische Premierminister einen freihändlerischen Plag machen müssen. (Zuruf des Abg. Graf Kanitz: Abwarten!)

Weiter beruft man sich darauf, daß der deutsche Seehandel viel stärker gestiegen sei als der Landhandel. Die entscheidende Frage ist aber: wohin der Handel geht. Mehr als zwei Drittel unserer Ausfuhr gehen nach den europäischen Staaten, von dem Rest der größte Teil nach den englischen Kolonien und nach Nordamerika. Angesichts dieser Verteilung unseres Handels läßt sich eine so große Flotte, wie sie schon jetzt bei uns besteht, nicht rechtfertigen. Selbst wo sie eingeht, würde eine unendlich viel kleinere genügen. In Militär- und Flottenfragen bewegen sich die Regierung und die Mehrheit des Hauses immer noch in demselben circulus vitiosus (Zirkelschluß). Wenn Sie eine Mehrausgabe von 450 Millionen für die Flotte berechnen, dann berücksichtigen Sie noch immer nicht die Hafenbauten, die Befestigungen und die Verbreiterung des Nord-Ostsee-Kanals. Mit Naturnotwendigkeit muß auch der gegenwärtigen Situation weiter eine erhöhte Ausgabe für die Armee kommen, das kann man schon jetzt voraussehen. Wenn wir vor zwei Jahren die heutige Situation gehabt hätten, dann würde sich der Kriegsminister sicher nicht mit zehn Millionen begnügt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Sie heute das ganze Steuerbudget bewilligen, für künftige Forderungen reicht es doch nicht aus. Man sagt: England! England! und immer wieder England! Es scheint mir schier unbegreiflich, wie man so etwas reden kann. Als vor drei Jahren in England über dieses Thema verhandelt wurde, da erklärten die Vertreter aller Parteien: England ist nicht reich genug, um sich eine erste Armee und Marine zu halten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da künftighin Frankreich und England zusammenstehen werden, so hätten, wenn ein Flugblatt des Flottenvereins richtig berichtet, gegebenenfalls im Jahre 1910 Deutschland 24 Panzer und 8 Kreuzer, England und Frankreich 87 Linienfahrzeuge und 65 Panzerkreuzer. Welch kolossales Uebergewicht! Da ist doch gar nicht daran zu denken, auch nur annähernd das gleiche zu erreichen. Im Falle eines Krieges wären England und Frankreich im Stande, die ganze Nordsee mit ihren Schiffen geradezu zu verpfosten. Wir würden genau so vernichtet werden wie die Russen in der Tschushimastraße! Wie können Sie an einen Krieg mit solchen Mächten denken! Ist denn unser Verhältnis zu Rußland sicher? Die orientalische Frage, die Eroberung Konstantinopels tritt für Rußland zurück hinter der Idee der Eroberung der deutschen Ostprovinzen. Wenn heute in Rußland das konstitutionelle System eingeführt wird, so bedeutet das, daß die russische Bourgeoisie das Szepter in die Hand bekommt, für die es eine Lebensnotwendigkeit sein wird, ein starkes Heer zu haben. So haben wir auch nach dieser Richtung hin alle Ursache, zu fragen, was die Zukunft bringt. Das ist die Folge davon, daß wir uns England zuliebe zwischen zwei Stühle gesetzt haben! Wie wollen Sie die Kosten decken? Der Reichskanzler hat gestern ein Steuerprogramm entwickelt genau wie Bismarck am 22. November 1873. Auch damals spielten schon Tabak, Zucker, Petroleum eine Rolle, das waren die „Luxusgegenstände“, die herangezogen werden sollten! Das ist die Politik, die seit Jahren im Deutschen Reiche befolgt wird. Neue Wege wandelt der jetzige Reichskanzler auch nicht.

Auch eine Automobilsteuern schlägt man vor. Ich vermute, daß sie nur als Dekoration angehängt ist. Sie soll auch nur 2½ Millionen bringen. Man weiß, daß eine Bewegung gegen die Automobile im Lande vorhanden ist; diese will man demuten. Das Volk wird sich aber wundern, daß nicht mehr dabei herauskommt. Es ist ja eine alte Weisheit: die sogenannten Luxussteuern bringen wenig ein. Die ganze Champagnersteuer hat nur 4½ Millionen gebracht! Der Branntwein zieht anders! Wenn Sie aber die Einkommen, die Vermögen und Erbschaften besteuern wollen, so lassen wir mit uns reden. Da bringt man die Quittungssteuer! Es ist doch ein Horrenbäum (un-glaublicher Zustand), daß ein armer Teufel, der 20 M. für seinen Anzug zahlt, 10 Pf. Quittungssteuer zahlen soll, ein reicher Mann, der große Summen von der Bank holt, auch nicht mehr! Hätten Sie nicht wenigstens eine progressive Steigerung vorschlagen müssen? Die Mittelstandsdreher können sich an dieser Steuer die Zähne ausbeißten. Der Staatssekretär bestritt, daß die Tabaksteuer bisher verheerend gewirkt habe. 1892 sind von Hamburg tausend und abertausend Arbeiter ausgewandert, und die Fabrikanten haben die Fabriken nach Süddeutschland verlegt, wo sie jetzt statt früher 18 M. — 12 M. Lohn zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So sind tausende von Arbeitern um ihre Existenz gebracht. Sie im Zentrum wollen die Zigarettensteuer. Vergessen Sie doch nicht, daß die Hälfte aller Zigaretten 1 Pf. Zigaretten sind, daß durch die Verteuerung der Zigaretten eine Menge von Arbeiterinnen der Prostitution in die Arme getrieben wird! Von allen diesen Steuern sollte keine einzige bewilligt werden, wohl aber sollten alle Einnahmen aus der Erbschaftsteuer gewonnen werden.

Sie bekommen mit dieser Steuer auf einmal eine Einköpfung von Vermögen und Einkommen, wie sie Sie früher vorher gar nicht gehabt haben. Das war ja der Grund, weshalb Miquel seine Erbschaftsteuer nicht durchsetzen konnte. Der Herr Reichskanzler hat ja selbst zugegeben: niemand zahlt gern Steuern, auch der Patriotismus nicht. Noblesse oblige, das heißt, ins Moderne überlegt: Besty verpflichtet. Für den Besitzenden hat der Staat am meisten zu sorgen und zu verteidigen; in demselben Maße so der Beschaffung der Mittel beizutragen, ist daher die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, ja — ich nehme das Wort nicht gern in den Mund — die sittliche Pflicht der Besitzenden. (Zuruf rechts: Auch Ihre! Heiterkeit rechts.) Beweist, ich wende mich nur dagegen, daß Sie auf die Massen, die nichts haben, die Abgaben legen. Deutschland zahlt 82 Millionen aus der Erbschaftsteuer in den einzelnen Staaten, Frankreich zahlt aus dieser Steuer 200 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) England hat im Jahre 1901 380 Millionen aus der Erbschaftsteuer gezogen. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Im Jahre 1901, als der Vurenkrieg ungeheure Opfer verlangte, hat die englische Aristokratie und Bourgeoisie die Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuer erhöht und an Erbschaftsteuer 380 Millionen, an Einkommensteuer 788 Millionen, zusammen also 1168 Millionen aufgebracht. (Hört! hört! links.) Nach dem Vurenkrieg wurde die Steuer natürlich ermäßigt, aber 1903 wurden doch noch 820 Millionen an Einkommen- und 330 Millionen an Erbschaftsteuer aufgebracht. Dabei werden an indirekten Steuern in England nur Tabak- und Petroleumsteuer erhoben, alle Nahrungsmittel, Industrieartikel sind steuerfrei. Folgen Sie (nach rechts) zunächst einmal dem Beispiel der englischen Aristokratie und Bourgeoisie, dann würde unser Marine- und Militärbudget zum mindesten zur Hälfte aus der Erbschaft-, Vermögen- und Einkommensteuer gedeckt werden können. Aber das wollen Sie eben nicht, dagegen wehren Sie sich. Die Masse hat das Vaterland zu verteidigen, die Masse muß auch Heer und Marine unterhalten. Sie haben die Vorteile, die Ehrenstellen, die großen Aufträge usw. Für die Fällung Ihrer Kompositionen ist gefogt.

Alle Resolutionen in bezug auf Sozialreform, die der Reichstag im letzten Frühjahr angenommen hat, sind einfach in den Papierkorb des Bundesrats gewandert. Dagegen ist Sparkmacherei Trumpf! Das beweist die Absicht der Beschränkung der Selbstverwaltung der Frankenkassen, das Verhätten der Regierung bei den Klassenstreiks.

In Berlin streifen ein paar Hundert Elektrizitätsarbeiter um eine geringe Lohnerhöhung; darauf sperren die Unternehmer 30 000 Arbeiter aus, und die Regierung kommt den Unternehmern zu Hilfe, indem sie Feuerwehrleute, Sängler, Lokomotivführer, sogar Militär zur Verfügung stellt, damit die Elektrizitätswerke den Betrieb aufrecht erhalten können. Andererseits hätten die Arbeiter ja streiken können! Wo bleibt in diesem Falle der „Schutz der Arbeitswilligen“, Herr Reichskanzler? — Die 30 000 wollten arbeiten!

Von dem Vereins- und Versammlungsdrecht für Frauen ist noch immer keine Rede, das Ausübungsrecht der Arbeiter wird immer mehr beschränkt, die Massenauflösungen folgen einander. In Dresden werden 4000 Zigarettenarbeiterinnen Wochen auf Wochen ausgeperrt, und die Fabrikanten verlangen, die armen Dinger sollten aus dem Verbanne austreten. So wird durch die Willkür der Unternehmer den Arbeitern das bisherige Vereinigungsfreiheit noch genommen. Von unserem Parteipunkt aus haben wir ja gegen die Ausperrungen nichts. Wenn so gegen die Arbeiter aller Richtungen vorgegangen wird, wird ihnen der Charakter des Klassenstaates klarer als durch die besten Agitationsreden.

Zu den neuen Steuern kommt das Zurücktreten der neuen Handelsverträge. Diese werden schon jetzt dadurch schädlich, daß zahlreiche deutsche Fabriken über die schweizerische, österreichische, russische usw. Grenze auswandern, weil sie die neuen hohen Zölle nicht ertragen können. Diese Arbeitsgelegenheiten gehen den Arbeitern verloren. (Zuruf rechts: Gewiß! schon seit Jahren!) Beweist, aber in der letzten Zeit nimmt diese Auswanderung in erschreckender Weise zu. Lesen Sie doch einmal die an der Grenze erscheinenden Zeitungen.

Die Arbeit ist die Grundlage der Steuerfähigkeit und der Wehrfähigkeit. Aber man will die Arbeiter noch ihrer kläglichen Rechte, die sie besitzen, berauben. Man denke an die Hofstädte! Und in Preußen hat man den Zustand, daß die ganze Arbeiterklasse unvertreten ist infolge des elenden, verurteilten, bodenlos verrätterten Wahlrechts! (Lebhafte Beifall auf der ganzen linken.) Und auch jetzt wollen Sie nur ganz kleine Verbesserungen vornehmen. 15 Prozent der Bevölkerung wählen durchbringen! Nun Herr Reichskanzler, wenn Sie vor anderthalb Jahren im Herrenhause ausgerufen haben: „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran!“, was sagen Sie jetzt? Preußen ist heute das reaktionärste Land der Welt. (Beifall links.) Die Arbeiter aber wollen nicht mehr dulden, daß ihnen der Fuß auf den Nacken gesetzt wird, sie wollen mitreden und mitentscheiden, sie wollen ihre staatsbürgerlichen Rechte vertreten können. (Fortwährende Zwischenrufe rechts, besonders des Abg. v. Kardoff.) Wenn Sie nicht dafür sorgen, daß das Vaterland, das der Arbeiter verteidigen soll, der Verteidigung wert ist, so wird der Arbeiter das nächste Mal sich erst fragen, ob er in die Verteidigung ziehen soll. (Lebhafte Unruhe rechts und in der Mitte.) Der Acheron fließt in der Unterwelt ist in Bewegung. Sie haben keine Ahnung von der ungeheuren Verbitterung, die heute im Lande verbreitet ist. (Zuruf rechts: Die Sie verbreiten!) Sie liefern uns ja stets das Material! Wir müssen ja die Unzufriedenheit immer bremsen. Sie aber sorgen in jeder Session für neues Material. Wenn die Verhältnisse krank sind — die Verantwortung liegt bei Ihnen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bevollmächtigter zum Bundesrat, preussischer Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben:

Ich will nur auf einige der Ausführungen des Herrn Vordredners eingehen, die in mein Ressort fallen. Herr Abgeordneter Bebel hat den Arbeiter einen politischen Felsen genannt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Sehr richtig! ist kein Beweis. Nach meiner Auffassung befindet sich der Arbeiter bei uns in völlig geordnetem rechtlichen Zustand. (Lebhafte Juchse bei den Sozialdemokraten: Beweis! Beweis!) Sie behaupten ferner, wenn Sie nicht bremsen, dann würde die Bewegung noch viel schlimmer sein. Ich muß gestehen, ich lege auf Ihr Vernehmen keinen sehr großen Wert, sondern ich glaube, daß es die Autorität des Staates und der Gesetzgebung ist, die die Bewegung zurückhält. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Bebel meinte, die Arbeiterklasse würde es sich überlegen, ob sie im Zustande der Not der Aufforderung des Vaterlandes, es zu verteidigen, im geeigneten Falle folgen werde. Ich nagele diesen Ausdruck des Herrn Bebel hier fest, daß es dem Votum der Arbeiterklasse anheimgestellt werden soll, zu entscheiden, ob dem Rufe des Kaisers, das Vaterland zu verteidigen, Folge geleistet werden soll. (Lebhafte Zustimmung rechts, Unruhe und Juchse bei den Sozialdemokraten.) Der Vordredner hat ferner gesagt, der Beschäftigte, und darin kann ich ihm nur beipflichten. Ich werde nachweisen, daß dieser Gesichtspunkt maßgebend gewesen ist für die ganze steuerliche Entwicklung der neueren Zeit. Wir haben in der Beziehung ein sehr gutes Gewissen: denn die bürgerlichen Parteien tragen schon jetzt in Staat und Kommune fast die ganzen Lasten. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.)

Für die Arbeiterversicherung tragen die Arbeitgeber jährlich 276 Millionen Mark. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sozial zahlen die Arbeiter allein! Lachen rechts.) Wenn man die direkten und indirekten Steuern zusammennimmt, so kommen in Preußen 26 M. in Oesterreich 33, in Ungarn 28, in Frankreich 61, in Groß-Britannien 65, in Italien 35 und in Rußland 20 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Bei den neuerlichen Maßnahmen in bezug auf die Besteuerung ist immer der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, die Besitzenden heranzuziehen und die Nichtbesitzenden zu entlasten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Umgekehrt!) Im Jahre 1904 waren nicht weniger als 63 Proz. der Bevölkerung steuerfrei. (Hört! hört! rechts.) Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Von den über 34 Millionen Einwohnern Preußens sind 22 Millionen entweder ganz von Steuer befreit oder in der niedrigsten Steuerstufe, während die übrigen 70 Prozent der gesamten Steuern aufbringen. (Hört! hört! rechts.) Die Kommunalsteuer wird in Preußen und in den meisten anderen Bundesstaaten in der Form eines Zuschlages zur Staatseinkommensteuer erhoben. Die Zuschläge sind in zahlreichen Gemeinden, namentlich im Westen, sehr hoch. Von den rund 35 Millionen Jeniten sind 22 Millionen ganz steuerfrei und die übrigen 13 Millionen zahlen zu den 200 Millionen Einkommensteuer im Durchschnitt 140 Proz. Zuschläge, ebenso werden die Zuschläge zu den Steuern erhoben, und wenn man dann die übrigen direkten Steuern dazu rechnet, wie z. B. die Erbschaftsteuer, so kommen auf diese Jeniten rund 700 Millionen Mark Steuern. Die Etats der Kommunen werden hauptsächlich durch Schul- und Armenlasten belastet. (Sehr wahr! rechts.) Diese kommen doch den minder leistungsfähigen Klassen zugute. Durch die Einführung der Kanalisation und ähnliche Einrichtungen ist der Gesundheitszustand der minder Besitzenden Klassen wesentlich verbessert worden, wenngleich ich zugebe, daß auf dem Wohnungsgebiete noch sehr viel zu tun ist.

Auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung sind im Jahre 1903 in Deutschland nicht weniger als 602 Millionen aufgewendet worden. Hiervon entfallen auf die Beiträge der Arbeitgeber 374 Millionen. Für die Arbeiterversicherung werden täglich in Deutschland 1½ Millionen aufgebracht, davon ¼ Millionen nahezu von den Arbeitgebern. Das hat noch kein Land der Erde und nachgemacht. (Beifall sehr wahr! rechts.) Die 580 Millionen Zölle und indirekten Steuern, die in Preußen für das Reich erhoben werden, treffen allerdings wohl zu einem erheblichen Teile die minderbemittelten Kreise; aber dagegen bringen die Besitzenden allein 900 Millionen Mark jährlich auf. Und über das vom Abg. Bebel wieder angeführte „Proletarierelend“ muß ich noch einige Angaben machen. Ich bestreite gar nicht, daß es noch viel Elend in der Welt gibt, aber Tatsache ist, daß die Lohn- und Lebensverhältnisse der handarbeitenden Klasse in Deutschland sich in den letzten drei Jahrzehnten in ganz erheblichem Maße verbessert haben. (Sehr wahr! rechts.) Jedenfalls ist der Durchschnittslohn von 1888—1903 um 612 auf 800 M. oder um 33½ Prozent gestiegen. (Beifall sehr wahr! hört! und sehr wahr! rechts.) Noch einen kurzen Blick auf die Sparkassen, die nur zum geringen Teil als Depositionen benutzt werden,

meist aber den wenig und wenigst Bemittelten Kreisen dienen. Danach sind die Einlagen vom Jahre 1875 mit 1 Milliarde 120 Millionen Mark auf über 7 Milliarden im Jahre 1903 angewachsen. (Hört! hört! rechts.) Die Heinen Wähler mit Beträgen bis zu 60 M. sind im gleichen Zeitraum von 530 Millionen Mark auf 2 Milliarden 727 Millionen Mark angewachsen. (Hört! hört! rechts.) Aber ich rufe die Sozialdemokratie selbst zum Scheidrichter an über die Besserung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter.

Im Bericht der Generalkommission an den 5. Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands wird mitgeteilt, daß im Jahre 1891 277 000, im Jahre 1904 weit über 1 Million Arbeiter organisiert waren; diese brachten im Jahre 1891 1 116 000, im Jahre 1904 weit über 20 Millionen Mark an Beiträgen auf. (Wichtiges Hört! hört! rechts.) Ja, alle bürgerlichen Parteien sollten das als einen Vorposten betrachten, dieser Opferwilligkeit nachzueifern, die bisher die bürgerlichen Parteien lange nicht in demselben Maße übten. Jedes Gewerkschaftsmitglied zahlt 20 M. Beitrag im Jahre. Da sollte einmal der Staat oder die Kommune dem kleinsten Arbeiter eine Steuer in dieser Höhe auferlegen wollen! Was hätte denn wohl Herr Bebel gesagt! (Sehr gut! rechts.) Die sozialdemokratische Portefollette hat ja von den 721 000 M. Einnahme im letzten Jahre nur 497 000 M. ausgegeben und 224 000 M. kapitalisiert. Wenn die Arbeiter wirklich so bedürftig wären, wie Herr Bebel sagt, dann wäre es geradezu ein Verbrechen, so hohe Beiträge zu erheben. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Uebrigens, wenn die Gewerkschaftsbeiträge herabgesetzt würden, würden die Mittel zu so frivolen Streiks wie dem letzten Elektrizitätsstreik wohl fehlen und die Arbeiter nicht in den Streik und damit ins Verderben geblasen werden. (Wichtiges Bravo rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Frigen haben die Möglichkeit einer Verständigung über die Finanzfrage in sehr weite Ferne gerückt. Ich hoffe dringend, daß das Zentrum im weiteren Stadium der Beratungen den Wünschen der Regierungen nach einer strengen Fixierung der Matrularbeiträge noch entgegenkommen wird.

Daß die Erbschaftsteuer auf das Reich übernommen ist, ist allerdings ein Novum. Sie aufzugeben ist auch ein sehr schwerer Entschluß für die Einzelstaaten gewesen. Wir sagten uns aber: Es soll nicht jeder auf seinem Schein bestehen! Dafür verlangen wir aber auch von dem Reichstag, daß er uns bei den Matrularbeiträgen entgegenkommt. Das Budgetrecht soll nicht verkommen werden. Abg. Frigen hat die Einbeziehung der Deszendenten und Ehegatten in die Besteuerung der Erbschaften gefordert. Die finanzielle Wirkung dieser Einbeziehung wird aber weit überhäuft. Nach den Erfahrungen in Elsaß-Lothringen nehmen diese allerdings der Zahl nach vier Fünftel aller Erbschaften ein; da sie aber zu viel geringeren Sätzen veranlagt werden müssen, bringen sie nur ein Drittel des Betrages ein. Das würde für das Reich nur 25 Millionen ergeben. Diese Steuer trifft aber nicht einmal die großen Erbschaften, vielmehr betragen 4,5 Proz. dieser Erbschaften weniger als 2000 M., 48 Proz. weniger als 50 000 M. Gegen die Heranziehung der Ehegatten und Deszendenten spricht aber weniger als ein materielles Interesse ein ideales. Soll das Wenige, was sich ein Mann erarbeitet hat, bei seinem Tode nicht einmal ungehindert seiner Familie zuzulassen? Bei uns in Deutschland haben wir im allgemeinen zwar große Einkommen, nicht aber große Vermögen. In dem Moment, wo die Familie in die größte Trauer verlegt ist, soll ihr der Staat nicht noch einen Teil der Existenzmittel nehmen. Ich glaube ja, daß die Sozialdemokratie gern in diese Kerbe weiter hauen würde; denn wir würden auf diese Weise durch die Enteignung des Kapitals dem sozialdemokratischen Zukunftsstaate immer näher kommen. (Hu! hu! bei den Sozialdemokraten.) — Ich hoffe, daß auch der Herr Abgeordnete Frigen sich davon überzeugen wird, daß es all dieser Mittel nicht bedarf, sondern daß der Weg, den die verbündeten Regierungen vorschlagen, durchaus gangbar ist. Um eine Verteuerung der notwendigen, unentbehrlichen Lebensmittel handelt es sich dabei nicht. Die Steuer auf Bier ist seit langer Zeit nicht erhöht worden, in Preußen sogar seit 1819. (Hört! hört! rechts.) Trotz des in vielen deutschen Staaten gegen früher erhöhten Steuerfußes ist das Bier dort nicht teurer, sondern billiger geworden. Die Ihnen vorgeschlagene Steuererhöhung würde etwa 1/2 Pfennig auf das Seidel ausmachen. Dieser Aufschlag kann kaum auf den Konsumenten abgewälzt werden. Was nun aber den Tabak anlangt, so ist seine Belastung in England und Frankreich durch die dortigen Steuern eine weit höhere, als wir sie Ihnen vorschlagen. Ich rauche selbst leidenschaftlich gern, aber ich bin gern bereit, einen erhöhten Obolus dafür auf den Altar des

Vaterlandes niederzulegen. (Lachen links.) In der ganzen Presse liest man seit Wochen nichts anderes als Proteste gegen unsere Steuerprojekte. Ist das der Dank für die im Jahre 1870 erzielte Einheit? Ist das der Dank dafür, daß durch Gottes Willen Deutschland nicht nur politisch geeint, sondern im letzten Menschenalter auch wirtschaftlich in einer Weise aufgeblüht ist wie kein anderes Land? Besteht denn unsere Nation nur aus Leuten, die da sagen:

Hör mich, heiliger Florian,
Verschon mein Haus, sind' andere an!?

(Geisterleit. Ruf links: Agrarier!)
Ich denke, wir wollen gleich den Altvordern Opfer nicht scheuen, wenn es sich darum handelt, daß die Größe und Sicherheit des Vaterlandes sicher gestellt sein soll. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Nitschowsen (l.):
Mit wachsender Bewunderung haben wir die Heldentaten unserer Väter in Südwestafrika betrachtet; sie sind mit ehernem Griffel in die Tafeln der Geschichte verzeichnet zum Gedächtnis für Enkel und Urenkel. (Bravo! rechts.) Herr Bebel ist ein ausgezeichnete Redner, aber trotzdem habe ich mich gefragt, als ich ihn hörte: Sprechen wir beide denn noch eine und dieselbe Sprache? (Sehr richtig rechts.) Bebel nimmt sich das Recht heraus, zu prüfen, ob ein Krieg berechtigt ist oder nicht! Diesen Standpunkt werden wir niemals akzeptieren. Dem Auslande gegenüber müssen wir zeigen, daß wir uns nicht fürchten, daß in Frage der nationalen Ehre und Wohlfahrt das deutsche Volk wie ein Mann hinter seinem Kaiser steht. (Bravo! rechts.) Was notwendig ist, muß bewilligt werden, selbst wenn es sich um unpopuläre neue Steuern handelt. Alles, was zum Schutze des Vaterlandes dient, muß bewilligt werden, selbst wenn man dabei gegen den § 6 des Reichengesetzes verstößt, der weitere indirekte Auflagen auf die Minderbemittelten verbietet. Die Sozialdemokratie hat ihr wahres Gesicht mit erschreckender Deutlichkeit in der letzten Zeit enthüllt. Ich meine nicht die Kämpfe der Herren auf ihren Parteitagungen (Lachen bei den Sozialdemokraten), nicht die Behandlung der Redakteure des „Vorwärts“ (Lachen und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten), nicht den Servilismus und die Parteidiffidat, die dabei zum Vorschein gekommen sind. Das ist für uns nebensächlich, ja, es hat vielleicht das Gute, daß diejenigen, die noch immer an die Möglichkeit einer Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Reformpartei glauben, eines Besseren belehrt worden sind. Daran denke ich nicht, ich denke vielmehr an die prinzipielle Vorbereitung zum Massenstreik, d. h. die gewissenlose Vorbereitung von Unständen und an die Verherrlichung des Mordanschlags, die man aus Anlaß der russischen Revolution jetzt täglich in sozialdemokratischen Blättern findet.

Redner gibt Zitate aus dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“, in denen das revolutionäre Empfinden des russischen Proletariats gefeiert wird, in denen es u. a. heißt: „Rot bricht Eisen“ und: „Auch die deutschen Arbeiter könnten einmal russisch werden.“

Das sind Verheerungen der Volksklassen untereinander, die nicht geduldet werden sollten. (Bravo! rechts.) Die Regierung sollte hier Vorbeugungsmaßnahmen ergreifen. In dem Kampfe gegen den inneren Feind läßt die Regierung es an der nötigen Energie fehlen. Wir werden nicht umhin können, kommende Vorlagen auch von diesem Gesichtspunkte aus zu prüfen.

Redner geht nunmehr auf die Einzelheiten des Etats in den Ausführungen ein, die auf der Tribüne fast unverständlich bleiben. Er schließt: Wir wollen stets das Wort bedenken: Die Nation ist die größte, die zu kämpfen versteht. Der Erhöhung der Tabak- und Zigarettensteuer stehe ich durchaus sympathisch gegenüber. (Bravo! rechts.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Siemens u. Halske, A.-G. Der Geschäftsgewinn pro 1904/05 ist auf 9 021 556 M. gegen 7 410 006 M. pro 1903/04 angewachsen. Die Dividende beträgt 9 Proz., gegen 7 Proz. resp. 5 Proz. in den Vorjahren.

Berichtigung. Der Vertreter des Hauses Mendelssohn heißt nicht, wie angegeben Schappel, sondern Fischl.

Steigerung des deutschen Handelsverkehrs. Im Jahre 1894 betrug der deutsche Spiegelhandel (ohne die Edelmetallbewegung) in Einfuhr an Tausenden von Tonnen: 82 023,5; in Millionen Mark 4285,5. In Ausfuhr an Tausenden von Tonnen 22 883,7; in Millionen Mark 2051,5. Zusammen an Tausenden von Tonnen: 64 906,2 und in Millionen Mark 7337,0. Im Jahre 1904 sind diese Ziffern gewachsen auf 48 886,3 Tausenden Einfuhr im Werte von 6864,3 Millionen Mark und 38 855,4 Tausenden Ausfuhr im Werte von 5815,4 Millionen Mark, zusammen 87 741,7 Tausenden und 12 197,7 Millionen Mark. Deutschland fährt mithin für 1 1/2 Milliarden Mark mehr Waren ein als es ausführt. In dem Jahrzehnt von 1894 bis 1904 ist die Einfuhr um 60 Proz., die Ausfuhr um 74 Proz., der Gesamtmarkt um 66 Proz. gestiegen, ungeachtet der wirtschaftlichen Krisis in den Jahren 1900/1901.

Hausernte Italiens. Das Ergebnis der Hausernte in Süditalien hat sich noch günstiger gestellt, als es nach den anfänglichen Schätzungen angenommen worden war, nämlich auf 300 000 Doppelzentner, das ist 80 000 Doppelzentner mehr, als im Vorjahre. Dagegen haben die oberitalienischen Bezirke Bologna und Ferrara einen erheblichen Anfall von rund 150 000 Doppelzentner zu verzeichnen. Das Gesamtresultat der diesjährigen Hausernte in Italien beträgt 900 000 bis 1 Million Doppelzentner.

Billigere Tarife — höhere Kohlenpreise. Der Landes-Eisenbahnrat hat in einer dieser Tage abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Ermäßigung der Tarife für Steinkohlen und Braunkohle nach Schleswig-Holstein zu beschleunigen, ebenso die Anträge auf Ermäßigung der Tarife von Steinkohle und Holz für den Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein in Ostpreußen, die Rathildens-Hütte in Harzburg sowie für das Lahn- und Vilggebiet.

Die Zechenbesitzer im Ruhrrevier haben die Preise noch weiter gesteigert. Im Anschluß an die in der Versteigerung und Zechenbesitzer-Verammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels vom 27. November festgestellten Höchstpreise sind nämlich für einige Sorten Kohlen noch weitere Preissteigerungen festgelegt worden. Es sind die Preise nämlich nunmehr festgesetzt worden: für Gasförderkohle auf 11,50—12,50 M., für Aufkohle I auf 14,50—16,50 M., für Aufkohle II auf 15—16 M., für Anthracit-Aufkohle I auf 17,50 bis 18,50 M. und für Anthracit-Aufkohle II auf 19—23 M.

Hochkonjunktur in der amerikanischen Hoheisenproduktion. Nach dem Jahrbuch „Iron Age“ erhielt die U. S. Steel Corporation im Laufe des Monats November Aufträge, die eine Produktion von 51 000 Tonnen täglich erfordern würden, während die tägliche Produktionsfähigkeit nicht über 34 000 Tonnen hinausging. Während der letzten Woche wurden Aufträge für Stahlhütten in Höhe von 116 000 Tonnen erteilt, wovon 25 000 Tonnen für Südamerika und 60 000 Tonnen für Australien bestimmt sind. Die Preise für leichte Schienen zogen um 1 Dollar an. Die Werksstätten für Eisen sind sehr beschäftigt. Die Eisenbahnen sollen sich nach Europa befehle schneller Lieferung von Betriebsmaterial gewandt haben. 50 000 Tonnen Roheisen sollen beim deutschen Stahlwerksverband in Auftrag gegeben werden.

Japan hat Kredit. Ein englisches Syndikat hat sich bereit erklärt, für 50 000 Pfund Sterling Aktien der Japanischen Industriebank zu übernehmen. Die Bank will ihr Kapital um diesen Betrag erhöhen. Das Geld soll zur Finanzierung der vom Vizepräsidenten der japanischen Staatsbank, Takahashi, eingeleiteten Unternehmungen verwendet werden.

Da wird die industrielle Entwicklung Japans ja gleich einem großartigen Charakter annehmen, ähnlich wie in Deutschland nach dem deutsch-französischen Kriege. Aber, wie in Deutschland und Amerika die industrielle Konzentration in viel schnellerem Tempo sich vollzog, als im Vaterlande der Industrie, in England, wird in Japan die Entwicklung zum Monopol ein noch schnelleres Tempo zeigen.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. (Abteilung Berlin.) Ueber „Moralunterricht in England“ wird Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Rathause (Saal 109) Fräulein Emilia Müller nach eigenem mehrjährigen Studium sprechen. Angesichts des Voranges der Bremer Lehrerschaft für Einführung eines ähnlichen Unterrichts dürfte diese von der Berliner ethnischen Gesellschaft veranstaltete Vorlesung für weitere Kreise von Interesse sein.

Eingegangene Druckschriften.

Soziale Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik. Herausgeber: Dr. G. Franke. Erscheint an jedem Donnerstag. Preis vierteljährlich 2,50 M. Verlag Dunder u. Humblot, Leipzig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kolleger
August Lehmann
am 3. ds. Mts. gestorben ist.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
1907. Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes und Vaters **Hermann Woschetzky** lagen mir allen lieben Verwandten und Bekannten sowie dem Herrn Meister und den Kollegen von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Ludwig Löwe unseren innigsten Dank.
10128
Mario Woschetzky geb. Barthel und Sohn.

Danksagung.
Allen Verwandten, Bekannten und Genossen sowie dem Personal der Firmen Schüler u. Heiligendorf und Louis Schulze (Abt. Hamburger Bohm) sagen hiermit unseren herzlichsten Dank.
10115
Witwe Boldt u. Sohn.

Große Betten 12 M.
Überdies, Unterbett, 2-1 1/2 Stößen mit gereinigten neu n. Federn bei **Gustav Ludwig**, Berlin S., P. 10128, unter 46. Preisliste 10/12. Viele Anerkennungs-schreiben.

Jacob Golde
119 Gr. Frankfurterstr. 119
Zum Weihnachtsfest empfehlen:
Wäsche-Ausstattungen.
Trikotagen — Strumpfwaren
in bekannter Güte.
5 % Rabatt.
Ueber 40 Jahre im Outon Berlins.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer
Adam Skirecki
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
1907. Die Ortsverwaltung.

Verein zur Wahrung d. Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 6. Dezember unser Mitglied
Karl Heinrich
(Zahlstelle Offen)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Krankehaus Friedrichshagen aus nach dem Central-Friedhofe in Friedrichs-seele statt.
Um rege Beteiligung ersucht
130/18
Der Vorstand.

Rote + Rose
Ziehung 19. bis 23. Dezember.
Lose 10, 4, — mit Porto u. Liste.
J. Raehor, Haupt-Kollektor, Köln.

In den nächsten Tagen erscheint:
Der „Vorwärts“-Konflikt
Gesammelte Aktenstücke.
144 Seiten brosch. 30 Pf.
Durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen, sowie direkt vom Verlage
G. Birk u. Co., München.
5316L.

Kein Rauch! Kein Ruß! Kein Kopfweh!
Spiritus-Bügeleisen
für
Haushalt
Plättstube,
Schneider-
Werkstatt.
in allen
Größen,
formen,
Preislagen
von M. 6,— an.
Reise-Bügeleisen (Gewicht 1,4 kg.) in elegantem Stuf.
Jederzeit überall und ununterbrochen gebrauchsfertig.
Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H.
Ausstellungs- und Verkaufsort: 5318L.
Friedrichstr. 96
gegenüber
d. Zentral-Hotel.
Berlin NW. 7.
Friedrichstr. 96
gegenüber
d. Zentral-Hotel.
Man verlange unsere illustrierte Preisliste.

Blitz = Schnell
kommt man mit der Hochbahn bei **Weingarten**, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Empfehlung:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für formulierte Herren passend.
Dieselben sind von feinen Robalieren und Reifenden, die nur einen Monat ihre Garbende tragen.
38862
Fahrgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

Reste: Kostüme, Mäntelstoffe, Astrachan
Konfektion:
Jackets + Röcke + Blusen
C. PELZ, Kolbuserstraße 4.

Eduard Möller 50062
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Niedorf, Bergstr. 24.

Hut-Zentrale
Oranienstr. 2
Großes Spezialgeschäft
für Filz- und Seiden-Hüte.
Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Handschuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

Motordroschen
nach Polizeivorschrift zu günstigen Zahlungsbedingungen schnell lieferbar.
Loeb & Co., G. m. b. H.
Grünstr. 56 und Unter den Linden 65.

Medizinal - Ungarwein,
direkt bezogen vom Weinbergsbesitzer **Ern. Stein**, Erdő Bény bei Tokaj, für Kranke und Konvaleszenten.
Heneser für Blutmarme sowie **vorzügliche Dessertweine** empfiehlt zu Originalpreisen
Ernst Blesing, Kolonialwaren
200/19 Köslinerstr. 4.
Pelz-
Stolas u. Jackets, allgemein be-
wundertes
Weihnachts-geschenk zu sehr billigen
Preisen **Leipzigerstr. 57** neben den
offiziell
Kolonaden
Kein Schankasten! Hof.

A. WERTHEIM

PUPPEN U. SPIELWAREN

Puppen

Kugelgelenkpuppe mit genähter Perrücke Gr. ca. 40 cm 1.50	Gekleidete Puppe in weissem Kleid, zum An- und Auskleiden Grösse ca. 22 cm 95 Pf.
Kugelgelenkpuppe mit Schlaflaugen Gr. ca. 41cm Gr. ca. 47cm Gr. ca. 56cm Gr. ca. 62cm 2.10, 2.50, 4.75, 5.50	Gekleidete Puppe als Rotkäppchen 95 Pf.
Gelenkpuppe mit Schlaflaugen Gr. ca. 41 cm 95 Pf.	Garniertes Puppenbett 2 Grössen 45 Pf., 90 Pf.
Gelenkpuppe mit Schlaflaugen Gr. ca. 38 cm 48 Pf.	Fahrende Figuren in verschiedene Kleidungen 95 Pf., 2.90
Gekleidete Puppe i. Atlas, Gr. ca. 40 cm 2.60	Musikpuppen drehbar 95 Pf., 1.50
Gekleidete Puppe in Sport-Anzug mit weissselbener Bluse 2.90	Beckenschläger 45 Pf., 95 Pf.
Gekleidete Puppe zum An- u. Auskleiden Gr. ca. 38 cm 1.50	Stehauffiguren 95 Pf., 1.90
Gelenkpuppe mit genähter Perrücke u. Schlaf- augen Grösse ca. 58 cm 2.90 Mk.	
Gelenkpuppe mit genähter langer Perrücke u. Augenwimpern Grösse ca. 80 cm 2.90 Mk.	
Gekleidete Puppe (Meta) in 6 versch. Kleidern 2.75 Mk.	

Puppen-Möbel

Puppenwiege ^{bron-} ziert 80 Pf., 1.30	Puppenstuben 95 Pf., 2.90
Puppenbettstellen ^{bron-} ziert 30, 95 Pf., 2.90	Puppen-Möbel in Karton 45, 95, 1.50, 2.90
Kaffeesevice ⁱⁿ Porzellan 45, 95 Pf.	Kommoden weiss lackiert 95 Pf., 1.50, 2.90
Kochherde 45, 95, 1.50, 2.90	Kleiderschränke weiss lackiert 95 Pf., 1.50, 2.90
Blechhausrat Karton 38 Pf.	
Service vernickelt 95 Pf., 1.35, 2.75	

Gesellschaftsspiele

Lebensräder 1.40, 2.90	Salta-Spiele 1.90, 2.90
Kegel-Roulette 1.50	Rex-Spiele 75, 1.50, 2.40
Tivolis 45, 95 Pf.	Banzai-Spiele 95 Pf.
Deutsche Roulettes 23, 95 Pf.	Kasperl-Theater ^{m. Theater-Figuren und Textbuch} 95, 1.50, 2.85
Damenbretter 45, 90 Pf., 2.90	Puppentheater 2.85
Kegelbahn 90 Pf.	

Gesellschafts-Kegelspiele 1.40 Mk.

Beschäftigungsspiele

Werkzeugkasten 45, 95 Pf.	Stein-Baukasten 45, 95 Pf.
Rechenmaschinen 45, 95 Pf.	Stickkasten 45, 95 Pf.
Guckkasten 95 Pf.	Caleidoscop 48 Pf.
Anno Cato 95 Pf., 1.35	

Werkzeugschrank 2.90, 4.75 Mk.

Künstliche Tiere

Fellschafe ^{mit} Stimme 48, 95 Pf., 2.90	Katzen fahrend 95 Pf.
Moderne Dackel ^{nach Künstler- Entwurf} 2.20	Hühnerhof, Schäferei, Vieh- weide, Menagerie ^à Kart. 45, 95 Pf.
Dackel ^{mit Maulkorb und Leine} 48, 95 Pf.	Menageriewagen ^{m. Elefant} 85 Pf.
Katzen ^{mit Stimme} 40 Pf.	

Die Weihnachts- und Lebensmittel-Preislisten werden postfrei zugesandt.

Wagen und Pferde

Möbelwagen mit Pferd 1.75	Pferdeställe 95 Pf., 2.90
Postwagen mit Pferd 95 Pf., 2 Mk.	Reit- u. Geschirrpferde einzeln 45, 95 Pf., 1.50, 2.90
Omnibus mit Pferd 2.75	Schaukelpferd ^{m. Fellbezug auch m. Rädern} 5.75
Rollwagen mit Pferd 48, 95 Pf.	Schaukelpferd ^{m. Plüschbezug} 4.50
Kastenwagen mit Pferd 95 Pf.	
Bierwagen mit Pferd 2.90	

Soldatenspiele

Militärgarnitur 95 Pf., 2.75	Trommeln 45, 95 Pf.
Säbel 45, 95 Pf.	Festungen mit Soldaten 95 Pf., 1.50
Gewehre 45, 95 Pf.	
Kürassier-Helm 1.90, ^{mit Adler und Spitze} 2.90 Mk.	Kürassier-Panzer 1.90 Mk.

Artikel mit Uhrwerk

Gestiefelte Kater 75 Pf.	Katze mit Ball 48 Pf.
Leitermann 45 Pf.	Eisenbahn 95 Pf.
Pfau 95 Pf.	Ausweichbahn, Neuheit 8.50
Eisenbahn ^{vor- u. rückwärts mit Bremsvorrichtung} 3 Mk.	
Kinematograph ^{mit 4 Filmatrollen} 6.50 Mk.	
Laterna Magica ^{mit 12 Glas- bildern} 2.75 Mk.	

Musik-Instrumente

Phonograph ^{mit Aluminium- Trichter} 4.75	Violinen m. Bogen 45 Pf., 95 Pf.
Phonograph auf Kasten 6.50	Klaviere 48 Pf., 95 Pf.
Phonogr. Walzen Apollo 60 Pf.	Leierkasten Intona 9.75
Columbia-Hartg.-Walzen 1 Mk.	Leierkasten Ariosa 16 Mk.
Edison-Walzen 1.50	Leierkasten Picolo 7 Mk.
Sprechmaschine 13 Mk.	Christbaumständer drehbar, mit Musik 15.50
Sprechmaschine m. Tonarm 20 Mk.	Accord-Zither ^{mit 3 Manualen} 1.50, 2.50, 2.90
Apollo-Platten klein 1 Mk.	
Apollo-Platten gross 2 Mk.	
Ziehharmonikas 3.50 ^{früher 6 Mk.} 4.50 ^{früher 8 Mk.}	
Christbaumgeläute 45, 75, 95 Pf.	
Eistau ^{im Karton} 10, 25 Pf.	

Kinder-Möbel

Kindertische ^{mit Schublade} 2.85, 4.75	Kinderpulte ^{verstellbar} 8.75
Kinderstühle 95 Pf., 1.40, 2.90	Schweberinge ^{m. Leder bezog. verstellbar} 2.40
Kegeltische 1.40	Trapeze 1.50, 2.75

Unsere Geschäftshäuser
sind geöffnet:

Sonntag, den 10. u. 17. Dez.
,, den 24. Dezember

Leipziger Strasse Rosenthaler- u. Oranienstr.
von 12 bis 5 Uhr, von 1 bis 7 Uhr.
von 12 bis 6 Uhr, von 12 bis 6 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Der politische Massenstreik.

Die von den sozialdemokratischen Frauen mit dieser Tagesordnung einberufene Vollversammlung, die am Mittwoch in den Germania-Festsaal in der Chausseestraße tagte und für welche Genossin Rosa Luxemburg als Referentin gewonnen war, hatte sich eines überaus starken Andranges zu erfreuen. Der Riesensaal war bis zum letzten Platz gefüllt. Gleich nach acht Uhr wurde polizeilich gesperrt. Viele konnten keinen Eintritt mehr erhalten. Als Neuheit war zu verzeichnen, daß die Polizei dem Vertreter der Presse, ja selbst der Referentin den Eintritt verweigerte. Nach heftigem Streite erst gelang es den Ausgesperrten, auf Seitenpfaden zum Saal vorzudringen. — Nachdem Genossin Luxemburg diese Begebenheit mit einigen faktischen Worten einleitend berührt hatte, wendete sie sich zunächst auf den interessanten Umstand, daß in der deutschen Arbeiterbewegung in letzter Zeit dem politischen Massenstreik allgemeines warmes Interesse entgegengebracht werde, während bis vor kurzem der Sozialdemokratie Deutschlands dieses Hauptmittel unbekannt geblieben sei. Solche plötzlichen Umschläge in der Würdigung einer politischen Lösung seien immer von symptomatischer Bedeutung dafür, daß in den sozialen Verhältnissen tiefgreifende Verschiebungen eingetreten seien, nämlich das, was Segel den Umschlag der Quantität in eine neue Qualität nenne. Den Hauptwert lege sie auf das bloße Interesse für die Debatte um den politischen Massenstreik, es komme gar nicht darauf an, ob dieser oder jener Genosse, ob diese oder jene Parteizeitung sich gegen den politischen Massenstreik ausspreche. Die deutsche Arbeiterbewegung habe sich plötzlich mit heftigem Interesse der Lösung zugewandt, ohne daß bestimmte Instanzen und Führer ein Interesse dafür gezeigt hätten. Man erinnere sich bloß an den Gewerkschaftslongueur in Köln, wo die Vertreter der Gewerkschaften, ja die Blüte des gewerkschaftlichen Bewusstseins in ganz Deutschland, zu dem Beschlusse gekommen sei, der politische Massenstreik komme nicht in Betracht, ja sogar die Diskussion sollte verboten sein. Genossin Wömelburg protestierte zwar gegen diese Auslegung der Resolution, der „Grundstein“ aber schreibe: „Der politische Massenstreik kommt trotz Jena für uns nach wie vor nicht in Betracht, ja wir lehnen jede Diskussion darüber ab.“ Solche Beschlüsse beweisen nichts anderes, als eine gewisse rührende Vorstellung bestimmter Leute, welche sich einbildeten, durch einen Mann an das Volk: „Ihr habt das Maul zu halten!“ dem wirklichen Tun und Lassen der Arbeiterbewegung zu weihen zu können. Es habe sich wiederum erwiesen, daß die Masse der Arbeiterbewegung zuweilen weiter gehe und klarer sehe, als die sogenannten Führer. (Beifall.) Und daß unsere Zukunft nicht in der Unfehlbarkeit der Führer liege, namentlich nicht in den Beamtenkreisen liege, sondern in den großen Massen selbst. — Bei jeder neuen Frage der Taktik und des Prinzips, die an uns heranträte, müßten wir uns darüber klar werden, auf welcher allgemeinen theoretischen Grundlage wir diese Frage behandeln und untersuchen wollten. Verschiedene Auffassung gebe es in bezug auf den Massenstreik. Da steht auf der einen Seite z. B. der Genosse Friedberg mit seiner eifrigen Predigt des Massen- oder Generalstreiks in seinem Sinne und demgegenüber der strikt ablehnende Standpunkt der erwähnten Gewerkschaften. Beide Auffassungen ständen auf demselben Boden, nämlich dem anarchischen. Bezeichnend für die anarchische Denkweise sei, daß sie Aufgaben des politischen Kampfes, losgerissen von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, lediglich vom Standpunkt der in blauer Luft schwebenden Spekulation betrachte. Nur auf Grund solcher freien Spekulation könne man glauben, den Massenstreik durch eifriges Predigen herauszubekommen zu können. Auf der anderen Seite sehe man ebenso in der Luft, wenn man meine, durch ein einfaches Verbot den Massenstreik verhindern zu können. Beide Auffassungen betrachteten ihn nicht vom Standpunkt der historischen Notwendigkeit, sondern sahen darin ein beliebig zu benutzendes Werkzeug des Kampfes. Ihnen sei der Generalstreik gewissermaßen eine Art Zauberhammer, das man immer mit sich herum trägt, um es nötigenfalls aufzuklappen oder zuzulappen. Von dieser trivialen Auffassung unterscheidet sich grundsätzlich die Auffassung der Sozialdemokratie, die auch hier auf geschichtlichem Boden stehe, wie in allen Fragen der Theorie und Taktik. Die Sozialdemokratie frage nicht: „Ist es erlaubt oder nützlich, ein Experiment mit dem Massenstreik zu machen? Wollen wir es oder wollen wir es nicht?“ Die Sozialdemokratie stelle (entsprechend ihrer materialistischen Geschichtsauffassung) die Frage so: „Wenn wir einen Blick auf die jetzige und nächste Entwicklung der Massenbewegung in der heutigen Gesellschaft werfen und daraus unsere Schlüsse ziehen, ergibt sich dann der Massenstreik als historische gegebene Notwendigkeit, als historische Form des Massenkampfes oder nicht?“ Wenn man die Frage so stelle, dann erübrige es sich eigentlich, auf die mancherlei Einwände einzugehen, die von den Gegnern des Massenstreiks erhoben würden. — Rednerin machte dann, indem sie es für das eigentliche Thema

für notwendig hielt, eine Abweisung auf das Gebiet der internationalen Weltpolitik, kennzeichnete namentlich die Situation, wie sie jetzt im fernen Osten nach dem letzten Kriege zwischen Rußland und Japan sich herausgebildet hat, um daraus den Schluß zu ziehen, daß man dort noch blutigere Kriege erwarten müsse. Ueber kurz oder lang werde auch Deutschland nicht mehr Zuschauer, sondern Mitleidender sein. Rußland wolle man zur Seefestung machen; wer damit beginne, arbeite auf einen Seekrieg hin. Die Gegensätze zwischen den Mächten seien gewachsen. Und die Rückseite der Medaille? Vermehrung des Heeres, der Flotte, neue Zölle, neue Steuern, neue Auspöterung der Massen: neue Verschärfung der inneren Gegensätze der Klassen sowohl in Deutschland, wie in allen anderen Staaten! Ein neuer Faktor komme hinzu, der gewaltigen Einfluß haben müsse, das revolutionäre Rußland. Schon jetzt habe sich die Wirkung auf die sozialen Kämpfe in anderen Ländern gezeigt. Werfe man nur einen Blick auf den österreichischen Wahlrechtskampf und auf den in Sachsen. Das seien die Funken, die aus dem großen Flammenmeer im Osten herübergesprungen seien. Man müßte geradezu mit polizeiwidriger Dummheit, oder richtiger: mit polizeilicher Blindheit geschlagen sein, um nicht zu begreifen, daß dieses Hinüberpringen der Funken von Tag zu Tag zunehmen müsse.

Auf die russische Revolution eingehend, legte Rednerin dar, daß beim heutigen Stande der Dinge die Revolution in Rußland der Form nach nur ein befreites, demokratisiertes bürgerliches Rußland schaffen könne. In Rußland stehe an der Spitze des Proletariats unsere Bruderpartei, die Sozialdemokratie. Das neue Rußland werde im Innern die Blutmasse des Klassenkampfes des Proletariats tragen. Neue Konflikte würden entstehen und es würden die Versuche folgen, das kapitalistische Joch abzuwerfen. Das übrige Europa werde die Wirkungen zu spüren bekommen. Die russische Revolution sei nicht bloß eine Etappe für das russische Volk, sondern ein Werkstein in der Weltgeschichte. Sie sei ein Prolog für andere Revolutionen, die sich entwickeln müßten, solche, die keinen anderen Ausgang nähmen, als die vielgeschmähte, einst verachtete Diktatur des Proletariats. — Rednerin wolle nicht etwa sich auf vages Prophezeien verlassen. Was sie hier sage, seien nur ganz nüchterne Schlussfolgerungen aus kühler Betrachtung sowohl der russischen Revolution als des internationalen Zusammenhangs der Klassenkämpfe in allen anderen Ländern. Wie sei es nun mit dem politischen Massenstreik bei uns? Aus der aufgezeigten Entwicklungslinie der Weltpolitik der letzten zehn Jahre und aus der Entwicklung der russischen Revolution des letzten Jahres sei der Schluß zu ziehen, daß die Klassenkämpfe in allen kapitalistischen Ländern sich ungeheurer verschärfen würden, und daß die Arbeitermasse nicht mehr in der Lage sei, sich die Massenherrschaft mit ihrer ganzen Schmach und ihrem ganzen Elend wie jetzt, ruhig gefallen zu lassen, sondern daß wir stürmische Auseinandersetzungen und direkte Kämpfe mit den herrschenden Klassen zu gewärtigen hätten. Nun, jede Arbeiterklasse, die sich zu einer größeren gemeinsamen Aktion im Kampfe entschließen, müsse schon dazu aus der Werkstatt der Fabrik, der Grube heraustreten, aus der Sklaverei an die Oberfläche. Für sie sei es ganz von selbst der erste Schritt die Niederlegung der Arbeit, der Ausstand. Aus der Anwendung des Massenstreiks in Rußland könne man lernen; nirgends sei er weniger diskutiert worden, wie gerade in Rußland. Die russische Revolution habe eben bewiesen, daß der Massenstreik historisch notwendig geworden sei für die Arbeiterklasse, wenn sie sich zur Aktion aufraffe. Auch in Deutschland werde die Zeit kommen, wo der Massenstreik ein unabweisbares Mittel des Kampfes sein werde. Rednerin protestiert dagegen, daß man in gewissen Genossentreffen sie und andere als Gegner des Parlamentarismus hinstelle. Ob und inwieweit der Parlamentarismus die Form des Kampfes der Arbeiterklasse sei, darüber entschieden nicht wir, sondern die geschichtliche Entwicklung. Aber gerade deswegen könne man ihn nicht als alleinigmächtigendes Mittel betrachten, wenn er auch unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen der Arbeiterbewegung die hervorragendsten Dienste leistete. Die Herrschenden wollten uns es ja gerade verwehren, weiter den Kampf auf dem Boden des Parlamentarismus auszusuchen, indem sie uns das Mittel entreißen wollten. Nicht die radikalen Marxisten wollten den Parlamentarismus zerstören; vielmehr gebe die sich steigende und verschärfende Reaktion darauf aus, uns das Mittel zu entreißen. Es trete geradezu der Zwang an uns heran, zu einem anderen Mittel zu greifen. — Laße sich nun auch ein Massenstreik wieder verbieten noch willkürlich herbeiführen, komme es auch immer auf die geschichtliche Situation an, so dürften wir doch nicht im Fatalismus soweit gehen anzunehmen, daß jeder Massenstreik vom Himmel herabfallen werde. Allerdings müsse er, wenn er planmäßig durchgeführt werden solle, das Resultat eines Entschlusses der organisierten Arbeiterbewegung sein. Nur die Situation, die den Massenstreik fordert, lasse sich nicht durch Beschluß herbeiführen. Die Hauptsache wäre, daß beim Eintritt der Situation die Sozialdemokratie auf dem Platze und fähig sei, der Masse voranzutreten. — Rednerin trat dann verschiedenen der bekannten Einwände entgegen, welche

von Gewerkschaftsführern und einzelnen Parteigenossen, zum Beispiel dem Genossen Frohne im „Hamburger Echo“, gegen den politischen Massenstreik erhoben worden sind. Insbesondere wandte sie sich auch dagegen, daß die Gewerkschaften als Selbstzweck betrachtet würden. Nur gegen diese Taktik, nicht gegen die Gewerkschaften selbst seien die Marxisten. Sie hielten sie vielmehr für eine unumgängliche Waffe der Arbeiterbewegung. Man dürfe sich aber nicht zum Sklaven seines Werkzeuges der Befreiung degradieren. Nichts sei übrigens so fruchtbringend für die Idee der Organisation, wie ein offener scharfer Klassenkampf. Bei einem Massenstreik in Deutschland würden die gewerkschaftlichen Organisationen gleich den politischen nicht nur nichts zu befürchten haben, sondern würden noch einmal wiedergeboren und zehnmal gestärkt daraus hervorgehen. — Es sei gefragt worden: „Werden die Massen der Unorganisierten uns folgen?“ Auch diese Frage löse sich wie manche andere spielend, wenn man vom Standpunkt der Spintiferei herab auf den Boden des Massenstreiks als historische Notwendigkeit trete. Wenn es so weit sei, dann sei jene Situation gegeben, daß jedes Wort, das von organisierter Seite falle, auch von dem nichtorganisierten Proletariat aufgegriffen und befolgt werde. Wenn die Situation den Massenstreik notwendig mache, dann schaffe sie auch die Klarheit im Proletariat usw. — Nach Verwerfung der „staatsanwaltlichen Vorsicht“ Wolfgang Heines sowie des Einwandes, der bezüglich der Ernährung beim Massenstreik gemacht worden ist, faßte Rednerin ihren oben entwickelten grundsätzlichen Standpunkt noch einmal zusammen und schloß den vielfach von Beifall unterbrochenen Vortrag mit dem Hinweis auf das hier für die Sozialdemokratie wie für jeden Kämpfer geltende Wort: „Berett sein ist alles!“ (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Der Anarchist Erich Mühsam brach als erster Diskussionsredner eine Lanze für den Generalstreik im anarchischen Sinne. Er sparte auch nicht mit den von Anarchisten gewöhnlich bekannnten Angriffen auf die Sozialdemokratie und ihre Vertreter, wobei er einigemal so auffallend wurde, daß es bei der Versammlung große Unruhe und Empörung hervorrief. Genosse B. Schulz von der Organisation der Jugendlichen und Lehrlinge, stellte sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Referentin und trat im Anschluß daran lebhaft für die Förderung der genannten Organisation ein. — Auf Beschluß wurde die Diskussion geschlossen. In ihrem Schlusswort rechnete Genossin Luxemburg gründlich mit Herrn Mühsam ab, was ihr wieder starken Beifall eintrug. Mit donnernden Hochrufen auf die internationale völkerebefreiende Sozialdemokratie, denen Hochrufe auf die Genossin Luxemburg folgten, schloß die imposante Versammlung.

Schöneberg. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Schöneberg und Umgegend hält am Montag, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Wilmanns Klubhaus seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr Dr. Chapas hält einen Vortrag über „Frauenleiden“. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste, Herren und Damen, willkommen. Der Vorstand.

Witterungsüberblick vom 7. Dezember 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp., and 4 more columns. Rows include Eimünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Opatowitz, Warchau, Scilly, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. Dezember 1905. Zeitweise heiter und ziemlich mild, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

St. 1800. Die Elbe kommt am Bergen vor, die eine Höhe von 1800 Meter haben. Juristischer Tell. Die juristische Sprachkunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr. St. 88. Die Mitglieder der Anstaltskrankenkasse sind Zwangsmitglieder und können nicht Mitglieder der Krankenkasse sein. — Eins. Wenden Sie sich an das Bureau Neue Friedrichstr. 9/10. — E. B. J. 1. Ra. 2. Reiz. 3. Ein solches Verbot ist uns nicht bekannt. — E. B. J. 2. Das Amtsgericht ist zuständig; das von Ihnen angeführte reicht keineswegs zur Begründung eines Entmündigungsantrages aus. — D. 1. Reiz.

Advertisement for A. JANDORF & CO. featuring 'Doppelte Anzahl Rabattmarken' (Double amount of discount coupons) and 'auf Verlangen zu verabfolgen' (upon request to be followed). Locations: Spittelmarkt, Belle Alliance-Strasse, Grosse Frankfurter Strasse, Brunnen-Strasse. Includes a note: 'Einige Artikel sind von obiger Vergünstigung ausgeschlossen.' (Some items are excluded from the above discount.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, 8. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Symphoniekonzert der königl. Kapelle.
Mittags 12 Uhr: Symphonietrommel.
Schauspielhaus. Der Schurk der Treue.
Neues Opern-Theater. Geschlossen.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Welles. Der Liebesstraum.
Deutsches. Das Kästchen von Hellbrunn.
Berliner. Der G'wissenswurm.

Anfang 8 Uhr:
Leistung. Stein unter Steinen.
Neutral. Der Rigeunerbaron.
Kleines. Der Dorfmuftikant.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Wanuschins Kinder.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-näbliches Theater.) Zapfenstreich.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Reizend. Der Brinzgemahl.
Trianon. Die herbe Frucht.
Volksbühne. Der Familientag.
Thalia. Bis früh um fünf!
Karl Weiss. Der Mädchenhändler.
Witten. Die Wöndche.
Deutsch-Amerikanisches. Wer der Herzog!
Metropol. Auf ins Metropol.
Kasino. Das Opferlamme.
Wolke. Prinzess Rosine. Ein bell-lates Remi.
Walhalla. In Lebensgefahr.
Gerechtig. Familientag im Hause.
Wintergarten. Eugenie Fougerè.
Spezialitäten.
Hollés Caprice. Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Familie Knoploch. Spezialitäten.
Weichbalden. Stettiner Sängere.
Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsstrome.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.
Zum erstenmal:
Der G'wissenswurm.
Vorher:
Der Geigenmacher von Cremona.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnenabend nachmittags 3 Uhr: Die Wunderglocke.
Abends 7 1/2 Uhr: G'wissenswurm.
Régis: Zaza.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sin Sommernachtsstraum.
Morgen und folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.
Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Hidalla.
Sonnenabend:
Ghetto.
Zentral-Theater
Abends 8 Uhr:
2. Freitag-Abonnement-Vorstellung:
Rigeunerbaron.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Mönche.
Sonnenabend: Die Mönche.
Sonntag nachm.: Die Mönche.
Abends: Die Mönche.
Montag: Die Mönche.

Komische Oper.
Friedrichstr. 104-104a.
Freitag, den 8. Dezember,
abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonnenabend, Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.
Montag 3. erstmal: Die Bohème.

Apollo-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Das grandiose, erstklassige
Spezialitäten-Programm.
7 1/2 Uhr:
Prinzeß Rosine
von Paul Lincke.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Frau Luna
und das vollständige Dezember-
Spezialitäten-Programm.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. J. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsstrome.

Sternwarte Invalidenstr. 157/62.
D. CASTAN'S ANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
„Ernte“.
Schattenspiel in 9 Bildern.
Wanderung durch das Niltal.
Restaurant:
Harburger Sängere.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die herbe Frucht.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags:
Das Ende der Liebe.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Brinzgemahl.
Satirischer Schwanke in 3 Akten von
L. Kanof und R. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlaf-
wagenkontrollleur.

Kasino-Theater
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Klüberndlich anderkauft.
Großer Lacherfolg!
Das Opferlamme.
Vorher das sensation. Dezemberprogr.
Neu! **Baldwin Broth.** Neu!
Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit
schändet nicht.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Luisenstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Zum 82. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Der Dorfmuftikant
u. d. ausgezeichnet. Spezialitätenent-
wurf.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthelm
und an der Theaterkasse v. 10 Uhr
vormittags an.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Dienstag: Jeden Abend 8 Uhr!
Souvenir- Gastsp. ADOLF PHILIPP
Vorstellung
100. ABER!
Aufführung **Herr Herzog!**
Jeden Sonnenabend, nachmittags
4 Uhr:
Hänsel und Gretel in Amerika.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Ueber'n großen Teich.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Zum letztenmal:
Mädchenhändler.
Schauspiel in 5 Akte v. J. S. Orsch.
Anfang 8 Uhr.
Sonnenabend 4 Uhr: Mischenbrüdel.
Abends 8 Uhr: Zidrenfried.
Sonntag zum erstenmal: Von
Stufe zu Stufe.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Zum letztenmal:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Auf-
zügen von G. E. Lessing.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Sonnenabend: **Wäcker v. Notre-
Dame.**

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Nemesis.
Sonntag nachm.: Siederleute.

Passage-Theater.
Anfang abends 8 Uhr.
Das sensationelle Dezember-
Programm.
Buddhas Tafel
(Die Schrift aus dem Kenfetto),
die berühmte
Paquarrette, franz. Geometrie.
14 neue erstklassige Nummern.

Belle-Alliance
Theater-Variété.
Abends 8 Uhr:
14 sensation. Debüts.
Josephine Pett
Flammen- und Radium-Tanz.
Seppi Werner
Charakter-Komiker.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Wanuschins Kinder.
Drama in 4 Akten v. E. M. Roldsonov.
Deutsche Bearbeitung v. Hans Kauf-
mann und Rag Lie.
Sonnenabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Nora.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wanuschins Kinder.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Franz
Adam Beyerlein.
Sonnenabend, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Craquebille.
Die Bäuerin. Abschied vom Regiment.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Colosseum Dresdener-
Straße 97.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 7 Uhr. —
Lotte Sehus Wardini
das unerreichte kom. Duett
Jeden Sonntag **Humoristische Volksvorstellung.**
nachm. 3 Uhr:
Jed. Platz 50 Pf. (1 Kind frei). Weihnachtspräsente.
X Demnächst: **Rin - in's Colosseum!** X
Im Konzertsaal bis 1 Uhr
nachts: Gastspiel d. Fes-
tion **Wien. Damenorchesters.** Die
süßen **Aladola** (9 Damen,
3 Herr, 1 Negere) u. d. Wiener
Operntänzerin, **Scheiblmair**

Schreckenskammer.
Ein Volksfest in „Alt-Berlin“. Die alte Pf-
brücke, der Mühlenbamm, das Schloß mit der alten Ge-
fährde, der Tier-
garten und Gefährdenkammer durch den vortragenden Rat
Carlo Trings. Zugelagt haben: der Kriegsdienstler von Reim-
dorf, der Herzog von Zepel, der schlesische Konig in Schmargendorf
(Kusland), der Borscheber von katholischen Barockwundern, von
der jüdischen Gelandtschaft Pariser Platz 11 Major Abraham
Oberleutnant Israel. Feierlicher Empfang der Gäste durch den
Oberbürgermeister von Alt-Berlin.
Frei-Konzert der **Bühnenkapelle bis 2 Uhr nachts.**
Warme Küche.
Gustav Marx, früher Alexanderplatz.

Zirkus
Albert Schumann
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Die größte und sensationelle
Attraktion der Gegenwart!
Autobolide
La belle Mile. de Thiers.
Neu! Der **Miss Texas Hattie.**
Die phänomenalen **6 Cuetrolo.**
4 indische Fakire in ihren unglaub-
lichen Leistungen.
Miss Alice. Mile. Eugenie. Arkadia.
Die großartigen neuen Spezialitäten.
Direktor **Alb. Schumanns** neue und
moderne Dressuren.
Die reizende Sportpantomime:
Der Tag **Englischen Derby.**
Sonntag: 2 große Vorstellungen, nachm.
3 1/2 Uhr (1 Kind frei) u. abds. 7 1/2 Uhr:
In beiden Vorst.: **Autobolide.**
4 indier. Texas Hattie. Hefenprogr.
und der Tag des englischen Derby.

Gebüder
**Herrnfeld-
Theater.**
Heute präzis 8 Uhr:
Familiantag
im
Hause Prellstein
Komödie in 3 Akten
mit den Kautoven
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverf. 11-2 Uhr. (Theaterkasse.)

WINTERGARTEN
Eugenie Fougère
Pariser Excentrique-Sängerin.
C. Bernardi, Verwandlungs-
künstler.
Mc. Bauns, Keulenjongleur.
Rosa Naynon, dressierte Vogel
Perzina, Hundepantomime.
Leue Land, Parodistin.
Siegwart Gentes, Humorist.
de Grey, Dersufstänzerin.
Im Pensionat, Ballett-
divertissement.
Die 30 Umpier, Bronzestatuen
Biograph.

Reichshallen.
Heute:
Stettiner Sängere.
Zum Schluß!
Fräulein Doktor.
Zeitburleske von Weigel.
Anfang:
8 Uhr,
Sonntag
7 Uhr.

Königshof Bülw-
Str. 37.
Heute (sowie jeden Freitag 8 1/2 Uhr):
**Steidl-
Sängere.**
Ren: Unterm Weihnachtsbaum!
Stimmungsbild von J. H. Giers.

Goßmanns Festsäle
Kreuzbergstr. 48. Inf. Otto Ernst.
Jeden Freitag:
**Original-
Harburger Sängere.**
Direktoren: C. Frick und
F. Kascho-Krause.
Inf. 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Vorgescharten haben
Sitzplätze.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Täglich:
Auftreten von 36 erstklassigen
internationalen Spezialitäten.

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Barnum u. Bailays Abnormitäten.
Wunderhahn Pluto, geboren mit
4 Beinen, 2 Köperen, 1 Kopf.
Der Welt-Koloß, schwerste Dame,
die je gelebt.
Die fliegende Venus??
Der Keilfemensch, 27 Kilo schwer
Die Hellscherin Armida. — Riesen,
Zwerge, Phänomen, Fakire, Hell-
seher, Feuerkünstler, Gedank-
leser etc. — Entree wie immer.
Keine Nachzahlung.

Artus-Hof
Perlebergerstr. 26. Steindorferstr. 18.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den
gehörigen Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Gelegenheitskauf!
Schlafdecken
in Wolle, extra schwer
à 350, 450, 500, 600 M.
Pferdedecken
à 250, 350, 450, 550 M.
Reisedecken
Tiger-Muster
à 485, 600, 800, 1000 M.
Versand p. Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstraße 158.
Fehlerhafte Decken
spottbillig!

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Rln. v. Th. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Elite-Dezember-Programm.
Carin Andara, Vortrags-
künstlerin.
Carl Braun, Verwandlungs-
künstler.
Im Krug zum grünen Kranze.
Singspiel von D. Richter
und 10 erstklassige Nummern.
Familienarien in allen Barbier-,
Friseur- und Bazarangehörten sowie
im Theaterbureau unentgeltlich zu
haben.
Sonnenabend, den 9. Dezember:
Extravortragsstellung zum Beilen des
Nationalbankes für Veteranen.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4
Direktion Wilhelm Reimer.
Sommt., Mont., Donnrecht:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängere
und **Tanzfränzchen.**
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abend.
Singspiel des
Löwe-Ensembles.
Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch
einige Sonnenabende zu vergeben.

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN
Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fab - Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- " Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 4510L*

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Das Riesen-Dezember-Programm.
Ren: **Miss Anita.** Ren:
einzig existierende **Haravithlein.**
Ren: **Mr. Hardon.** Ren:
Hesselfamilie und **Wunderkinder.**
Ren: **Ron Züwest-Afrika zurück!**
oder: **Trille Nacht, heilige Nacht!**
Weihnachts-Lebensbild
mit Gesang in einem Akt.

Schöneberger Wintergarten
Goltzstraße 9.
Täglich Theater- und Spezial-
itätenvorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Nebst erwachsene Person hat ein Kind
frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-
Vorstellung. Die Direktion.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
In den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Diese Woche
täglich bis 9. Sonntag bis
abends 8, verkaufen wir als
besondere Gelegenheit für
Herren jeden Standes
**enorm
billig**
aus feinsten Massstoffen
geflochten zurückgehobene,
zurückprossete, moderne,
vornehme Herren-Winter-
**Anzüge
Paletots**
Serien sonstiger Mannepreis
40-60 M. ist, jetzt 18-20 M.
Gebrochene jetzt 21-40 M.
Hosen, Joppen jetzt 7-12 M.
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 63, 1. Troppe.

Die ganze nächste Woche Eilt!! täglich vom 11. bis 16. c. Ziehung
Tilsiter Lose 1 Mark 11 Lose
30 000, 20 000, 10 000 Hauptgew. Mk. W.
General-Debit **Ferd. Schäfer, Düsseldorf.**
Generalvertreter: K. von Helwede, Taubenstr. 35, H. Kron,
Alexanderstr. 54, H. C. Krüger, Friedrichstr. 230, Karl Meitze,
Unter den Linden 3, Oskar Bräuer & Co. Nachf., Friedrich-
straße 181, R. Schumacher, Königstr. 56, P. Steinberg & Co.,
Rosenthalerstraße, Gröner & Co., Passage, und alle be-
kannten Verkaufsstellen. 5301L*

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 5236L*
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung von der am 5. d. M. abgehaltenen Generalversammlung: 1. Bericht der Agitations- und Lokalkommission sowie Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Anträge. 209/18*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung. Einsetzer!

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die

Bezirks-Sitzungen

Tagesordnung in sämtlichen Sitzungen: 1. Den Antrag Odde, der in der letzten Versammlung gestellt wurde und angenommen ist, zur Ausführung gelangen zu lassen. 2. Vorschläge von Kollegen zu machen, die in die demnächst zu wählenden Gesamtkommission zu delegieren sind. Es ist hierbei zu beachten, daß nur tatkräftige und verlässliche Kollegen zur Wahl gestellt werden, da dieselben im nächsten Jahre eine schwere Aufgabe zu lösen haben.

Montag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 2):

Kommissions-Sitzung.

Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, 10. Dezember, vorm. 10 Uhr, im Lokale von Wollschläger, Adalbertstraße 21:

Versammlung der Schnitarbeiter und aller an Schnitt- und Stohwerken beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. Kollegen! Zeigt durch guten Besuch der Versammlung, daß Ihr immer noch, da wo Ihr verlangt werdet, auf dem Platze seid!

Zur Beachtung:

Die bisher im Restaurant Wiosenthal, Adersfr. 123, befindliche Zählstelle ist nach dem Restaurant Neumann, Hiedowstr. 28, verlegt. Die nach dem bisherigen Lokal bestellten Zeitungen bitten wir deshalb von heute ab im Restaurant Neumann abzuholen. 167/20

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler Ortsverwaltung Berlin.

Die Branchensammlungen finden an folgenden Tagen statt:

- Geschirrbrennerei: Mittwoch, den 13. Dezember.
- Treibriemenbranche: Samstag, den 9. Dezember.
- Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 14. Dezember.
- Einolcum bzw. Teppichnäher: Donnerstag, den 14. Dezember.
- Wagenbranche: Mittwoch, den 14. Dezember.
- Eisenmöbelbranche: Donnerstag, den 14. Dezember.
- Sektion Charlottenburg: Dienstag, den 12. Dezember.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwartet 157/19 Die Ortsverwaltung.

Dienstag, den 26. Dezember 1905

2. Weihnachtsfeiertag

Weihnachts-Vergnügen

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Konzert. Auftreten der Volksfänger-Gesellschaft Hugo Anke. Großer Ball.

Herrn, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang 5 Uhr. × Billetta inkl. Programm 30 Pf. Um rege Beteiligung ersucht Das Vergnügungs-Komitee.

Marmorarbeiter!

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Macht es sich notwendig die Beiträge zu erhöhen? 2. Gewerkschaftliches. Kollegen! Es ist unbedingt notwendig, daß jeder einzelne Kollege ausreißend ist. 189/16 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin.

G. S. Nr. 89. Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: General-Versammlung.

Tagesordnung: Wahl des gesamten Vorstandes für 1906. — Ausgabe der Billetts zum Weihnachtsvergügen. — Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand. 199/16

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 10. Dez., vorm. 10 Uhr, bei Fröh Wisse, Brunnenstr. 188:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die letzten Vorkommnisse in unserem Beruf. 2. Vereinsangelegenheiten. Kollegen! Da wichtige Angelegenheiten in letzter Zeit sich abgespielt haben, eruchen wir die Kollegen, zahlreich zu erscheinen, insbesondere sind die Bauverpflichteten verpflichtet, an dieser Versammlung teilzunehmen. Der Vorstand. 180/17

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Sonntag, den 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Industriefallen, Beuthstr. 20:

Außerordentliche Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Bericht über das Ergebnis der Fragebogen. 3. Was lehrt uns der Kampf in der Elektro-Industrie? Referent: Genosse Alfred Schröder. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. 208/15 Der Vorstand. R. A.: K. Zuppensab.

Zentral-Verband der Töpfer.

Freitag, den 8. Dezember 1905, abends 6 Uhr:

Bau-Vertrauensmänner-Sitzung

bei Keller, Koppenstraße 29 (kleiner Saal, 1 Treppe). Tages-Ordnung: 1. Weitere Stellungnahme zur Lohnbewegung. 2. Die Situation auf unserem Arbeitsnachweis. 3. Verschiedenes. 201/5* Kollegen! Sorgt dafür, daß jeder Bau vertreten ist! Alle Kollegen, welche in unserer Verbandsorganisation Kämter bekleiden, sind zu dieser Sitzung eingeladen. Der Vorstand.

Vergolder!

Filiale Berlin. Montag, den 11. Dezember, präzis 8 Uhr, in den Arminkäulen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Arbeitsverträge. Ref.: Genosse Rob. Ahrens. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da dieses Referat für unsere Berufsangehörigen von Interesse ist, erachtet einen vollständigen Besuch. 225/19 Der Vorstand.

Zu herabgesetzten Preisen liefern wir:

- Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von E. Dörfler. anstatt 6,50 M. jetzt 5.— M.
- Die deutsche Revolution von 1848 und 1849. Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von H. Bloß. anstatt 5,70 M. jetzt 5.— M.
- Der Mensch und seine Rassen von R. Langhans. anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
- Die Geschichte der Erde von R. Sömmel. anstatt 7,90 M. jetzt 5.— M.
- Die Pflanzenwelt von R. Sömmel. anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
- Die Tierwelt von R. Sömmel. anstatt 7,10 M. jetzt 5.— M.
- Die Wunder des Kosmos populär dargestellt von D. Köhler. anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
- Weltschöpfung und Weltuntergang populär dargestellt von D. Köhler. anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.

Diese Bücher sind sämtlich in Prachtbänden gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und farbige Tafeln veranschaulicht und erläutert.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 63, Lindenstraße 69, Laden.

Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, bei 4847L* OTTO KREYSSIG Puppen-Fabrik, Brunnenstr. 119. Reparaturen beim Einkauf von Ersatzteilen gratis!

Z. Alexander

34 Große Frankfurterstraße 34, Ecke Strausbergerstraße.

Eröffnung

meiner neuen Geschäftsräume morgen Sonnabend, den 9. Dezember. Billigste Bezugsquelle für:

- Wäsche. Leinen- und Baumwollwaren.
 - Kleiderstoffe. Blusen, Jupons, Trikotagen.
 - Möbelstoffe. Gardinen. Tisch- und Steppdecken.
- Spezialität: Brautausstattungen! 5322L

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonntag, den 10. Dezember: 1. und 2. Abt. nach Schenkenberg. Start 1 Uhr Winterpark, Kreuzberg. 3. und 4. Abt. nach Friedrichshagen (Kupf.). Start 2 Uhr Elysiun. 4. Abt.: Besichtigung der Arbeiter-Defabrik-Ausstellung in Charlottenburg. Start 1 Uhr Andreasplatz. Bei schlechtem Wetter per Bahn. 27/19

Stola Muffen

etc. etc. Nur eig. Fabrikat. Große Auswahl. Kalman, Dresdenerstr. 75 vorn II. 2 Haus v. Thalia-Th. Kein Zwischenhändler. Verk. auch Sonnt. u. Wechent. v. 9 U. ab.

Herrentragen, reinlein. 4f. beste Qualität. D. M. 3 u. 3,50. Manschetten, prima. 4fach 1/2 D. M. 1,80 und 2,25. Servietten, größte Auswahl Stück von 30 Pf. an. Kravatten, Handschuhe, Hosenträger, Taschentücher, Socken, Strümpfe etc. Detailverkauf zu Engros-Preisen. Ernst Marcuse 23. Münzstraße 23.

Käuferversammlung Selbsthilfe

Dienstag, den 12. Dezember 1905, abends 8 Uhr, im Reichenberger Hof, Berlin SO, Reichenbergerstr. 147:

Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Statutenänderung. 2. Erwahlten zum Verwaltungsrat. 3. Mitgliedsbuch und Einladungsformate legitimiert. 140/12 Der Vorstand.

Achtung! Fleisch billiger!! Schlächtere

- Veteranenstraße 15 offeriert:
- Schafschaf 85
 - Winderbrat 65
 - Schmorfleisch 70
 - Reichthum 70
 - Kaulabe 85
 - Pflet im Ganzen 85
 - Rumsteak ohne Knochen 90
 - Kalbshühnel 1,20
 - Kalbsteak 70-80
 - Reisnersteak 70-80
 - Kalbsbrust 60-70
 - Hammeileule 80
 - Dickes Rippe 75
 - Hammeibrust 65
 - Schweins-Schinken 85
 - Kotelett 1,00
 - Ramm in Fett u. Schmalzblätter 85
 - Schlachtwurst u. Salami Bld. v. 1,10 an
 - Jungen, A. Leber, Braunschweiger Landwurst und ge- füllten Schinken, Pfd. 85
 - Dochterne Grädwurst, Stück 10
 - senobländer, 2 Paar 15
 - Redwurst, 2 Stück 25

Hamburger Rohabak-Haus

Durch die bevorstehende Zoll-erhöhung auf Rohabak veranlaßt, eruchen wir unsere geehrte Kund- schaft, ihren Bedarf an Rohabak möglichst vor Eintreten des erhöhten Steuerjahres zu decken. 296/6* Wir sind bestrebt, den Wünschen unserer Kunden nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Geschäftsprinzip:

Preiswerte und reelle Bedienung. Kengfoß & Maak, Hauptgeschäft: Altona-Cittensen, Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

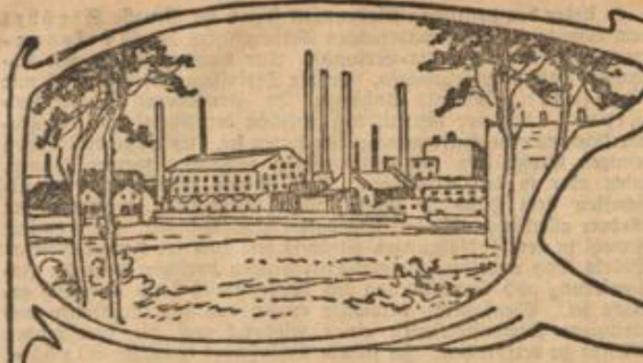
Ziehung 29. u. 30. Dezbr. zu Baden-Baden

Badische Lose à 1 M. 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf. Pfandgewinne günstig veräuß. gegen

Bar-Geld.

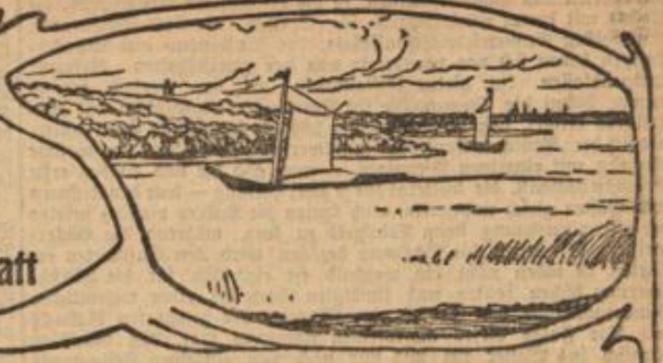
4578 Gewinne Gesamt-Mark wert 100 000

- Erster Hauptgw.: Zuchthengst 10 000 M.
- 3 Gew. = 3 Zuchtstuten aus 10 000 M.
- 14 Gew. = 14 Pferde aus 14 000 M.
- 60 Gew. = 60 Pferde aus 36 000 M.
- 4500 Silber-Gewinne 30 000 M.
- Arnold Haase Jerusalemstr. 34.
- Heinrich Kron Alexanderstr. 54.
- H. C. Kröger Friedrichstr. 250.



Warort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 287. Freitag, den 8. Dezember 1905.

Inserate sechs-spaltige Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zegel. Am Sonntag, den 10. Dezember, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverteilung statt. Treffpunkt im Restaurant Seelhaas, Berlinerstraße 92. Hohe Beteiligung wird erwartet.

Nieder-Schönweide. Der sozialdemokratische Wahlverein für Nieder-Schönweide hält am Sonnabend, den 9. Dezember 1905, abends 7/8 Uhr, im Lokal von Reimann, Grünauerstraße 5, seine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Delegierten zur Kreisversammlung. Es ist Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.

Reinickendorf-West. Heute, Freitagabend, findet bei Franke, Eichhornstraße 18, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt, in welcher wichtige Vereinsangelegenheiten auf der Tagesordnung stehen. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist notwendig.

Rudow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Palm statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hagels über das Parteiprogramm. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Die Arbeiten im Teltowkanal

Sind nach dem Baubericht auch im November trotz der Kürze der Tage und der Ungunst der Witterung so gefördert worden, daß man zum ersten Male mit einem kleinen Dampfer von Lichterfelde nach Potsdam gelangen konnte. Es besteht jetzt eine offene Wasser-Verbindung von der Schleuse und weiter bis zur Havel, nachdem der am Ostende des Teltowsees vorhandene Damm beseitigt werden konnte. Im übrigen arbeiten die Bagger im See und bei Groß-Lichterfelde weiter. Die Schüttungen des Hafendammes haben neue Aufstrebungen bewirkt, welche jetzt beseitigt werden. Unter der Dresden- und der Militärbahn werden die Pfeile ausgegossen oder ein Meter unter der Sohle abgeschnitten. Im Steglitzer, im Gahsen, auf dem Südufer des Kanals, von hier bis zur Berlinerstraße und auf dem Nordufer von der Schönebergerstraße bis zur Berlinerstraße sind die Werbestütungen vollständig fertiggestellt. Südlich von der Dresdener Bahn bis zum Gasbassin, sowie nördlich zwischen Ringhauser und Schönebergerstraße ist die Befestigung in Angriff genommen usw. Das wichtigste Ereignis in diesem Monat ist die Inbetriebnahme der Berliner Strohenbrücke in Tempelhof. Auch der Damm zwischen Rittenwalder Bahn und Rigdorf-Wariendörfer Weg ist durchschlägt und mittels Trockenbaggers zum großen Teil bis auf Keilspähde abgetragen worden. Der Zweigkanal geht ebenfalls seiner Vollendung entgegen. An der Gölziger Bahn werden die Spundwände für die letzte Gleisüberführung gerammt.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hatten am Mittwoch sowohl die Liberalen als die Sozialdemokraten Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen eingebracht. Der liberale Antrag wollte sämtlichen städtischen Arbeitern, Beamten und Lehrkräften, soweit sie ein Gehalt von weniger als 8000 M. beziehen, eine einmalige Teuerungszulage in Höhe eines halben Monatsgehältes bewilligen. Der sozialdemokratische Antrag war allgemeiner gehalten, er verlangte eine Teuerungszulage für alle städtischen Angestellten, die nicht mehr als 2400 M. beziehen. Nach kurzer Debatte, in der die Liberalen Dr. von Lützki und Kaufmann sowie Genosse Dr. Vorchardt sich warm für eine Teuerungszulage aussprachen, während Oberbürgermeister Schuster u. a. Bedenken vorbrachte, von der in vielen Kreisen auftretenden Begehrtheit sprach, die zwingende Notwendigkeit zur Gewährung einer Teuerungszulage erst bewiesen wissen wollte und auf die im Frühjahr vorgenommene Revision des Normaltarifs verwies, wurden die Anträge mit großer Mehrheit in folgender Fassung angenommen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, ihr baldmöglichst eine Vorlage zuzugehen zu lassen, nach welcher sämtlichen städtischen Arbeitern, Beamten und Lehrkräften, die ein Jahresgehalt von unter 3000 M. beziehen, eine einmalige Teuerungszulage bewilligt werden soll.

Debatte wurde eine Reihe von Vorlagen genehmigt, u. a. die Vorlagen betreffend Gewährung eines einmaligen Beitrags von 3000 M. an die Kolonie Hoffnungsthal bei Bernau, betreffend die Erweiterung des Schiller-Theater-Projekts, betreffend den Erweiterungsbau des Realgymnasiums und betreffend die Schaffung neuer Lehrerklassen an den Gemeindeschulen.

Eine Vorlage, wonach die Stadt zur Gewinnung guter Fassadenzeichnungen für die das frühere Wariendörfer Gelände berührenden Straßen 15000 M. ausgeben soll, gab dem Genossen Dr. Vorchardt Veranlassung, die Gemeingefährlichkeit des Privatbesitzes an Grund und Boden zu schildern. Bekanntlich hat die Stadt den Verkauf des genannten Grundstücks an den Bauweiser Schrobendorff vermittelt, anstatt es selbst zu erwerben. Rastlich wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen, denn für die Unterbringung von Privatbesitzern aus dem allgemeinen Stadtsäckel findet sich in Stadtparlamenten unter dem Dreiklassenwahl-system mit seinem Hausbesitzerprivileg immer eine Mehrheit.

Die Vorlage betreffend den Bau einer Gemeinde-doppel-schule in der Spielhagenstraße wurde mit einem Zusatzantrag Dr. Penzig (liberal) angenommen, der die Einrichtung eines Schulgartens fordert. Für diesen Antrag sprach sich auch Genosse Dr. Vorchardt aus, der, wie schon bei anderen Gelegenheiten, so auch diesmal wieder, die Inangriffnahme einer weiteren Gemeinde-doppelschule in dem Stadtteil jenseits der Spree anregte.

Genehmigt wurde schließlich noch der Vertrag mit der Allgemeinen Mehrzweck-Gesellschaft, der dieser Gesellschaft die Konzession für den Bau der Straßenbahn Spandau-Spandauer Bod auf dem zu Charlottenburg gehörigen Teil der Spandauer Chaussee erteilt. Die Strecke wird im nächsten Frühjahr hergestellt werden.

In sechster Sitzung wurde dem am 20. d. M. nach 24-jähriger Amtstätigkeit auscheidenden Stadtbaurat Stratling einstimmig der Titel eines Stadtdirektors verliehen.

Reinickendorf.

Ihre Beute in Stich gelassen haben zwei Pferdodiebe, welche gestern in Reinickendorf dem Fuhrherrn Grassow einen Lastwagen

gestohlen hatten. Der mit zwei Pferden bespannte gewöhnliche Wagen wurde etwa zwei Stunden später in Pantow aufgefunden. Die Pferdegeschirre lagen auf dem Wagen, während die Tiere fehlten. Die Spitzhunden hatten verübt, ihre Beute bei Hochschlätern abzusetzen. In dem einen Falle hielt es der Dieb für geraten, unter Juridikation des Pferdes die Flucht zu ergreifen. Der Dieb entkam, während das Pferd nach der Polizeiwache in der Reumünsterstraße gebracht wurde. Der zweite Spitzhunde war mit dem anderen Tiere nach dem Gesundbrunnen gewandert, erregte aber ebenfalls Verdacht, als er den Versuch machte, es zu verkaufen. Der Dieb ließ das Pferd schließlich in der Grünhaldenstraße stehen, woselbst es später von Passanten „gefunden“ wurde.

Rigdorf.

Der goldene Ring am Finger als Berräter. Unter dem Verdacht des Einbruch-Diebstahls verhaftet wurde gestern nachmittag der Maler Ernst Binge aus der Köpfer Friedrichstraße zu Rigdorf. Vor einiger Zeit war in der Wohnung des Restaurateurs Lindner in der Herrfurthstraße 9 eingebrochen und außer Kleidungsstücken auch Wertgegenstände, darunter goldene Ringe gestohlen worden. Als B. gestern mit dem Sohn des Restaurateurs, mit welchem er bekannt war, zusammentraf, bemerkte der letztere an dem Finger des Malers einen der gestohlenen Ringe. Der Verdächtige wurde darauf hin von der Kriminalpolizei verhaftet, befristet jedoch die Täterhaft und behauptete den Ring bei einer früheren Gelegenheit gefunden zu haben. Er gab dann zu, dem jungen L. vor längerer Zeit drei goldene Ringe entwendet zu haben. B. ist in das Untersuchungs-gefängnis eingeliefert worden.

Weißensee.

Die letzte Gemeindevorsteher-Sitzung wurde vom neugewählten Gemeindevorsteher mit einigen Begrüßungsworten eröffnet und zugleich ein neugewählter Schöffe eingeführt. — Die Errichtung einer Rektor- und dreier Lehrstellen wurde ohne weitere Debatte angenommen. Mit der Eröffnung der neuerbauten Volksschule am 1. April 1906 werden auch die sechs Mietsklassen in der Straßburgstraße in Fortfall kommen; insgesamt hat dann die Gemeinde fünf Schulen mit 127 Klassen. — Wie ungerührt die „Große Berliner“ gegen ihre Angefehlten verfährt, war zu ersehen aus folgendem Vorfall: Ein Straßenbahnfahrer hatte das Maß über, mit einem der Gemeinde gehörigen Sprengwagen zusammenzufahren. Der beschädigte Sprengwagen mußte einer Reparatur unterzogen werden, deren Kosten sich auf 8,25 M. beliefen. Die Erstattung dieser Kosten hatte die „Große Berliner“ abgelehnt und es sollte der Wagenfahrer zur Verantwortung gezogen werden. Die Mehrheit der Gemeindevorstellung war einseitig genug, die Erhebung einer Klage gegen den Wagenfahrer der geringen Summe wegen abzulehnen. — Die Wahlen des Straßengerichts soll in Zukunft in eigene Regale abgenommen werden, wenigstens wurde eine Kommission gewählt, die die Sache prüfen soll. — Ein Antrag auf Bewilligung von Mitteln zur Weihnachtsbescherung an arme Witwen und Waisenkinder wurde angenommen. Dieser Bescherung ging bisher eine reichliche Feier voraus. Darüber entspann sich eine lange Debatte, deren Ergebnis war, die Art der Feier der Armenkommission zu überlassen. Bei dieser Gelegenheit wurde von unseren Genossen gerügt, daß die Armenkommission zu den Armenkommissionsitzungen nicht mehr hinzugezogen werden; es wurde erwartet, daß die bereits angenommene Neuregelung des gesamten Armenwesens baldmöglichst in Kraft tritt. — Für die Ausstattung der Diensträume des neuen Gemeindevorsteher wurden 750 M. bewilligt. — Die Aufnahme eines Darlehens zur Verrentung der Kosten für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes im Betrage von 131 000 M. wurde beschlossen. Das Amtsgericht, welches seiner Vollendung entgegengeht, wird die resthafte Summe von 81 000 M. kosten. — Ebenfalls wird ein Darlehen von 53 000 M. aufgenommen zur Zahlung des Restkaufpreises für das ehemals Kahlke'sche Grundstück. — Eine Beschwerde seitens einiger Unfallrentenempfänger, welche in letzter Zeit persönlich die Beglaubigung ihrer Unterschriften auf den Quittungen vom Amte holen mußten, wird dahin erledigt werden, daß an einigen Tagen die Dienststunden am Abend verlegt werden, damit den betreffenden ein Arbeitszeitverlust nicht entsteht. — In einer geheimen Sitzung wurde nochmals die Salokaufaufträge besprochen. Bis jetzt ist man noch zu keinem Resultat gekommen; die Verhandlungen werden weitergeführt, jedoch ist schon jetzt vorauszufragen, daß aus dem Projekt nichts wird, da die Mehrheit der bürgerlichen Vertreter die Segel streicht.

Waldmannslust.

Der Wahlverein hielt am Sonntag, den 8. Dezember, im hiesigen „Schweizerhäusern“ seine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Albrecht Fülle-Werlin einen Vortrag über: „Kampfen im Klassenkampf“ hielt. Redner besprach in seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen die Grundlagen des Erfurter Programms und wandte sich dann mit aller Schärfe gegen gewisse Bestrebungen auf gewerkschaftlichem Gebiete, an Stelle der alten Traditionen des gewerkschaftlichen Kampfes den Bürgergewerkschaftler-Standpunkt, die sogenannte „Neutralität der Gewerkschaften“ treten zu lassen, was in der Praxis auf eine Verwässerung des Klassenkampfgedankens hinausläufe. Mit derselben Entschiedenheit bekämpfte der Vortragende die revisionistischen Bestrebungen auf politischem Gebiete, die er an einer ganzen Reihe Einzelbeispiele erläuterte und nachwies, daß es nicht als falsche Illusion seien, wenn man glaube, den Klassenkampf durch möglichsten Anpassen an die bestehenden Verhältnisse und Konzessionen allerlei Art überwinden zu können. Rückwärtsloser Klassenkampf allein könne zum Ziele der proletarischen Arbeiterbewegung führen, wozu die jetzigen Vorgänge in Russland den besten Kommentar lieferten. Reichlicher Beifall lohnte den Redner.

Hierauf folgte eine lebhafte Diskussion. Alle Redner waren der Meinung, daß der Augenblick gekommen sei, Abrechnung mit den Revisionisten in beiden Lagern zu halten. Folgende Resolution, vom Genossen Denger eingebracht, wurde einstimmig angenommen: „Für die revisionistische Bewegung darf innerhalb der Partei und Gewerkschaften kein Platz sein. Wir sehen in dieser Bewegung eine Verwässerung und Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. Der Wahlverein weist diese Politik entschieden zurück und erklärt, nach wie vor an den Grundfähnen des Erfurter Programms festzuhalten.“

Zur Aufnahme meldeten sich neun Genossen. Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet im „Schweizerhäusern“, Waldmannslust, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kommissionen. 3. Wahl der Delegierten zur Verbandversammlung Groß-Berlins. 4. Bericht der Delegierten zur Verbandversammlung Groß-Berlins. 5. Bericht von der Kreisversammlung und Stellungnahme zum „Vor-

wärts“-Konflikt. 6. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Steglin.

Wahlvereins-Versammlung vom 6. Dezember. Nach Aufnahme von fünf Mitgliedern (vier Anmeldungen wurden wegen Abwesenheit der Betreffenden zurückgestellt) wurden zur Generalversammlung des Kreises die Genossen Deyer, Krause und Wintelnann delegiert, ferner die von der erweiterten Kreisversammlung nominierten Genossen Krause, Lehmann, Weisner, Räber und Köhlig als Vertreter unseres Vereins auf der Generalversammlung von Groß-Berlin einstimmig bestätigt. Der Vorsitzende verwies noch auf die von der Reichstags-Fraktion eingebrachten Anträge, und Genosse Dräger ging des näheren auf die Bauarbeiter-Vorschläge ein; er erbat die Mitglieder, der demnächst in Umlauf zu gehenden Petition die nötige Beachtung zu schenken.

Groß-Lichterfelde.

Die Gewerbegerichtswahlen in Groß-Lichterfelde am Mittwoch endeten mit dem Siege der Kandidaten des Gewerkschaftskartells. Auf der Tagesordnung der nächsten Kreisversammlung für Teltow steht die Uebernahme der elektrischen Bahnen von Siemens u. Halske in Groß-Lichterfelde durch den Kreis. Die allgemeinen Klagen über diese Verhältnisse oder besser gesagt Nichtvertheilung-Institution in Verbindung mit der Notwendigkeit des weiteren Ausbaues des Straßenbahnnetzes in Groß-Lichterfelde und den benachbarten Orten scheinen die Kreisverwaltung zu dem Schritt der Verstaatlichung, der im Prinzip zu begrüßen ist, veranlaßt haben.

Spandau.

Der Portier des hiesigen Bahnhofes scheint ein eifriger Vaterlands-Letter zu sein, wie aus folgendem Vorkommnis erhellen dürfte: Unser Genosse Köppen hat die Aufgabe, frühmorgens die „Vorwärts“-Exemplare am Bahnhof in Empfang zu nehmen und abdann den Votenstauen zur Besorgung an die Abonnenten auszuliefern. Als nun der Portier unseres Genossen A. im Vorraum des Bahnhofes ansichtig wurde, stürzte er mit den Worten auf ihn zu: „Was machen Sie hier!“ Genosse A. war sich nichts Unrechtes bewußt und erklärte deshalb: „Das sehen Sie ja.“ Diese Antwort beruhigte den Eifrigen nicht, sondern erzielte eher das Gegenteil. Der Portier eilte fort und kehrte bald in Begleitung eines Polizeibeamten zurück. Genosse Köppen ließ sich auch jetzt noch nicht aus seiner Fassung bringen, wurde aber auf Verlangen des Portiers von dem Polizeibeamten fixiert, mit welchem Recht, ist ganz unerfindlich. Gegen ein derartiges Vorgehen werden wir und ja noch zu wehren wissen und die nötigen Schritte dagegen unternehmen.

Unsere Genossen teilen wir mit, daß die Verteilung des „Vorwärts“ in der gemieteten Kellerwohnung des Hauses Bahnhofstraße 2 geschieht. Diejenigen Genossen, welche frühmorgens ihren „Vorwärts“ am Bahnhof in Empfang genommen haben, machen wir hierauf aufmerksam.

Potsdam.

Wegen fahrlässiger Tötung des Schuhmanns Streubel in Potsdam, begangen unter Außerachtlassung von Berufspflichten, hatte sich am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer der königliche Kutscher und Vorreiter Julius Kannapinn zu verantworten. Es handelt sich um den traurigen Vorfall, der am 2. September in der Brandenburgischen Vorstadt zu Potsdam passierte. Kannapinn kam mit einem großen Postwagen des kaiserlichen Postkutsches vom Neuen Palais nach Potsdam gefahren und zwar in Gesellschaft des königlichen Kutschers Arndt, welcher vor ihm gleichfalls mit einem Marktswagen fuhr. Beide sind langjährige Angestellte des kaiserlichen Postkutsches, die sich nie etwas hatten zueinander kommen lassen. Als sie bei einem Fleischladen in der Waldemarstraße vorbeifuhren, hielten sie an und kauften eine größere Wurst, welche sie in dem benachbarten Bierwirtschaften Lokal warm machen ließen. Arndt ging zu diesem Zwecke in das Restaurant, während Kannapinn vor der Tür bei den Gespannen, die nicht abgeführt wurden, blieb, um dieselben zu beobachten. Als er aber glaubte, die Wurst sei warm, verließ er für kurze Zeit gleichfalls die Gespanne, um sich bis zum Eingange des Restaurants zu begeben. Während dieser Zeit gingen nun die vor seinem Wagen gespannten, mutigen Pferde, deren Leine er um die in einer Hölle stehenden Leitseile gewickelt hatte, durch, ließen bei dem vorn haltenden königlichen Gespann vorbei und mit dem schweren Wagen der Stadt zu. Der auf der Straße diensthabende Schuhmann Streubel, einer der ältesten Polizeibeamten der Stadt, sah das Gespann kommen, stürzte Unbitt und warf sich den Pferden entgegen. Er wurde niedergedrückt und so schwer verletzt, daß er einige Tage darauf im St. Josephskrankenhaus verstarb. Kannapinn und Arndt wurden sofort vom Dienste suspendiert, auch ließ sich der Kutscher über den Vorfall Bericht erstatten. Der Gerichtshof erblickte in dem Verlassen des Wagens ohne abzuschließen eine grobe Fahrlässigkeit und verurteilte Kannapinn zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

In der Uniform eines Unteroffiziers unserer südwestschwarischen Schutztruppe hat seit einigen Wochen im Havellande ein Mann viel-schade Schwindeleien verübt, bis es jetzt endlich gelang, ihn in Havelberg zu verhaften. Er verschaffte sich Adressen von Leuten, deren Angehörige in Südwestschwar kämpften, suchte diese auf, bestellte Grüße von den Kriegern und erzählte, daß er wegen einer Verwundung zurückgeschickt sei, nun aber wieder, weil er genesen, nach Afrika zurück müsse. In vielen Fällen hat der Schwindler Geld zum Ueberbringen an die ferneren Angehörigen in Afrika erhalten. Seine Persönlichkeit steht noch nicht fest.

Berliner Nachrichten.

Das Ergebnis der Volkszählung in Berlin. Berlin hat nach den vorläufigen Zusammenstellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin am 1. Dezember d. J. bei der Volkszählung eine Einwohnerzahl von 2 033 900 gehabt. Nach der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1900 betrug die Bevölkerung: 1 888 848 (darunter 20 000 Mann Militär); sie hat also um 145 052 in den letzten fünf Jahren zugenommen.

Radfahrarten. Die für die Jahre 1903 und 1904 aufgestellten Radfahrarten, deren Gültigkeit bereits auf die Jahre 1904 bezw. 1905 ausgedehnt worden ist, sowie die für das Jahr 1906 aufgestellten Radfahrarten bleiben auch für das Jahr 1906 in Geltung, sobald es einer Erneuerung derselben nicht bedarf.

